DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

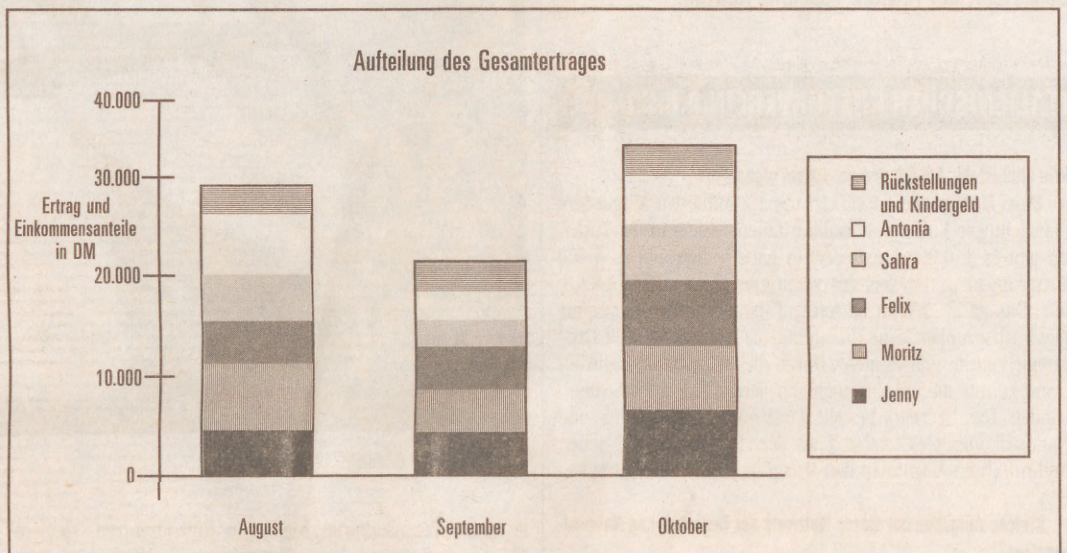
97 9. JAHRGANG Oktober '92 5,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA LOHNDISKUSSION

Kollektive Selbständigkeit

und Ertragsaufteilung

Von Constantin Bartning, Redaktion Grafische Betriebe ● Selbstverwaltete Betriebe sind Gesellschaften, deren gleichberechtigt tätige GesellschafterInnen aus ideologischer Voreingenommenheit annehmen, sie seien abhängig Beschäftigte.
EigentümerInnen teilen sich Erträge, abhängig Beschäftigte verkaufen ihre Arbeitskraft und erhalten dafür Lohn. SelbstverwalterInnen glauben, sie bekommen Lohn, z.B. Einheitslohn, für ihre Arbeit. Sachlich ist der Lohn der SelbstverwalterInnen ein unbestimmter Teil des gemeinsam erwirtschafteten Ertrages, psychisch der Versuch, die im Eigentümerkollektiv übernommene Verantwortung undeutlich zu lassen.



Dreimonatsübersicht: Erträge, Abrechnungsstunden, Einkommen

Erfolgsrechnung	August	September	Oktober
Umsätzerlöse	79883	84543	93693
Lieferungen, Leistungen	36544	45710	42360
# Rohertrag	43339	38833	51333
Betriebssachkosten	6890	7630	7630
Kalk.Abschreibung	4524	5357	5357
# Sachkosten	11414	12987	12987
# Arbeitsertrag	31925	25846	38346
Finanzierungskosten	2875	3546	3546
= Ertrag	29050	22300	34800
Rückstellung	2500	2500	2500
= Aufteilungsbetrag	26550	19800	32300

=Gesamtabrechnungsstunden 937
Ertrag / Abrechnstdunden* 31,0(
Aufteilbetr./Abrechngsstunden* 28,3

Abrechnungsstunden* und Ertragsanteil

Name	AStd.*	DM
Jenny	186	5270 DI
Moritz	201	5695 DI
Felix	172	4874 DI
Sahra	145	4109 DI
Antonia	233	6602 DI

* Aufgeführt sind hier die Abrechnung

DER EINHEITSLOHN

Die Entnahme eines *festen Betrages als Versorgung* pro GesellschafterIn, *unabhängig* vom erwirtschafteten Ertrag, von persönlicher Leistung, Arbeitsbelastung, Berufserfahrung, sozialer Situation usw. trägt die euphemische Bezeichnung Einheitslohn und gilt als Inbegriff der Selbstverwaltung. (Euphemie, Griechisch = etwas Unbrauchbarem, Schlechtem einen guten Namen geben)

Einheitslohn ist in jedem Einzelfall Ergebnis einer freien vertraglichen Vereinbarung zwischen den gleichberechtigten GesellschafterInnen eines selbstverwalteten Betriebes. Dennoch nimmt diese Vereinbarung den Beteiligten praktisch jede Möglichkeit mit ihrer eigenen Arbeit materiell etwas für sich selbst tun zu können z.B. das Verhältnis von Arbeitszeit und Einkommen durch eigene Anstrengung zu verbessern.

Über einen psychosozialen Mechanismus entsteht aus dieser Selbsteinschränkung das Syndrom der »heroischen Schlamperei« mit sehr langen (heroischen) Arbeitszeiten, die durch ungenügende Planung, fehlende Qualitätskontrollen, ... Vergeßlichkeiten (Schlamperei), einen Ertrag bringen, der bestenfalls die Entnahme des »Einheitslohnes« aus dem erwirtschafteten Ertrag rechtfertigt. Alternative GeschaftsführerInnen, paternalistisch das gemeinsame Wohl gegen die individuellen Ansprüche verteidigend und mit den betriebswirtschaftlichen Informationen nach ihrem Gutdünken und Fähigkeiten manipulierend, sind ein weiteres Ergebnis des Einheitslohnvertrages.

Konzepte zur Arbeitszeit- und Lohndifferenzierung können die Symptome verringern; sie werfen regelmäßig die Frage auf, worin dann die Identität der Selbstverwaltung besteht.

Die Idee des Einheitslohnes entstammt sozialistischen Vorurteilen: Ökonomische Alternativen zum Kapitalismus sind innerhalb desselben nicht zu entwickeln. Allenfalls Reformen wie gerechterer Lohn (gleicher Lohn) sind danach vorstellbar.

Psychisch steckt hinter dem Konzept des Einheitslohnes die Angst vor der Verantwortung und dem Streit um Leistung und die gerechte Zu- und Aufteilung von Erträgen.

Betriebswirtschaftlich ist die Frage, wie sich die Ökonomie (Zielsetzungen, Planung, Organisation, ..., Rechnungswesen) kollektiver selbständiger Arbeit von der Ökonomie der Kapitalverwertung unterscheidet, aus dem Blickfeld geraten.

ZIELSETZUNG

Zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit brauchen wir eine Wirtschaft, die allen arbeitsfähigen Menschen einen verantwortlichen Zugang zu Produktionsmitteln, Markt und Lebensunterhalt möglich macht und für alle Menschen in ein Netz von Solidarität und Fürsorge bereithält.

Zur Erhaltung einer für Menschen lebensspendenden Umwelt benötigen wir Wirtschaftsstrukturen, welche im Gleichgewicht von Produktion und Verbrauch bleiben und für ihr Funktionieren nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind.

Fortsetzung unseres Schwerpunktthemas auf Seite 6

WEITERE BEITRÄGE

zum Thema Lohndiskussion:

BRD: Prinzipien der Einkommensgestaltung von Burghard Flieger Seite 7

Belgien: Lohnkategorien und Dienstwagen von Ernst-Eberhard Manski Seite 7

Schweiz: Ausführliche Betriebsbefragungen zu Organisation & Lohn von Simone Seiler, Bern Seite 8

Mitglieder-Umfrage im schweizerischen Netzwerk von Paul Rippstein Seite 8

BRD: Nicht ärgern – lieber Blau machen und ... Schwarz arbeiten von Götz Paschen Seite 9

Entlohnung von Schwarzarbeit von Götz Paschen Seite 9

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN

Das Prädikat Selbstverwaltung und Ökologie genießen jene Projekte und Betriebe, die in unserem Adreßverzeichnis BUNTE SEITEN enthalten sind. Momentan in Vorbereitung, wird ab Januar nächsten Jahres die Suche nach der nächsten Kneipe oder der erlesenen Vollkornbäckerei in einer fremden Stadt wieder einfacher für alle, die Telefon-Nummern und Adressen lieber übersichtlich notiert haben wollen. Weitere Informationen, insbesondere zur Attraktivität der Anzeigenschaltung in den BUNTEN SEITEN sind nachzulesen auf Seite 16.

KULTUR

»Kultur ist Arbeit – Kultur braucht Raum – Kultur braucht Förderung – Kultur braucht Automomie und Kultur bewegt« sind Grundsätze der IG Kultur Österreich, die sich als Interessenvertretung der kleinen und unabhängigen Kultureinrichtungen versteht. Der kulturelle Blick über die Grenzen geht auch nach Italien zum Kulturverein ARCI mit 1,7 Mio. Mitgliedern
auf Seite 2.

UMWELTTAG

Der Deutsche Umwelttag in Frankfurt (Kürzel DUT – wie das Stottern des Motors bei fehlenden Diesel?) war anerkanntermaßen ein Flop. Kaum besuchte Veranstaltungen, Diskussionsverweigerung der Industrie und Frust bei UmweltaktivistInnen wurden nach fünf Tagen Mammutprogramm bilanziert. Doch die aufmüpfige Stimme des »DUT von unten« in Form der Tageszeitung »verDUTzt« sorgte für alternative Berichterstattung und Anregung von Grundsatzdiskussionen, die wir auszugsweise wiedergeben
auf Seite 3.

RASSISMUS

Rechtsradikaler Terror und beifallklatschender Mob prägt immer stärker das »Gesicht« dieses Landes in der Weltöffentlichkeit. In den Spalten des »International Herold Tribune« zeigt sich eine differenzierte Berichterstattung am Beispiel des skandalösen deutsch-rumänischen Abkommens zu bevorstehenden Deportationen von Sinti und Roma.
Außerdem stellen wir eine gemeinsame Aktion von Betrieben aus dem Heidelberg/Mannheimer Raum vor, die in einem öffentlichen Aufruf in Zeitungsanzeigen und auf Plakaten zu einem breiten Bündnis gegen rechtsradikale Gewalttäter und gegen das Schweigen vieler Menschen auffordern.
Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

»Wer prüft die Prüfer?« wird als kritische Frage immer dringender angesichts des zunehmend fragwürdigen Demokratiegehalts der Genossenschaftsverbände. Die Beratungstätigkeit und die Prüfungsaufgabe sollen getrennt und nicht mehr durch den gleichen Verband wahrgenommen werden, fordern Burghard Flieger und Wolfgang Beywl auf Seite 12.

SCHWUNDGELD

IWF und Weltbank präsentieren zwar immer wieder leicht veränderte Rezepte zur »Regulierung der Schuldenkrise« (wie sie bereits bescheiden formulieren), jedoch am Fundament des kapitalistischen Systems wird nicht gerüttelt. Kapital muß nicht unbedingt Zinsen bringen, schon eher sollte es Zins kosten, sagte der Bürgermeister des österreichischen Landstädtchens Wörgl bereits vor 60 Jahren und führte Schwundgeld als eigenes Zahlungsmittel ein im Kampf gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Hintergründe zum Bruch mit der nationalen Notenbank, den praktischen Erfahrungen und Beispielen aus anderen Orten auf Seite 13.

P 8008 E

00.2621 001 7
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

COOPS, BIO-, BUCH- UND INFOLÄDEN, MÜSLI, ESOTERIK...

Reisenotizen aus der Projekteszene

Womit beginnen? ... Hoffnungsschimmer, Biolüge, Computervernetzung ... Umweltflop Grüner Punkt, Müsli als Psychotherapie ... gesund und rund(lich) ... unaufhaltsamer Abstieg einer Bewegung ... Fasten als Askesefimmel ...?

Von Herrmann Cropp, Redaktion Naturkost

● Dagmar hat vor 13 Jahren ihren Bioladen in Schwerte aufgemacht, ein Naturparadies. Das war noch ausgehende Hippieära. Damals haben wir zusammen in meinem Bücherauto Tee getrunken. Alles war auf fröhliche Art subversiv, ein bißchen indisch, spirituell, gute Rockmusik im Herzen, das gab den Lebensrythmus. Inzwischen haben sich Fachleute und PolitikerInnen der grünenden Ideen von einst angenommen. Teils sind sie aus der Bewegung hervorgegangen, vorwiegend kamen sie von außen. Die Musik haben sie leiser und leiser und ausgedreht, die Räucherstäbchen haben sie ausgeblasen, den Tee haben sie rückstandssterilisiert (?!). Nun schwebt ihnen eine Art leninscher Kontrolle (= sei besser als Vertrauen) all dessen, was sich ökologisch schimpft, nach östlichem Muster vor: Ökostalinismus. Man vergesse nicht: ausgerechnet Rudolf Bahro forderte den machiavellischen Ökodiktator! Darin erkennt man die geheimen Wünsche eines Fundamentalisten, der realpolitischen Gegenseite anzugehören.

Da ÖkofunktionärInnen nicht mehr in der Lage sind inhaltlichen Zeichen zu setzen, versuchen sie sich als Hegemonialmacht über alles auszubreiten, was noch irgendwie phantastisch anmutet, um es zu gängeln. LobbyistenInnen und PolitikerInnen wurden zur größten Behinderung der Ökobewegung. Die Anti-atom-Bewegung etwa wurde durch das Parlamentarisieren weitgehend stillgelegt, nicht etwa die Atomkraftwerke. Joschka Fischer und seine grüne Partei bevorzugten eine juristische statt einer öffentlichen Strategie gegen AKW's, die in einem, der Öffentlichkeit unverständlichen und sie darum schwächenden, Fachjargon geführt wird. Der grundgesetzliche Rechtsanspruch auf Leben und Gesundheit wurde aufgegeben und statt dessen wird lediglich für eine Verminderung des Kernschmelzrisikos und des Gesundheitsrisikos gestritten. Diese Akzeptanz des Restrisikos soll im neuen Atomgesetz festgeschrieben werden, und von den Grünen, die schon seit Anfang der 80er Jahre in diesem Sinne argumentieren, ist kaum ernsthafter Widerstand zu erwarten. Parteien sind eben ungeeignet, die Interessen der Menschen zu vertreten.

In jedem Bioladen weiß man, daß die Grünen nur kommen um zu mekkern oder Reklame für ihre Partei zu machen, im übrigen aber bei Volksfreund Aldi Plastikfraß kaufen. Die VerbraucherInneninitiative der Grünen aus Bonn startete letztes Jahr eine Werbekampagne für Naturkost im Supermarkt, was bedeutet: 1. Naturkost sinkt auf Supermarktniveau und 2. die grünen Yuppies brauchen ihr VerbraucherInnenverhalten nicht zu ändern. Zu 1 ist klar, daß das Mischangebot der Supermärkte den Begriff von Bio schon rein optisch in den Regalen verwässert. Außerdem verdrängt das Niedrigpreissystem mit der ganzen Macht der dahinter stehenden Lebensmittelkonzerne den Qualitätsanspruch. Die Biomarken »Füllhorn« von Rewe, »Naturkind« von Tengelmann und »Terranova« von Edeka haben den Zweck, die Begriffe zu verwirren und aufzulösen, denn z.B. der Einsatz von Spritzgiften ist (aufgrund des staatlichen »Eurosiegels«, auf die sich die kommerziellen Marken berufen) nur vermindert, nicht verboten. Zu 2: das unpersönliche, anonyme VerbraucherInnenverhalten bevorzugt unökologische, zentralistische und großflächige Handelsstrukturen, die alle ökologischen Qualitäten wie Vielfalt, Lebendigkeit, Tante Emmas und Kleinbauern, Liebe und Vertrauen zerstören. Es ist ja kein Wunder, daß wer eine Partei gründet, sei es eine nationale oder eine ökologische, immer Neigung zum Zentralismus, eben zum Regieren hat. Es muß endlich klar sein, daß Kontrolle und Ökologie unvereinbar sind. Zur Ökologie auf dem Acker gehört eine ökologische Wirtschaftsweise in kleinen überschaubaren Einheiten und auch eine ökologische Lebensauffassung, in der Begriffe wie Macht, Kontrolle, Befehlen und Strafen keinen Platz haben.

Fortsetzung auf den Seiten 10 & 11.

ARBEITSHILFEN SOZIOKULTUR

Vier Neuerscheinungen

Die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren hat eine wichtige Reihe herausgebracht: Die »Arbeitshilfen Soziokultur«.

»Das Künstlersozialversicherungsgesetz«
Das am 1.1.1983 in Kraft getretene Gesetz wurde mit dem Ziel beschlossen, allen selbständigen KünstlerInnen und PublizistInnen Eingang in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu verschaffen und ihre Rechte und Pflichten ähnlich denen der ArbeitnehmerInnen zu gestalten. Bezahlt werden die Beiträge von den KünstlerInnen und PublizistInnen selbst, durch einen Zuschuß des Bundes und von den abgabepflichtigen Unternehmen.

Ziel der Arbeitshilfe ist es, Sinn und Zweck der Künstlersozialversicherung darzustellen und ihre v.a. finanziellen Auswirkungen auf soziokulturelle Zentren und andere KulturveranstalterInnen zu untersuchen. Ausführlich werden mit beispielen aus der Praxis die verschiedenen Begrifflichkeiten erklärt und das verfahren und die Berechnung der abzuführenden Beiträge erläutert.

»Buchhaltung – Steuern – Finanzierungsmöglichkeiten«
Diese Broschüre wendet sich an EinsteigerInnen in den kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Bereich soziokultureller Zentren oder anderer gemeinnütziger Vereine. Sie gibt Antworten auf die Fragen, welche Anforderungen an die Rechnungslegung gestellt und wie diese in der Praxis erfüllt werden können. In allgemein verständlicher Weise und mit vielen Beispielen aus der Praxis wird u.a. erläutert, was unter einem »Beleg« zu verstehen ist oder wie ein »Journal« geführt wird. Darüberhinaus gibt es eine Einführung in die hohe Kunst der doppelten Buchführung, das Erstellen einer Bilanz oder eines Haushaltsplanes unter Berücksichtigung wesentlicher Bestimmungen des Steurrechts sowie in die Grundlagen der Personalbuchführung.

Die abschließenden Beiträge erläutern Aufbau und Struktur von öffentlichen Haushalten, weisen auf Grundsätze bei der Beratung von Fördermitteln hin und nennen mögliche Quellen der Finanzierung soziokultureller Arbeit auf Bundes- und Landesebene.

»Grundlagen des Arbeits- und Sozialrechts«
Für die Beschäftigung von MitarbeiterInnen in soziokulturellen Einrichtungen stehen eine Vielzahl von möglichen Beschäftigungsformen zur Verfügung. Die Entscheidung, ob jemand haupt- oder nebenberuflich, geringfügig, als Aushilfe oder als freieR MitarbeiterIn beschäftigt wird, hat entsprechende arbeits- und tarifrechtliche Konsequenzen. Die Einrichtung bzw. ihr Träger wird zum Arbeitgeber, der bestimmte Auflagen zu beachten hat. Gesetzliche Bestimmungen sind ebenso wie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Einrichtung zu berücksichtigen. Die dazu nötigen grundlegenden Kenntnisse aus dem Arbeitsrecht und dem Tarifrecht werden in dieser Arbeitshilfe vermittelt.

»Soziokultur – Alternativkultur – Alltagskultur
Dieser Band dokumenteirt die gleichnamige Tagung im Oktober 1990 in Ost-Berlin. Er enhält umfangreiches kulturpolitisches Material aus den letzten Tagen der DDR.

Bestellungen:
Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V.
Wilhelm-Nieswandt-Allee 104 · W-4300 Essen 12

AUSSCHREIBUNG

Niedersachsen

Projektmittelausschreibung 1993

Die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren will mit den vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln beispielhafte Vorhaben soziokultureller Paraxis fördern. Ein besonderes Augemmerk gilt den Regionen, in denen die soziokulturelle Infrastruktur noch schwach ausgebildet ist. Anträge für Projekte, die im ersten Halbjahr 1993 stattfinden oder begonnen werden, müssen bis zum 7.11.1992 an die Geschäftsstelle der LAGS gerichtet werden. Die Vergabe wird im Dezember 1992 erfolgen. Weitere Informationen, Richtlinien, Antragsunterlagen:
LAGS Niedersachsen
Lister Meile 4, W-3000 Hannover 1.

WAS FEHLTE?

In unserem Beitrag in der Sommernummer (94/95) »Praktische Unterstützung ist gefordert« zu den Unterstützungsaktionen für Cuba der Solidaritätswerkstatt »Taller de la Solidaridad« deren (neue) Anschrift und Bankverbindung:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstr. 42 · W-6100 Darmstadt
☎ (0 61 51) 6 40 66 (auch Fax)
Bankverbindung:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Postgiroamt Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60
Kto-Nr. 48 78 02 -603

Goldesel für die GEMA?
Der Preis. In der Arbeitshilfe selbst wurde er vergessen. So gingen wir fälschlicher Weise davon aus, daß sie kostenlos zu haben sei. Die empfehlenswerte Arbeitshilfe ist also zu beziehen für 4 DM & 1 DM Porto in Briefmarken oder gegen Rechnung bei:
AGJF · Ulmer Str. 241 · W-7000 Stuttgart 60

EUROPÄISCHE KULTUREINRICHTUNGEN

Utopien leben

Die Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren führt unter diesem Titel vom 8. bis 11. Oktober einen europaweiten Kongreß in Berlin durch. Im Vorfeld des Kongresses stellte die Bundesvereinigung zwei europäische Kultureinrichtungen in ihrem Info 3 & 4/92 vor: Die »IG Kultur Österreich« und den italienischen Kulturverein A.R.C.I. durch ein Interview, das Gerald Gröchenig von der »IG Kultur« und Sabine Schebrak vom »WUK« in Wien mit Cerri Debby, dem Leiter der A.R.C.I. Toskana, führten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ITALIENISCHER KULTURVEREIN A.R.C.I.

Wie groß ist die A.R.C.I. und wie ist sie organisiert?
Cerri Debby: Die A.R.C.I. ist mit 1,7 Millionen Mitgliedern die wichtigste Kulturorganisation Italiens. Allein in der Toskana gibt es 350.000 Mitglieder. In ganz Italien gibt es 4.500 Ortsgruppen, sie stellen das wichtigste Element der A.R.C.I. dar. Das ganze System basiert auf der absoluten Autonomie dieser Ortsgruppen. Eine Hierarchie, die von oben auf die Ortsgruppen wirkt, gibt es nicht. Durch diesen großen Mitgliederstand konnte die A.R.C.I. auch schwierige Zeiten leicht überwinden. Das Netzwerk besteht dann noch aus Regional- und Nationalkommitees, die sich als Serviceeinrichtungen sehen und mit ihren Aktivitäten den Ortsgruppen zur Verfügung stehen.

Welche Aufgaben hat dieses Netzwerk der Regional- und Nationalkomitees?
Das Nationalkomitee fördert zum Beispiel internationale Initiativen, wie die Bienale der jungen KünstlerInnen aus dem Mittelmeerraum, die bis jetzt in Bologna, Marseilles, Barcelona und Thessaloniki stattgefunden hat und nächstes Jahr für Tibasa/Algerien geplant ist. Das Nationalkomitee nimmt auch Kontakt mit italienischen KünstlerInnen auf und vermittelt diese an die lokalen Organisationen weiter. So verpflichtet die A.R.C.I. heuer Fabrizio de Andre für zehn Konzerte in Italien und erhielt dafür entsprechend bessere Konditionen. Dieses Geld steht dann wieder für die Arbeit in den lokalen Organisationen zur Verfügung.

Wie entstand die A.R.C.I., und welche Aufgaben nehmen nun die Ortsorganisationen wahr?
Die A.R.C.I. wurde 1957 gegründet und beruht auf einer hundertjährigen Tradition von Nachbarschaftshilfegruppen in der Bevölkerung. Zu Beginn des 20. Jh.s entstanden die sogenannten »Case de popolo«, die Volkshäuser, Häuser für Versammlungen, gemeinnützige Veranstaltungen, kulturelle Weiterbildung und Freizeitveranstaltungen. 1957 schlossen sich die Volkshäuser von Pisa, Bologna und Florenz zur A.R.C.I. zusammen.

Heute sind die verschiedenen Ortsgruppen in allen bereichen der Kultur, Sport und Tourismus tätig. Das reicht von der A.R.C.I. nova, die Konzerte im ganzen Land organisiert, bis zur A.R.C.I. gola, einer Gastronomieorganisation, die Restaurants zur Erhaltung der speziellen Küche der Region eingerichtet hat. Dazwischen gibt es Gruppen, die sich der Jugendarbeit, der Altenbetreuung, dem Umweltschutz, der AusländerInnenintegration, der Friedensarbeit und anderen Aktivitäten vor Ort annehmen. So widmet man sich z.B. in dieser egend (Anm. der Red.: gesprochen wird vom Landstrich südlich von Livorno bis Cecina) bewußt der Wohnungs- und Arbeitsproblematik der EinwandererInnen aus den sogenannten Dritte-Welt-Ländern, aus Senegal und Marokko, richtet Schlafstellen ein und organisiert Sprachkurse.

Wo steht die A.R.C.I. im politischen Leben?
Die A.R.C.I. wird den fortschrittlichen Richtungen in Italiens Politik zugeordnet. Es besteht das Ziel, Lösungen für neue und alte Probleme der Mitgliederorganisationen zu finden, und die A.R.C.I. sieht sich hier als Mittler zwischen den Mitgliedern und der Regierung.

Was sind momentan Ihre wichtigsten Aufgaben?
Das ist der weitere Ausbau der Ortsgruppen, die immer unsere Basis und Stärke waren. Dann starten wir vermehrt Aktivitäten gegen den aufkeimenden Rassismus. In bezug auf den gemeinsamen europäischen Markt streben wir es an, unsere internationalen Kooperationen auszuweiten. ●

(aus: »Kultur bewegt – Die Zeitschrift für autonome Kultur«, Heft 1, Jänner 1992, Verein Österreichische Interessengemeinschaft für autonome Kulturarbeit, Schallmoser Hauptstr. 6a, A-5020 Salzburg)

IG Kultur Österreich

Das neue Netzwerk der autonomen Kulturvereine

Grunddaten:
Um die Geschichte der IG Kultur zu verstehen, muß man das österreichische System der Kulturförderung betrachten: Die großen Einrichtungen des Staates, der Länder und der Kommunen (große Theater, Museen, Orchester,...) binden allein durch ihr Wachstum immer mehr Geld aus den Kulturbugets an sich, Ca. 90 % aller Förderungen für Kultur gehen an diese wichtigen Einrichtungen.

Es gibt in Österreich aber auch über 400 kleinere Kulturbetriebe und Kulturinitiativen, die ihre Programme für einen Teil jener 90 % der Bevölkerung gestalten, die von den großen Einrichtungen der Hochkultur nicht erreicht werden. Dazu gehören soziokulturelle Zentren, Frauenkulturzentren, Kommunale Kinos, Veranstaltungsgruppen in Jugendzentren, kleinere Theater und Veranstaltungsräume usw. Hier finden Im Jahr über 30.000 Veranstaltungen statt, ein Großteil der österreichischen jungen KünstlerInnen – SchauspielerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, LiteratInnen, MalerInnen usw. kann erst durch die Existenz dieser Betriebe von ihrer Arbeit leben.

Um ein Überleben dieser Zentren zu sichern, wurde die IG Kultur als Interessenvertretung gegründet. Das Österreichbüro hat seinen Sitz in Salzburg. Es gibt noch in jedem Bundesland eigene Länderorganisationen, die als eigene Rechtskörperschaften eingerichtet sind, mit der IG Kultur Österreich aber eng zusammenarbeiten.

Aufgaben der IG Kultur Österreich

1) Koordination und Service
Eine der wichtigsten Aufgaben ist, den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Kulturorganisationen und befreundeten Verbänden sicherzustellen. So gibt es in Österreich auch einen Verband der Schriftsteller (IG Autoren) und der freien Theaterschaffenden (IG Freie Theater). Mit den VertreterInnen dieser Organisationen wird regelmäßig Kontakt gehalten. Zu speziellen Themen werden gemeinsame Veranstaltungen organisiert.

Wichtigstes des regelmäßigen Austausches von Informationen ist es, daß sich auch die MitarbeiterInnen in den Kulturbetrieben und -vereinen nicht mehr als EinzelkämpferInnen sehen, sondern als wichtige Faktoren im österreichischen Kulturleben. Für diesen Zweck gibt die IG Kultur regelmäßig erscheinende Infoblätter heraus, vierteljährlich finden Treffen mit VertreterInnen aus den einzelnen Bundesländern statt, in denen die Aktionen besprochen und geplant werden.

Unser Servicebereich reicht von einer Rechts- und Steuerrechtsberatung, bei der wir Problemfälle unserer Mitglieder von ExpertInnen lösen lassen und diese Expertisen dann quasi als Prophylaxe an über 900 MitarbeiterInnen in den einzelnen Kulturbetrieben versenden, bis zur Beratung uns Consulting, in deren Verlauf wir z.B. Analysen anbieten und an der Erarbeitung von Organisationsmodellen in Zusammenarbeit mit den Kulturvereinen mithelfen.

2) Kampf um Absicherung
Hier nimmt die IG Kultur Österreich ihre gewerkschaftliche Funktion wahr. Für das Jahr 1991 konnte erreicht werden, daß im Ministerium für Unterricht und Kunst ein eigener Budgetposten (4,3 Mio. DM) für autonome Kulturarbeit eingerichtet wurde, 1992 wurde die Dotierung auf 6 Mio. DM aufgestockt.

Schwerpunkt für 1992 ist die Diskussion und die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Landesregierungen, die nach der österreichischen Verfassung für die Kulturförderung zuständig sind, in denen es aber – mit einigen Ausnahmen – kaum entsprechende finanzielle Dotierungen und Budgets dafür gibt. So ist es schon als Erfolg zu werten, einen ersten Gesprächstermin zwischen der IG Kultur und der Landeskulturreferentinnenkonferenz zustande gebracht zu haben.

Unser zentraler Slogan: »Kultur ist Arbeit – Kultur braucht Raum – Kultur braucht Förderung – Kultur braucht Autonomie« beschreibt die Schwerpunkte: die 7.000 MitarbeiterInnen in den Betrieben müssen entsprechend ihrer Arbeitsleistung bezahlt werden können, Räume für Kulturarbeit sind zu schaffen oder optimal zu gestalten, die Autonomie der Kulturabeit ist zu sichern!

3) Öffentlichkeitsarbeit
Um all diese Ziele zu erreichen, ist es wichtig, in der Bevölkerung einen spürbaren Imagegewinn zu erzielen. Die IG Kultur hat für diesen Zweck ein PR Konzept erarbeitet. Mit regelmäßigen und geplanten Aktionen und Aktivitäten wird nun über Arbeit, Probleme und Aufgaben der autonomen Kultur berichtet.

Nach außen hin wird das durch einen gemeinsamen Slogan (KULTUR BEWEGT) und ein Logo präsentiert, das die einzelnen Vereine auf ihren Plakaten und Zeitungen einsetzen. Unsere Zeitschrift »KULTUR BEWEGT« geht an eine ausgesuchte Zielgruppe von MultiplikatorInnen (z.B. sämtliche Kulturreferenten in Gemeinden und Ländern, KulturjournalistInnen, BürgermeisterInnen, KulturbeamtInnen,...), mit einem Presseinformationsdienst werde alle KulturjournalistInnen Österreichs regelmäßig über Hintergründe und Problembereiche informiert.

Zum ersten mal wird auch bewußt versucht, die BesucherInnen der Kulturstätten (300.000 nutzen die Angebote regelmäßig) als politische KoalitionspartnerInnen zu gewinnen und bei ihnen Bewußtsein zu erzeugen, daß auch sie ein Teil des Kulturlebens sind und auch für den Weiterbestand eintreten müssen. Gemeinsam mit den Interessenvertretungen in den einzelnen Bundesländern wurde ein Forderungskatalog an die Landesregierung erarbeitet, in dem die Richtlinien für die zukünftige Förderpraxis von autonomer Kunst und Kultur vorgestellt werden. Darunter fallen Punkte wie die Verankerung von zeitgenössischer und innovativer Kultur in den Landesgesetzen, die Errichtung eigener Sachbearbeitungsstellen, die Errichtung eigener Budgetansätze, transparente Förderkriterien, Schwerpunktförderung, aber auch interne Weiterbildungsaktivitäten für BeamtInnen und PolitikerInnen.

Im Herbst '92 werden wir eine Umfrage präsentieren, in der wir bei den MitarbeiterInnen in den 400 Kulturbetrieben die Akzeptanz und Einschätzung von KulturbeamtInnen und KulturpolitikerInnen bei Bund, Ländern und Kommunen abgefragt haben.

4) Ausbildung und Wissensvermittlung
Ein wichtiges Ziel der IG Kultur ist es, das Bildungsniveau seiner Mitglieder zu heben. Dabei steht die Motivation, Weiterbildungsveranstaltungen zu besuchen, im Vordergrund. Die IG Kultur bietet eine fixe Seminarreihe zu folgenden Themen der Kulturarbeit an: Steuer- und Vereinsrecht, Werbung, PR, Marketing, Betreuung von Mitgliedern, kulturpolitische Argumentation. Dieses Angebot – Termine und Themen stehen ein Jahr vorher fest – soll im nächsten Jahr ausgebaut werden.

Neben diesen fixen Seminarwochenenden bieten wir noch Seminare auf Anfrage an, die sich dann speziell an der Situation vor Ort orientieren. So wurde und wird 1992 eine Seminarreihe von 4 Wochenenden mit den VertreterInnen von 30 Kulturvereinen der slowenischen Minderheit in Österreich organisiert.

Mit Bildungsorganisationen in Österreich suchen wir eine enge Kooperation. Mit den Organisationen im Ausland werden »Kulturpartnerschaften« eingegangen – die erste übrigens mit der scuola Pier Paolo Pasolini in Castiglioncello, wo Mitglieder der IG Kultur die Sprachkurse zu ermäßigten Tarifen besuchen können.

Entwicklung und Akzeptanz

Die IG Kultur Österreich ist jung und steht noch am Beginn ihrer Entwicklung. Wir sind als Verein organisiert, in dem die einzelnen Kulturzentren und Kulturvereine als Mitglieder beitreten können. Im letzten Jahr haben über 100 Vereine diesen Schritt getan, ohne daß wir dafür aufwendig geworben hätten. Eine weitere positive Zäsur ergab sich in einer Umfrage in 400 autonomen Kulturbetrieben: Unsere bisher geleistete Arbeit wurde von den MitarbeiterInnen in diesen Betrieben mit der Note 2,3 nach dem österreichischen Schulsystem bewertet (1 = sehr gut, 5 = nicht genügend).

Unser wichtigstes Ziel für 1993 wird es sein, die begonnen Projekte weiterzuführen und entsprechend den Erfordernissen der Kulturarbeit vor Ort auszubauen. Die nötige Personalaufstockung – alle genannten Tätigkeiten werden derzeit von 1 1/2 Arbeitsplätzen geleistet und koordiniert – scheint hierbei die vordringlichste Aufgabe. Wie wir Gelder dazu aufstellen, steht derzeit noch nicht fest: Die Förderungen von Seiten der Förderstelle im Ministerium für Unterricht und Kunst – übrigens aufgrund einer Initiative von uns eingerichtet – reichen schon 1992 nicht. Es ist für uns selbstverständlich, neben den laufenden Tätigkeiten auch über den Horizont hinauszuschauen und Perspektiven zu entwickeln. Ein Ergebnis dieser Suche ist auch die Zusammenarbeit mit Organisationen im Ausland wie der A.R.C.I. Toskana und auch der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. in Deutschland, in der wir einen wichtigen Kooperationspartner in Richtung einer europäischen Vertretung der Interessen unserer Mitglieder sehen. ●

Aus: Info 4/92, Bundesvereinigung
sozio-kultureller Zentren e.V.

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 6 23.09.24 19:55

DEUTSCHER UMWELTTAG:

Der großspurig angekündigte »Deutsche Umwelttag« (DUT) vom 18. bis 22. September in Frankfurt geriet gemäß den einhelligen Kommentaren von engagierten UmweltschützerInnen sowie mehrheitlicher Teile der Tagespresse zum Flop. Menschenleere Messehallen, ausgefallene Veranstaltungen und trotz aufwendiger Werbung nicht stattfindene Dialoge zwischen Umweltverbänden und Industrievertretern lieferten Rohstoff für teils lustlose Berichterstattungen. Wäre da nicht »verDUTzt«, das tägliche Begleitblatt des Deutschen Umwelttages, das sich als die »Stimme des DUT von unten« bezeichnet! Kritische Berichterstattung sowohl von offiziellen Veranstaltungen wie auch von spontanen Aktionen, Interviews und pointierte Kommentare waren Lesestoff genug für acht Zeitungsseiten täglich, »weil auf dem DUT kritische Stimmen nicht zu Worten kommen können, grundsätzliche Fragen ausgeklammert werden, unsere Wohlstandsgesellschaft nicht in Frage gestellt wird« (Selbstverständnis von »verDutzt«).Die Artikel dieser Seite sind verschiedenen »verDUTzt«-Nummern entnommen. ●

Bestellung aller 5 Ausgaben zu 7 DM in Briefmarken bei:
»DUT von unten« · Parcusstr. 12
W-6500 Mainz 1.

PROTEST GEGEN INDUSTRIE

KonzernkritikerInnen verlassen DUT

Fünf Umweltgruppen haben den DUT bereits nach wenigen Stunden verlassen. Es sind die Coordination gegen BAYER-Gefahren, der Dachverband der Kritischen AktionärInnen, die Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz, das Pestizid-Aktions Netzwerk und das Schering Aktions Netzwerk. Allen gemeinsam ist die dezidierte konzernkritische Arbeit. Auf dem DUT wollten sie mit einem gemeinsamen Stand auftreten. Mit dem Verlassen protestieren die Gruppen gegen die Industriedominanz auf dem DUT. Regine Günther, Geschäftsführerin der Coordination gegen Bayer-Gefahren, und Marc Pletzer, Vorstandsmitglied des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, standen der verDUTzt-Redaktion für ein Interview zur Verfügung.

verDUTzt: Ihr habt Euch entschlossen, den DUT schon am ersten Tag unter Protest zu verlassen. Wie ist es dazu gekommen?

Pletzer: In den letzten 14 Tagen wurde in unseren Mitgliedsgruppen und auch beim Dachverband selbst eine intensive Diskussion über die Teilnahme geführt. Problematisch war unter anderem, innerhalb der Szene einen Überblick des Diskussionstandes zu bekommen. Letztlich haben wir uns dann für die Teilnahme entschlossen, weil wir in dieser Veranstaltung eine Chance gesehen haben, unsere Vorstellungen von Umweltpolitik einzubringen.

Warum seht ihr diese Möglichkeit nicht mehr?

Günther: Uns war von Anfang an klar, daß auf dem DUT nicht nur Umweltgruppen vertreten sein würden, sondern auch weite Teile der Industrie, mit denen wir uns ständig anlegen. Das Ausmaß der Vereinnahmung des Umwelttages durch die Industrie zeigte sich für uns jedoch erst hier. Wenn schon nicht die Umweltgruppen den Umwelttag dominieren, so sollte zumindest ein gleichberechtigtes Auftreten gewährleistet sein. Dies ist nicht im mindesten der Fall. Ganz plastisch wird dies an der Zuteilung der Stände. Während beispielsweise der VCI (Verband der chemischen Industrie, d. Red.) in der Haupthalle gleich in vorderster Linie plaziert ist, war der Gemeinschaftsstand der KonzernkritikerInnen in der letzten Ecke von Halle 2 geplant. Dies ist kein Zufall sondern bewußte Politik.

Im letzten halben Jahr haben sich verschiedene DUT-Arbeitskreise getroffen. Habt Ihr Euch in diese Gespräche eingebracht?

Günther: Seit Anfang des Jahres haben wir an zwei Sitzungen des Chemiearbeitskreises teilgenommen. Bei zwei weiteren erhielten wir die Einladungen erst, als das meeting schon vorbei war.

Pletzer: Ohnehin hatten wir auch bei der Vorbereitung der Ausstellung immer wieder ähnliche Überraschungen. So hat sich der Dachverband bereits Mitte Juni per Fax angemeldet. Erst durch eine zufällige Nachfrage stellte sich dann kurz vor dem Anmeldeschluß heraus, daß unsere Anmeldung »nicht auffindbar« sei. Die betreuende Messe-Agentur hat uns zudem weder ein Ausstellerverzeichnis noch einen Lageplan geschickt. Auch wurden, entgegen der DUT-Zusage, die Mitgliedsgruppen nicht in das Ausstellungsverzeichnis aufgenommen.

Wie bewertet Ihr vor diesem Hintergrund den DUT?

Günther: Es ist ein Skandal, welche Plattform hier der Industrie geboten wird, um sich umweltfreundlich zu präsentieren, ohne auch nur einen Deut substantiell an ihrer Politik zu ändern. Wir hoffen auf viel Widerstand.

Pletzer:Für die Umweltbewegung ist der DUT eine herbe Enttäuschung. Es wäre eine echte Chance gewesen, neue Ansätze zu finden. Die »Rio-Konferenz im Kleinen« ist ein Flop.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Felix Kolb

AKTION DER NATURFREUNDEJUGEND:

Die Umwelt ist Commerzkrank !

Unter diesem Motto zogen am Sonntag, den 20. September, 30 Mitglieder der Naturfreundejugend (NFJ) durch die Messehalle zum Stand der Commerzbank. Sie trugen ein ca. 10m langes Transparent mit der Aufschrift »Die Umwelt ist Commerzkrank«. Damit wurde der Stand der Commerzbank mitsamt Personal bezeichnenderweise »eingewickelt«.

Naturfreundejugend wickelte Commerzbankstand ein Foto: Ole

Mit dieser Aktion wollte die NFJ das Augenmerk der Öffentlichkeit darauf lenken, daß der DUT von Industrie, Banken und Parteien dazu mißbraucht wird, sich pressewirksam ein umweltfreundliches Image zu erschleichen.

Der Charakter einer Industriemesse wurde bereits von der Initiative »DUT von unten« kritisiert. Wir schließen uns dem an und äußern unseren Unmut über die Farce, die diese Messe darstellt. Bekannterweise maßgeblich an Umweltzerstörung mitwirkende Firmen und Organisationen (Commerzbank als Mitglied im IWF, Zulieferfirmen für AKWs, ADAC u.v.m.) betreiben eine Augenwischerei ohnegleichen und wickeln den/die BesucherIn unter dem Vorwand der Information ein.

Die Messe steht für das »Herumdoktern« an den Symptomen einer durch wachstumsorientierten Profitwirtschaft erkrankten Umwelt. Dieses kapitalistische, anti-ökologische System wird auf dem DUT nicht in Frage gestellt und eine öffentliche, wirklich sinnvolle Diskussion damit blockiert. Den BesucherInnen wird der Eindruck vermittelt, daß die Rettung der Umwelt auf dem besten Wege ist und ein wirkliches Umdenken beim Einzelnen wird nicht iniziiert.

Durch diese Aktion wurde wenigstens in einem kleinen Rahmen eine Diskussion entfacht. Das PR-Personal der Commerzbank wurde sowohl von der Presse, als auch von einzelnen Besuchern zu den Vorwürfen des NFJ befragt. MessebesucherInnen diskutierten untereinander und mit den AktivistInnen. Die positive Resonanz bei vielen Zuschauern werten wir als Indikator für eine breite Unzufriedenheit mit dem DUT, die bei vielen MessebesucherInnen entstanden ist, aber nicht zum Ausdruck kam. Mit dieser Aktion wurden Leute animiert, ihrer Unzufriedenheit und ihrer Enttäuschung Luft zu machen. Wir hoffen, daß dies als Beispiel für ähnliche Aktionen dienen kann, und so vielleicht doch noch das Motto des DUT »Kommen, Streiten, Handeln« ein wenig Berechtigung erhält. ●

KURZMELDUNGEN

Wanderausstellung:

»Deutschland fährt verkehrt!«

Diese neue ausleihbare Ausstellung zum Themenkomplex »Verkehr und Umwelt« macht deutlich, daß die Autos und die Flugzeuge in Deutschland zur Umwelt- und Menschheitsplage Nummer 1 geworden sind. Ein großer Teil der 40 farbigen Tafeln (A1-Format) informiert aber auch über Lösungsmöglichkeiten für die durch den Verkehr hervorgerufenen Probleme. Die Textteile sind kurz; die Informationen erfolgen über Fotos und leicht verständliche Grafiken. Zusätzlich gibt es die Schaubilder mit Hintergrundinformationen als Ausstellungskatalog: »Gute Argumente Verkehr« von Dieter Seifried (C.H. Beck Verlag).

Die Ausstellung ist für mindestens 5 Tage ausleihbar (50 DM pro Tag plus Transportkosten). Ein Informationsblatt mit den technischen Angaben und Leihbedingungen ist gegen 2 DM in Briefmarken erhältlich beim Arbeitskreis Verkehr und Umwelt, UMKEHR e.V., Kirchstr. 4, W-1000 Berlin 21.

Im Herbst auf dem Rad Urlaub machen:

Übersicht der RadreiseveranstalterInnen

Umweltfreundlich Urlaub machen – auf dem Rad. Jetzt überlegen sich viele Gestreßte, wie sie mit dem Drahtesel in den goldenen Herbst fahren können, um Landschaften und Kultur zu erleben. Dabei steigt die Nachfrage nach organisierten Radreisen immer mehr an.

Der VCD Niedersachsen hat wieder eine Übersichtsliste der Radreiseveranstalter anzubieten. Sie ist gegen Einsendung von 2 DM in Briefmarken erhältlich bei der:
VCD-Pressestelle Niedersachsen
Bergstr. 5 · W-2900 Oldenburg

ORGANISATION BRAUCHT KEINE FÜHRER

Effizienz contra Hierarchie

Sind große Organisationen hierarchiearm zu strukturieren? Fast überall in der Umweltbewegung haben sich mehr oder weniger hierarchische Strukturen durchgesetzt. Jede noch so kleine Orts- und Kreisgruppe hat einen Vorstand, Umweltbüros werden von einem Geschäftsführer geleitet. Zwar bedeutet die bloße Existenz von solchen Gremien nicht automatisch hierarchische Verhältnisse. Doch sie ermöglichen Menschen mit autoritärem Charakter, über andere Aktive zu bestimmen.

Gerechtfertigt werden Vorstände u.ä. zum einen mit der Notwendigkeit von Verantwortlichkeit und Haftung sowie zum anderen damit, daß hierarchische Entscheidungsstrukturen effektiver seien.

Umweltinitiativen sind in der Regel als eingetragene Vereine organisiert.
Diese sind ähnlich wie eine GmbH angelegt, so daß eine Haftung der Vorstandsmitglieder praktisch ausgeschlossen ist. Die persönliche finanzielle Verantwortlichkeit ist nach Auskunft einer Juristin mit Spezialgebiet Vereinsrecht eine Legende.

Richtig ist, daß Entscheidungen in kleinen fest definierten Gruppen schneller getroffen werden können. Am schnellsten entscheidet ein Diktator. Ob Entscheidungen effektiv sind oder nicht, kann aber nicht an der Geschwindigkeit gemessen werden, sondern viele Aspekte fließen bei der Bewertung ein. Zentral ist die Frage, ob die Entscheidung von allen Aktiven getragen wird und möglichst auch zur Beteiligung anregt. D.h. wenn ein Projekt beschlossen wird, so wird dieses Projekt erfolgreicher ablaufen, wenn es von allen gemeinsam erdacht wurde. Dies geschieht in Strukturen mit häufigen Vorstandssitzungen und seltenen Basisversammlungen nur selten.

Oft scheint das Problem von Initiativen nicht in hierarchischen Strukturen sondern in mangelnder Initiative von Engagierten zu liegen. Abbau von Hierarchien ist kein Patentrezept, doch klar ist, daß weniger Hierarchien Aktivität vieler fördern.

Problem beim Abbau von Hierarchien ist, daß herrschaftsarme Strukturen nur mit dem gemeinsamen Willen vieler, aufrecht zu erhalten sind. Denn die Aktiven in Initiativen wechseln oft und die meisten neuen MitmacherInnen sind hierarchische Strukturen gewöhnt und werden diese Vorstellungen von Organisation in die Gruppe hineintragen.

Kurzfristig kostet die Auseinandersetzung mit Entscheidungsstrukturen Kraft, jedoch langfristig bringt eine offene Arbeitsweise mehr Aktivität. ●

sg

BenutzerInnen–Hinweis
Ausweis ausschneiden und mit einer Heftklammer an Hemd oder Pullover befestigen. (So machen es viele von der DUT-Crew auch) Und schon stehen Sie ganz oben in der DUT-Hierachie.

Deutscher Umwelttag
Frankfurt/M '92
DEUTSCHER UMWELTTAG, 18. bis 22.9.1992.
Geschäfts–führer
DEUTSCHER UMWELTTAG, Frankfurt 18.–22.9.1992
Organisation braucht keine Führer.

Anzeige

★
Antimilitaristischer Informationsdienst
kostenlos zum kennenlernen
einfach bestellen:
IDK, Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

IST LIEBE POLITISCH?

Leben in Verantwortung – Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Als Fortsetzung unseres Schwerpunktthemas »Ist Liebe politisch?« (CONTRASTE Juli/August 1992) veröffentlichen wir nachfolgend eine Selbstdarstellung der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten und einen kurzen Bericht aus Italien.

Elisabeth Voß, Redaktion selbstorgan. Lebensgemeinschaften ● Damit ist nun ein breites Spektrum der Möglichkeiten, in Gemeinschaften mit Liebe und Beziehungen umzugehen, umrissen: Während das dem New Age zurechenbare ZEGG – Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung (Belzig) ausdrücklich die freie Sexualität zum Programm erklärt, ist die politische Kommune Niederkaufungen offen für alle Formen der Beziehung, die sich aus dem Zusammenleben ergeben, ähnlich wie die AuswanderInnen in Piaggia (wo sich, nach einer anfänglichen Phase der Auflösung aller Zweierkisten, nun – neu gemischt – relativ feste Beziehungsstrukturen herausgebildet haben). Die christliche Basisgemeinde Wulfshagenerhütten wiederum betont die Bedeutung der Verbindlichkeit in allen Lebensbereichen, einschließlich ihrer Liebesbeziehungen in Form der Ehe.

Das sollte nicht mißverstanden werden als banale Aufrechterhaltung bürgerlicher Familienstrukturen, auch wenn der Institution Ehe natürlich ein etwas altertümlicher Geruch anhaftet. Was hier vielmehr versucht wird, ist nicht das Zusammenbleiben um jeden Preis, sondern eine verbindliche gemeinsame Entwicklung in Respekt und Verantwortung füreinander, unterstützt durch die Gemeinschaft. Die bürgerliche Form der Ehe wird gefüllt mit einem ausdrücklich nicht-marktwirtschaftlichen Inhalt: Schwierigkeiten in einer Beziehung als Aufgabe zu begreifen und durchzuarbeiten, statt zu versuchen, Konflikten durch PartnerInnenwechsel auszuweichen. Das hat schon was Beeindruckendes, denn die Hoffnung "mit dem nächsten Mann (der nächsten Frau) wird alles anders" erweist sich oft als Illusion, mensch nimmt sich selbst und ihre/seine Schwierigkeiten in jede neue Beziehung mit. Aber vielleicht ist die Konsequenz einer verbindlichen Partnerschaft nur im Schutz einer stabilen Gemeinschaft möglich.

Insgesamt ist dieses Projekt in allen Lebensbereichen streng antikapitalistisch ausgerichtet: Ablehnung aller gesellschaftlichen Statussymbole – und in der Konsequenz Aufgabe der bürgerlichen Berufe; Konsumverzicht durch selbstgewählte Armut – der materielle Lebensstandard liegt unter dem Sozialhilfeniveau; Aufnahme der "Mühseligen und Beladenen" – es sind viele dort, die außerhalb der Gemeinschaft nicht selbständig leben könnten; politisches Engagement – für Lateinamerika und in der Anti-AKW-Bewegung (früher saßen ständig Gruppenmitglieder wegen Blockaden im Knast, die Mahnwachen heute sind ungefährlicher).

Die Gruppe ist eine selbständige Gemeinde, alle Mitglieder sind aus der Kirche ausgetreten. Der Gemeinschaftsgründer Gerhard – ein ehemaliger Pfarrer – lebt mittlerweile mit einer kleineren Gruppe im besetzten Haus Dunckerstr. 14 in Ost-Berlin, wo sie im Kampf um den Erhalt billiger Mieten engagiert sind.

Es war der Basisgemeinde wichtig, nicht isoliert über ihr Verhältnis zur Liebe zu schreiben, sondern dies im Kontext ihres Glaubens und ihrer gemeinsamen Entwicklung darzustellen. Zu konkreteren Schilderungen aus dem Alltag und ihrem Beziehungsleben waren sie auch auf Nachfrage nicht bereit, sind aber offen für BesucherInnen und persönliche Gespräche mit Menschen, die von ihrer Selbstdarstellung berührt sind. ●

Anschrift:
Basisgemeinde · W-2303 Wulfshagenerhütten
Post Gettorf · ☎ (0 43 46) 50 44

SELBSTDARSTELLUNG

Der Zusammenhang

Wir sind eine christliche Gemeinschaft von derzeit 60 Menschen, sehr bunt gemischt im Alter und in der sozialen Herkunft, aus sehr verschiedenen Motiven zusammengekommen. Wie leben auf einem größeren Gelände eines ehemaligen Gutshauses und späteren Kinderheims in schöner landschaftlicher Umgebung zwischen Kiel und Eckernförde. Wie arbeiten alle auf diesem Gelände:

in einer Werkstatt, in der wir Holzspielzeug für Kindergärten herstellen; wie sind in diesen Monaten auf einer Baustelle damit beschäftigt, diese Werkstatt wesentlich zu verändern und zu erweitern; einige arbeiten im dazugehörigen Verkauf und Vertrieb; andere arbeiten auf den Feldern eines benachbarten biologisch anbauenden Landwirts; bargeldlos und auf gegenseitiges Vertrauen gegründet geben wir für diesen Anbau unsere Arbeitskraft und erhalten dafür das vom Ertrag der Ernte für uns Lebensnotwendige;

Wir haben einen gemeinsamen Tageslauf und eine gemeinsame Kasse. Wie leben in größeren Familiengruppen, Wohngruppen genannt, in denen wir frühstücken und zu Abend essen. Mehrmals täglich kommt die ganze Gemeinschaft zusammen: zum Gebet morgens und abends, zum Mittagessen und anschließend zu einer Art Plenum mit Aussprache, Information und aktueller Beratung.

Wie sind vernetzt mit vielen anderen Gruppen und Gemeinschaften, politisch engagiert in der Anti-AKW-Bewegung, beteiligen uns in Bürgergruppen der Nachbarschaft, sind geöffnet zur Basisgemeinschaftsbewegung in Süd- und Mittelamerika und im besonderen befreundet mit der Basisgemeinde Zacamil, in einem Armenviertel in San Salvador. Besonders verbunden sind wir mit den in den zwanziger Jahren aus dem religiösen Sozialismus hervorgegangenen Gemeinschaften der Bruderhöfe.

Seit zwei Jahren beteiligen sich Mitglieder unserer Gemeinde am Aufbau einer Gemeinschaft in Berlin. Diese Gemeinschaft lebt heute unter völlig anders gearteten Bedingungen in einem besetzten Haus im Prenzlauer Berg im Osten Berlins, beteiligt am wachsenden politischen Widerstand der von der Vertreibung durch das hereinbrechende Kapital bedrohten dort lebenden Menschen.

Dieses bunte Gebilde ist das Ergebnis einer Geschichte, die vor nahezu zwanzig Jahren im Raum Stuttgart begann. Durch viele Veränderungen und Krisen hindurch haben sich die verschiedenartigsten Beziehungen entwickelt: die Beziehung von Mann und Frau, der festen Mitglieder untereinander, die Gottesbeziehung jedes Einzelnen und der ganzen Gemeinschaft, die Beziehung zu den oft vielen Gästen und BesucherInnen, zu den Nachbarn, den befreundeten Gruppen und Gemeinschaften. Wir können heute bezeugen, daß es verläßliche, tragfähige, geheilte Beziehungen gibt, die wir vor zwanzig Jahren am Beginn unserer Gemeinschaft erhofft hatten. Sie sind ganz anders, als wir uns gedacht hatten, aber sie sind da.

Wir wurden gebeten, über unsere Erfahrungen zum Thema »Beziehungen« zu berichten. Gerne teilen wir unsere Erfahrungen mit. Eine erste Antwort war schon die, daß wir den ganzen Zusammenhang beschrieben haben, in dem diese Beziehungen zuhause sind: wenn wir nach unseren Beziehungen gefragt werden, reden wir heute nicht mehr über unsere Beziehungen, sondern über den Zusammenhang, in den sie hineingehören.

Was uns zusammenführte

Wenn wir zum Arzt gehen, dann fragt er in der Regel: »Was fehlt ihnen?«. Meistens sagen wir dann nicht, was uns fehlt, sondern nennen das Symptom, das wir haben.

Was uns vor zwanzig Jahren zusammenführte waren die Symptome, die wir hatten unter unserem damaligen Erkenntnisstand über die Mittel, wie sie zu beseitigen wären:

der Überdruß an der Warenwelt – zu beseitigen durch neue Spiritualität; zerbrochene oder gestörte Beziehungen – durch therapeutische Zuwendung und Befreiung;

Atemnöte durch die Enge der Kleinfamilie – durch neue Formen des Zusammenlebens;

Verweigerung und Scheitern in leistungsorientierten Berufen – durch neue Formen des Zusammenarbeitens;

Süchte aller Art – durch menschliche Nähe und Beziehungen;

Leiden an der Zerstörung der Umwelt – durch die verschiedensten ökologischen Konzepte;

Leiden an der Ungerechtigkeit, sichtbar in der 3. Welt Problematik – durch Bewußtseinsbildung und Beteiligung an entwicklungspolitischen Maßnahmen;

Politikverdrossenheit – durch Aufbau einer alternativen Kultur.

Das sind große Worte und diese gebrauchten wir damals auch. Mit diesem Ansatz sind wir gescheitert und in der Konsequenz wäre unsere Gemeinschaft daran zerbrochen. Denn all diese Teilwahrheiten führten zur Konkurrenz untereinander und derer, die sie vertraten. Die dirkete Beschäftigung mit den Symptomen und den gut gemeinten Mitteln ihrer Beseitigung führte uns nicht in den erhofften herrschaftsfreien Raum geheilter Beziehungen und zu einem wirklich neuen Zusammenleben.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die große Erleichterung: Umkehr von einem falschen Weg und neues Beginnen.

Durch dieses Scheitern gingen uns die Augen auf, daß wir die Geschichte unserer Gemeinschaft nicht machen und ihre Ziele nicht verwirklichen können. Wir können uns einer Geschichte nur anvertrauen und allenfalls erkennen, welche Stunde geschlagen hat. In dieser Situation erinnerten wir uns der christlichen Tradition, von der wir geprägt waren. Wir erinnerten uns der vielen Texte, die vom Exodus des Volkes Gottes und vom Weg erzählten. Wir erinnerten uns an die Aussage Jesu, daß er der Weg sei und waren bereit, nicht nur dieses Wort Jesu, sondern IHN selbst in Anspruch zu nehmen. In dieser Zeit wurde die Religion in unserer Gemeinschaft zur Basis unseres Lebens. Wir entschlossen uns, alle Mittel, die wir mitgebracht hatten in die Gemeinschaft, miteinander zu teilen: nicht nur die materiellen Mittel – unser Geld, unseren Besitz – sondern auch die ideelen Mittel, durch die jede(r) Einzelne autonom und stark war – Wissen, Lebenserfahrung, Methoden usw. Durch das Hergeben dieser Mittel wurden wir füreinander in unserer Schwäche und wahren Bedürftigkeit erkennbar. Wir erkannten, daß wir für diese neue Kultur nichts hatten und nichts wußten außer einer unbestimmten Sehnsucht, GANZ zu sein, Heil zu sein. Wir singen in unserer Gemeinschaft ein Lied, daß dies zum Ausdruck bringt: »Im Dunkeln werden wir ziehen, um die Quelle des Lebens zu finden; erhellt uns einzig der Durst den Weg, bis wir gefunden das Licht.« Wir erkennen die Sexualität als die leibliche und die Sehnsucht als die seelische Kraft dieses Durstes.

In dieser Situation begannen wir um die Erkenntnis des jeweils nächsten Schrittes zu beten. Worte und Werte wie Stolz und Demut, die seither in unserem Leben keine bewußte Rolle gespielt hatten, rückten in die Mitte. Aber dadurch ereignete sich dann das, was wir uns ale gewünscht, aber seither nicht erreicht hatten: daß wir zu Gleichen wurden. Wir wurden alle abhängig von der gemeinsamen Erkenntnis des nächsten Schrittes. Seither gehen wir einen Weg miteinander, immer in der Spannung, ob und wie er weitergeht.

Einige Einsichten, die wir auf diesem gemeinsamen Weg gefunden haben

Solange wir auf diese gemeinsame Erkenntnis des nächsten Schrittes warten, entsteht der Druck, eine Bedrängnis, ein Leiden. Wir haben inzwischen gelernt, diesen Druck und dieses Leiden WILKOMMEN zu heißen. Es ist nicht jener Druck, den sogenannte »starke« Persönlichkeiten über sogenannte »schwache« ausüben, sondern ein Druck, der aus der Geschichte kommt und an dem alle teilhaben. Leiden heißt dann, zu warten bis die Tür gefunden ist in den Räumen des nächsten Schrittes, in den alle eintreten können. Was für die ganze Gemeinschaft gilt, gilt auch für alle Beziehungen in der Gemeinschaft. Der heilsame Druck in dem sozialen Organismus unserer Gemeinschaft entsteht dadurch, daß wir die Situationen und die Menschen, denen wir begegenen, nicht auswählen und selektieren. Dann wachsen die Beziehungen in die Breite und Tiefe und aus der Kompression entsteht eine neue Kraft der Beziehung.

Das gelingt nur, wenn wir in diesen Situationen des Drucks zusammenbleiben. Die Werte und Worte der Verbundeheit, Verbindlichkeit und Treue haben einen hohen Stellenwert bei uns bekommen. Deshalb haben wir uns erinnert, welche Wahrheit und Bedeutung der Bund in unserer christlichen Tradition hat: Die Taufe als Bundeszeichen eines Weges des Einzelnen mit Gott, der zu Ende gegangen wird; die Ehe als das bundeszeichen eines Weges zwischen Mann und Frau, der zu Ende gegangen wird. Das Abendmahl als Zeichen des Bundes einer ganzen Gemeinschaft, die ihren Weg gemeinsam zu Ende geht.

Diese Verbindlichkeit der bis zu Ende gegangenen Wege und der Treue soll sich für uns auch in allen anderen Beziehungen (zu anderen Gemeinschaften, in begonnenen Engagements usw.) abbilden. Uns ist sehr wohl bewußt, wie sehr diese Worte beschädigt sind und welche Zerstörung ihr Mißbrauch in der Geschichte angerichtet hat und heute noch anrichtet. Aber wir sehen genauso deutlich, daß dies für alle Worte und Werte gilt, und wie z.B. die Eigengesetzlichkeit des Kapitals alle Worte und Werte zerstört hat. Nicht nur dieses oder jenes, sondern ALLES muß neu werden, wenn wir eine an die Wurzel gehende, radikale Alternative leben wollen.

Der nächste Schritt ist immer das Konkrete, das geschehen soll. Wir haben zu Genüg erfahren, welche Lähmung unsere Gemeinschaft befällt, wenn sie in der Diskussion des Grundsätzlichen steckenbleibt. Aus dem nächsten Schritt ergibt sich der übernächste, und die Diskussion der Grundsätze ist oft die Angst vor dem nächsten Schritt. Die Summe dieser konkreten Schritte hat das Gesicht unserer Gemeinschaft bis heute geprägt. Davon können wir erzählen. Vieles können wir auch nicht vermitteln, weil nur die Beteiligten es wahrgenommen haben: die unverwechselbare Farbe, die Atmosphäre und die Intimität unserer Gemeinschaft. Sie sind unantastbar. Dasselbe gilt für alle Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft, zuallererst füt die Gottesbeziehung jedes Einzelnen.

Wir haben je länger je mehr eine Scheu, über das Geheimnis und die Einmaligkeit eines Menschen, einer Beziehung, einer Gemeinschaft zu reden. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der komme und sehe und höre.

Alles Wahre geschieht, wenn es Zeit dazu ist. Die richtige Ernährung, das gesellschaftliche Engagement, die Aufgabe der Berufe zugunsten dem Aufbau einer neuen Ökonomie. Die Befreieung der Männer und Frauen und die Entdeckung der ergänzenden Beziehungen der Geschlechter geschah in einem schönen und schmerzhaften Prozeß unter uns, als es Zeit dazu war, und nicht als wir es inszenieren wollten.

Indem wir unsere Mittel und das heißt oft: unsere Symptome aus der Hand geben, werden wir gewahr, wie angewiesen wir aufeinander und wie abhängig wir voneinander sind. Autonomie und Autarkie haben sich für uns als Einzelne und als Gemeinschaft als Täuschung erwiesen. Wie sind untereinander und als Gemeinschaft von dem größeren Zusammenhang abhängig. Abhängigkeit ist ein anderes Wort für Armut. Seitdem wir das begriffen haben und uns freiwillig dazu bekennen, sind wir auf einem Weg nach unten und zu den Armen. Darüber freuen wir uns.

Wenn heute Menschen zu uns kommen und uns sagen: unsere Beziehungen sind krank, was sollen wir tun? Dann sagen wir ihnen: Versucht nicht, das Symptom zu bekämpfen, sondern beginnt, einen gemeinsamen verbindlichen Weg. Alles andere wird sich geben, wird Euch gegeben werden.

Jesus sagt: »Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach dem größeren Zusammenhang, dann wird Euch alles übrige – auch die Heilung Eurer Beziehungen und die Liebe – dreingegeben werden.« ●

LAVORO E AMORE E COPRIRE IL TETTO

Arbeit und Liebe und Dachdecken

A und B sind verheiratet und wohnen mit C und im weiteren Sinne mit D etc zusammen und wollen das Dach ihres Hauses neu decken. Wegen Techtel und Mechtel von B und G verläßt A das Grundstück und das Dachvorhaben ruht. C hat ein kleines Kind zu versorgen und einen Acker zu bestellen. Dann greift B mit Hilfe von E und Techtel zu den Werkzeugen und ein Gerüst entsteht.

Da kommt A zu B zurück. Das Dachvorhaben ruht erstmal wieder. A und B sitzen vormittags im Gras und versuchen nachmittags gemeinsam zu arbeiten. Ein Busen mit Bäumen entsteht im Garten.

Dann kommt es zu einer Frauen- und Ferienfahrt und angesichts von offensichtlichem Techtel und Mechtel geht A weg.

Nach einem gewissen Schreck und Feiertagen geht es mit dem Dach weiter.

Wegen viel Techtel geht es langsam aber letztendlich unter Regenschauern und starken Regenhäuten doch noch gut zu Ende. Aber das ist nur ein Ausschnitt.

Gleichzeitig arbeiten in und ums Dach noch Z, X, W, V und D und Y. Z und E haben viele Jahre zusammen – und ein Kind. Z und X arbeiten seit Jahren zusammen. Z ist mit U zusammen, D hat mit U ein Kind. X hatte mit E ein Techtel, wo ist der Zollstock fragt X den E, hier oben. X klettert hoch und mit freundlichem Lächeln, damit E nicht denkt, sie wär ihm böse und freundlichem Lächeln zu B, damit B nicht denkt, sie wär ihr böse, geht X mit dem Zollstock zu Z und lächelt sie an, weil vielleicht ist es für Z trotz ihrer neuen Liebe zu U schwer zu sehen, wie verliebt E und B auf dem Dach reden und bald ist das Loch vom Kamin zu, aber das Loch zum Zwischenstock, wo C wohnt, die mit U ein Kind hat muß noch geschlossen werden. Wo ist der Hammer, wir brauchen auch das Senkblei, kannst Du mir mal... Am Schluß aßen wir noch alle zusammen in der renovierten Küche.

Was ist daran falsch?
Sollten Arbeit und Liebe getrennt sein?
Sollten die sich Liebenden getrennt sein?

Aus »Utopiaggia 4« (Infoheft einer deutschen Gruppe, die seit 10 Jahren in der Toskana lebt)

FREIBURG: TAGUNG DER FREIEN RADIOS

Querfunkratschlag der Neunziger

Noch nie hat sich die Medienlandschaft in der BRD so verändert wie in den letzten Jahren. Es wurden entscheidende Weichen für die Nutzung von Radio und Fernsehen durch privatwirtschaftliche Firmen gestellt. Die bisher öffentlich-rechtliche Rundfunklandschaft hat sich in eine durch kapitalistische Wirtschaftsformen geprägte verwandelt.

Redaktion Heidelberg, Radio Dreyeckland ● Eine Folge der Kapitalisierung der Rundfunksender ist die zunehmende Konzentration auf landesweite und bundesweite Betreibergesellschaften. Im Vordergrund steht deshalb nicht die Qualität der Sendungen, sondern die Einschaltquoten, weil diese die Höhe der Werbeeinnahmen festlegen. Der Rundfunk wird zum idealen Träger von Werbung und die inhaltlichen Sendungen rücken mehr und mehr in den Hintergrund. Meinungsvielfalt und kritische Sendungen sind nicht mehr gefragt, sondern Berieselungsfunk und Verflachung.

Die mediengesetzlichen Regelungen

Innerhalb der alten Bundesländer regeln seit Beginn der 80er Jahre Landesmediengesetze den privat-kommerziellen Rundfunk- und Fernsehbereich. In fast allen Gesetzen gibt es trotz der Verankerung der Privatkapitalisierung Elemente, die einen »Bürgerfunk« unter bestimmten Voraussetzungen zulassen. Aufgrund freiwerdender Frequenzen wird es in einigen Ländern zu Novellierungen der Gesetze kommen, auf die gesellschaftliche Gruppen Einfluß nehmen können.

Die neuen Bundesländer arbeiten ihre Landesmediengesetze noch aus, oder sind in der Phase der parlamentarischen Beratung. Häufig versuchen die Landesregierungen die Regelungen zu übernehmen, die in Altbundesländern mit politisch übereinstimmenden Regierungen geschaffen wurden.

In beiden Bereichen der Alt- und Neu-Bundesländer gibt es also Veränderungen, auf die Einfluß genommen werden kann.

Die QuerfunkerInnen

Trotz oder gerade wegen der oben beschriebenen Veränderungen gibt es in den alten und besonders in den neuen Bundesländern bestehende Radiosender und Radioinitiativen, die die gesetzliche Grundlage entweder nutzen oder verändern wollen um ihre Idee vom freien Gesellschaftsfunk von unten zu verwirklichen.

In den neuen Bundesländern funkt bereits seit 1990 im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg Radio P regelmäßig dazwischen Im September des gleichen Jahres startete in Erfurt Radio F.R.E.I.. In Leipzig existiert der alternative Fernsehsender Kanal X, der zusammen mit mehreren Initiativen, u.a. die Radio Initiative Dresden und Radio T Chemnitz den sächsischen Verband für offenen Rundfunk gründete. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es das Netzwerk Selbsthilfe und auch aus Schwerin ist eine Radioinitiative bekannt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In den alten Bundesländern bildeten sich besonders in NRW Radiovereine in denen unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen aus ihren jeweiligen kulturellen, musikalischen und politisch-sozialen Interessen heraus Sendungen produzieren. In NRW ist ihre Sendezeit nach dem Landesmediengesetz jedoch auf 2-3 Stunden täglich begrenzt.

In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und hessen zeichnen sich neue gesetzliche Regelungen ab, die möglicherweise lokalen Rundfunk erlauben.

In Niedersachsen ist der Dachverband INGEHN (Interessensgemeinschaft gemeinnütziger Hörfunk Niedersachsen) als Zusammenschluß verschiedener Radioinitiativen entstanden, um Lizenzen für den nichtkommerziellen Hörfunk durchzusetzen.

Innerhalb Bayerns sendet Radio Z in Nürnberg und in München ist die Radioinitiative LORA dabei, sich um eine Frequenz zu berwerben.

Radio St. Pauli ist zwar in Hamburg bei der letzten Lizenzvergabe nicht berücksichtigt worden, hat aber trotz dieses Rückschlages nicht aufgegeben.

In Baden-Württemberg sendet Radio Dreyeckland seit fast vier Jahren legal auf einer eigenen Frequenz. Innerhalb der Novellierung des Landesmediengesetzes konnte eine Neuregelung zur Vergabe von neuen Frequenzen auch an nichtkommerzielle AnbieterInnen durchgesetzt werden, die diesen Zugang zu einer Frequenz erleichtert. Für die schon vorhandenen interessierten Gruppen zeichnen sich neue Möglichkeiten für eine Frequenzbewerbung ab.

Außerhalb der BRD sendet Radio LORA Zürich seit fünf Jahren. In Bern gibt es eine Radioinitiative und auch in Wien hat sich der Verein Plural FM im Äther zu Wort gemeldet.

Zur Tagung

Alle Freien Sender und Radioinitiativen machen eigene Erfahrungen mit ihren Organisationsstrukturen, Finanzierungsmöglichkeiten und den Programminhalten. Gegenseitige Hilfestellung kann einiges erleichtern und neue Möglichkeiten im Umgang mit Mediengesetzgebung und Radiopraxis schaffen. Doch die Bedingungen für den gemeinsamen Austausch müssen erst noch entwickelt werden. Engere Zusammenarbeit stärkt die praktische Radioarbeit der an freien Radios interessierten Gruppen. Erleichtert wird damit auch die Einflußnahme auf das medienpolitische Geschehen. Der »Querfunkratschlag« soll ein erster Schritt in diese Richtung sein. Der nächste Schritt wäre dann die Gründung eines bundesweiten Interessenverbandes der Freien Radios.

Der »Querfunkratschlag« wird in kurzer Zeit viele Möglichkeiten zu Austausch und Diskussion bieten. Daneben soll aber auch die Praxis nicht zu kurz kommen. Am Freitag ist deshalb für alle TeilnehmerInnen die Möglichkeit gegeben selbstproduzierte mitgebrachte Sendungen über den Äther zu senden. Nutzt also die Gelegenheit und stellt Eure eigenen Sendungen vor.

Der »Querfunkratschlag der Neunziger« findet vom 9. bis 11. Oktober 1992 in Kooperation mit dem Buntstift e.V. und dem Stiftungsverband Regenbogen in Freiburg statt.

Weiter Informationen:
Radio Dreieckland · Adlerstr. 12
W-7800 Freiburg · ☎ (07 61) 3 04 07

EUROPA-SYMPOSIUM

Unabhängige Medien im Gemeinsamen Haus Europa

Die »Europäische Förderation Freier Radios« (F.E.R.L.) lädt für den 19. bis 24.10.1992 zu diesem Symposium in die Universitätsstadt Uzgorod in Transkarpatien, im Westzipfel der Ukraine, ein.

»Die FERL versteht das Symposium als eine ergänzende Folgeveranstaltung zum Europarats-Seminar »Interkulturelles Lernen im Dienste der Menschenrechte«, das im Oktober 1991 an der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt abgehalten wurde, und als Weiterführung der Bemühungen unserer Förderation zur Unterstützung unabhängiger Medien im ehemaligen Jugoslawien.

Der Einfluß der Medien auf den Ablauf der politischen Ereignisse wird immer offensichtlicher. Am Beispiel Jugoslawien läßt sich ihre negative Rolle in Krisensituationen aufzeigen. Denn dort haben sie schon Jahre im voraus entscheidend dazu beigetragen, den Bürgerkrieg vorzubereiten. Die offiziellen Medien der einzelnen Republiken wurden nach und nach zu Propagandamaschinen der jeweiligen Machthaber. Mit Falschmeldungen und diffarmierenden Darstellungen der »anderen« erzeugten sie Angst und Haßgefühle und schürten die Spannungen. Bestimmte Phänomene, die den »Medienkrieg« als Vorläufer des eigentlichen Krieges in Jugoslawien gekennzeichnet haben, kann man auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern beobachten. Und auch die westlichen Länder bleiben von derartigen Kampagnen nicht verschont: Die Artikel und Reportagen in einer gewissen Boulevardpresse, in denen von wilden, hungrigen Horden aus dem Süden die Rede ist, die sich anschickten, die reichen Industrieländer der nördlichen Hemisphäre zu überfallen und auszuplündern, stacheln zu wachsender Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Anschlägen an.

Im Zuge der Öffnung Osteuropas wurde viel vom »Gemeinsamen Haus Europa« gesprochen. Aber was für ein Europa wird das sein? Die Medien sind prädistiniert, eine aktive Rolle zu spielen, um den Dialog und die Verständigung zwischen den verschiedenen Völkern in diesem gemeinsamen Haus zu fördern. Seit fünf Jahren setzt sich die FERL für die Schaffung und Weiterentwicklung unabhängiger, nichtkommerzieller Lokalradios ein, die den BürgerInnen, und besonders auch Minderheiten, eine direkte Beteiligung ermöglichen. Gerade die jüngsten Ereignisse unterstreichen die Notwendigkeit eines solchen »dritten Sektors« – neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten und den rein kommerziellen Privatstationen.

Als Veranstaltungsort wurde Uzgorod, die Hauptstadt des »Oblast« Transkarpatien gewählt, weil in dieser Region im Fünfländereck – Ukraine, Ungarn, Polen, Rumänien und Slowakei – eine Vielzahl verschiedener Volsgruppen friedlich zusammenlebt.«

Anmeldung & weitere Information:
F.E.R.L. · B.P. 42 · F-04300 Forcalquier (Frankreich)
☎ (00 33) 92 73 05 98 · Fax (00 33) 92 73 18 18

DRESDNER NEUSTADT:

Radio BRN 3

Nun schon im dritten Jahr gibt es an einem Wochenende im Jahr in Dresden die »Bunte Republik Neustadt«, einen freien Staat im Freistaat Sachsen mit einer Regierung mit einem Monarchen an der Spitze, einer eigenen Währung, eigene Gesetze und einer eigenen Zeitung. Doch der »Bunten Republik Neustadt« fehlte bisher ein Medium zur propangandistischen Beeinflussung der Massen. Nun bekam er endlich, was einem »ordentlichen« Staat gebührt: einen Staatsfunk – Radio BRN 3.

Redaktion Heidelberg, F.R.E.I.MUT Erfurt ● Der autonomen Monarchie fehlte bisher ein ihr gemäßes ins »Ausland« strahlendes Flair. Möglich wurde dieses von StaatsbürgerInnen und HörerInnen aus der weiteren Umgebung der Dresdener Neustadt (BRD) begeistert aufgenommene Agitationsinstrument (»...endlich die Stimme des Monarchen!«, »Wow!«, »Mein Leben hat wieder einen Sinn!«) deshalb, weil die sich im Aufbruch befindliche freie Radioszene Ostdeutschlands eigens zu einem Staatsbesuch angereist war. Die freien Radios aus dem östlichen Teil unserer Republik, in ihren Ländern mit einer mehr oder weniger undemokratischen Mediengesetzgebung konfrontiert, nutzten die in anarchistischer Tradition gehaltenen Gesetze der BRN als Möglichkeit, Zeichen zu setzen für Meinungsvielfalt, BürgerInnennähe und Selbstbestimmtheit in den elektronischen Medien.

Zum Ausdruck kam auch die Entschlossenheit, diese Zustände in ihren Regionen ebenfalls einzuführen. AugenzeugenInnen berichteten von einem in einem Abrißhaus recht konfortabel eingerichtetem Studio, aus dem 3 Tage lang fast rund um die Uhr ein buntes Programm gesendet wurde. Zwischen informativen »Morgenmüsli« und poetischem »Nachtgrauen« war es gefüllt mit Sendungen der »dritten Art«. Amnesty international, TierschützerInnen, Kulturvereinigungen aus dem Sendegebiet gestalteten eigene Beiträge; Diskussionsrunden zu politisch bewegenden Themen, Features, Kommentare, eine lebendige Moderation und viel spezielle Musik (DDR-Rock, Blues, Punk & Klassik) animierten Tausende zum aktiven Hören von BRN 3.

Den aufmerksamen BeobachterInnen werden an diesen Tagen nicht die mit Diktiergeräten herumstreunenden Grüppchen verschiedener Mundart entgangen sein, die das lustige Treiben auf den Straßen und Plätzen der Bunten Republik versuchten einzufangen, um es im Abendmagazin on Air zu schicken. Dabei wurde es nicht unterlassen, den die Gemeinschaft der Freien Radios in Ostdeutschland verbindenden Gedanken des nichtkommerziellen, lokalen BürgerInnenradios, sozusagen den roten Faden zu propagieren. Viele Leute verstanden diese Botschaft und fanden irgendwie den Weg ins Studio.

Von vielen DresdnerInnen bedauert, war am vierten Tag auf BRN 3 wieder nur ein Rauschen zu hören. Das Radio hatte sich selbt abgeschaltet, bevor es die Telekom tun konnte. ●

MAINZ/WIESBADEN: RADIO QUER

Übervorteilung und Behördenwillkür bei der Frequenzvergabe

Radio Quer muß her!

Die Medieninitiative Mainz/Wiesbaden – Radio Quer – klagt die Landeszentrale für Privat-Rundfunkveranstalter an, die gesetzlich vorgeschriebene Verfahrensweise für eine Frequenzvergabe nicht eingehalten zu haben.

»Die Ausschreibung einer Frequenz ist unverzichtbarer Ausgangspunkt jeder Veranstaltung von Rundfunk in Rheinland-Pfalz«... (Merkblatt '91 der Landesanstalt für Privatrundfunk). Seit Dezember 1991 ist aber fast unbemerkt und ohne öffentliche Ausschreibung ein kommerziell motivierter Radiobetreiber auf eine isolierte lokale UKW-Frequenz im Mainz/Wiesbadener Raum gegangen: »Radioropa«.

Schon vor drei Jahren wurde die als gemeinnützig anerkannte Medieninitiative Radio Quer von der Landesanstalt in Ludwigshafen mit dem Hinweis abgeblockt, es »stünden in Rheinland-Pfalz keine isolierten Frequenzen für eine lokale Nutzung zur Verfügung«. Daß damit keine technischen Hindernisse gemeint sein konnten, war den Radio Quer-Leuten schon damals klar ..., aber es lag eben im Ermessen der Behörde (»Kann«-bestimmung), ob sie solche lokalen Frequenzinseln schaffen wollte, oder nicht. Da bisher in ganz Rheinland-Pfalz noch keine kleinen, lokal begrenzten Sender zugelassen waren, galt es nun, auf den Willen der MedienpolitikerInnen Einfluß zu nehmen und mit einer vorbildlichen Konzeption auch in der Öffentlichkeit für die Idee des lokalen BürgerInnen- bzw. Mitgliederradios zu werben. Der Mainz/Wiesbadener Radioverein strebt gerade eine Gesetzesänderung zur Verankerung dieser Idee an und schlägt vor, die Vergabe isolierter, lokaler Frequenzen auf gemeinnützige AnbieterInnengemeinschaften mit werbefreier Konzeption zu beschränken und dies als 3. Form von Rundfunk – neben den landesweiten, privaten und öffentlich-rechtlichen Sendeketten – in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Das wäre zwar für hiesige Verhältnisse schon beinahe »revolutionär«, wäre aber im europäischen Vergleich nichts Besonderes.

Radio Quer fragt sich, welche Mittel von »Radioropa« eingesetzt werden mußten, um ohne demokratisches Auswahlverfahren zur UKW-Sendelizenz zu kommen, noch dazu auf einer Frequenz, die doch eigentlich gar nicht »zur Verfügung stehen« dürfte!?

Und wieso konnten die gesetzlichen Maßgaben bezüglich lokaler/regionaler Programmteile, AnbieterInnengemeinschaft usw. von der Behörde ignoriert werden, zumal »Radioropa« insoweit nichts vorzuweisen hat?

In einem regen Schriftwechsel mit der Staatskanzlei, den Medienexperten der Landtagsfraktionen und der Landesanstalt für Privatrundfunk hat »Radio Quer« nun auf diese Umstände hingewiesen und unbequeme Fragen gestellt; denn bei einem demokratischen Auswahlverfahren hätte die Medieninitiative sogar den Vorzug vor »Radioropa« erhalten müssen.

Medieninitiative Mainz/Wiesbaden e.V.
Radio Quer · Postfach 30 41
W-6500 Mainz · ☎ (0 61 31) 22 16 61

REZENSION

Die dritte Mediengeneration seit 1968 ... ... souveräne Medien der 90er Jahre

Erfrischend lebendig, ohne Scheu vor Vorgängern wie Bertold Brecht und Walter Benjamin Anfang der 30er Jahre oder Jürgen Habermas und Hans Magnus Enzensberger in den 60er Jahren, hat Geert Lovnik, Mitarbeiter der Amsterdamer Agentur BILWET (bevordering van de illegalen wetenschap = Förderung der illegalen Wissenschaft), kürzlich in drei Aufsätzen Fragmente zur Theorie der souveränen Medien der 90er Jahre zusammengetragen.

Lovnik stützt sich vorwiegend auf Erfahrungen, die er in der freien Amsterdamer Radioszene gesammelt hat. Er umreißt die Intentionen der alternativen Medien aus den 70er Jahren und das Erscheinungsbild der autonomen, eigenen Medien der 80er Jahre. Gegen beide grenzt er die souveränen Medien der 90er Jahre ab.

Zentraler Begriff der alternativen Medien nach 1968 ist die »Gegenöffentlichkeit«. Inhalte der bürgerlichen Medien sollen zurechtgerückt, ergänzt und korrigiert werden. Dem Individuum soll zunächst seine Situation und Meinung bewußt gemacht werden. Als zweiter Schritt soll dann ein Netzwerk an Gegenkultur und Gegeninformation aufgebaut werden, welches sich über die gesamte Gesellschaft erstreckt. Durch den Aktivismus einzelner soll bei der Masse ein Emanzipationsprozeß und eine Kettenreaktion ausgelöst werden; Ziel ist es, die Individuen aus ihrer Isoliertheit zu lösen und sie zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichem Handeln zu bewegen.

Zwar gelang es, Themen wie Feminismus, Ökologie, Atomkraft oder Dritte Welt einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen, doch wurden, kraft Marktkonformismus, aus den alternativen Medien bald konventionelle Medien.

Die autonomen, eigenen Medien, die sich zum Ende der 70er Jahre bildeten, beschäftigen sich laut Lovnik nicht mehr mit der schwerfälligen und schwerhörigen Öffentlichkeit. »Es war sinnlos geworden, noch länger an den Bürgerwillen zu appellieren«, es wurde sich an einer »anderen imaginären Größe« (= die Bewegung) orientiert. Journalistische Professionalität wurde abgelehnt. »Der geniale Dilettantismus schien keine Kinderkrankheit, sondern konstituierendes Element zu sein.«

Die »Kontinuität und Unveränderlichkeit« der eigenen Medien sei laut Lovnik »als Überbleibsel der verschwundenen autonomen Bewegungen« bis heute geblieben.

Diese »Missionsarbeit« der 70er und 80er Jahre bildet den Humus aus dem sich die souveränen Medien nähren und bedienen. Sie haben sämtliche Bindungen an »Wahrheit, Wirklichkeit und Repräsentation« durchtrennt. Mit ihrem unverwirrbaren Knäuel an Sinngebung und Ironie machen es die souveränen Medien selbst »geübten Medienlesern unmöglich, sich zurechtzufinden.« Sie orientieren sich mit ihren Programminhalten an keinem Empfängerpublikum. Zufällige Passanten werden mit »verseuchten Banalitäten, die sich in all ihrer freundlichen Nichtsagenheit präsentieren« angegangen. »Der Informationsinhalt ist auffälig niedrig«. Hintergrundberichte und Reportagen sind große Ausnahmen.

Motor der souveränen Amsterdamer Radiomacher sind ihre Leidenschaft zur Musik, ihre Lust an experimenteller Misch-Technik und ihre Vorliebe für Live-Produktionen.

Wieweit Lovniks Amsterdamer Beobachtungen auch auf die bundesdeutsche Medienszene zutreffen mögen, kann heute noch nicht ausschließend beurteilt werden, da die freien Radios hier keine Gelegenheiten hatten, sich zu ungehindert wie in den Niederlanden zu entwickeln.

Auf die linken BRD-Print-Medien sind Lovniks auditiven Erlebnisse ohnehin nur schwer übertragbar. Hier lassen sich fast alle angebotenen Publikationen in die von Lovnik für die 70er (z.B. Graswurzelrevolution, atom, Contraste) oder 80er Jahre (z.B. unfassba, Projektil) entwickelten Kategorien einordnen.

Allenfalls in Copy-Magazinen, wie dem Heidelberger SUBBILD, Zeitschrift für poröses Denken, scheint sich eine Entwicklung zur Leserverwirrung durch schwer zugängliche Inhalte, wie sie Lovnik beobachtete, abzuzeichnen. Ob dies daran liegt, daß SUBBILD-Herausgeber Willem van Dijk auch Niederländer ist? ●

Kai Böhne

Geert Lovnik: Hör zu – oder stirb! Fragmente einer Theorie der souveränen Medien;
Edition ID-Archiv, 1992, 96 Seiten; 12,– DM

LOHN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Kollektive Selbständigkeit

und Ertragsaufteilung

Errungenschaften der Selbstverwaltung

Die in den letzten zwanzig Jahren entstandenen »selbstverwalteten Betriebe« sind, jenseits ideologischen Blendwerkes, kleine Gesellschaften gleichberechtigt tätiger EigentümerInnen an gemeinsamen Produktionsmitteln (incl. Handel und Dienstleistungen). Zu den mehr oder weniger verwirklichten Errungenschaften der Gesellschaftsverträge selbstverwalteter Betriebe zählen:

- Die Bindung des Eigentums an die Mitarbeit im Unternehmen (Produktiveigentum),
- die vertragliche Gleichberechtigung bei Entscheidungen, Zugang zu Informationen, Funktionen, Aufgaben,
- seltener die Aufteilung des Ertrages nach Köpfen, Arbeitsleistung, Arbeitszeit, sozialer Situation usw. jedoch nicht nach Kapitalanteilen.

Diese Entwicklung kollektiver selbständiger Arbeit wurde und wird durch unzureichende materielle Eigenmittel, ideologische Befangenheit, fehlende Kenntnisse der erforderlichen technischen und sozialen Entscheidungs- und Steuerungsmöglichkeiten, unzureichende Formulierung von Zielsetzungen, unzureichende ökonomische Selbstinformation ... gehemmt.

Dennoch enthält die kollektive Selbständigkeit bereits wesentliche Elemente einer Ökonomie des Gleichgewichtes von Erzeugung und Verbrauch und sozialer Gerechtigkeit.

Darstellungsebenen

Für die weitere Darstellung ist es sinnvoll, zwischen verschiedenen Ebenen zu unterscheiden:

Systemebene:
Tätige GesellschafterInnen teilen wie alle EigentümerInnen die Erträge ihrer gemeinsamen Wirtschaftstätigkeit.

Gestaltungsebene:
Die Ermittlung bzw. Definition der Erträge und ihres Zustandekommens sowie die Aufteilung der Erträge ist ein zentraler Bestandteil jeder Gesellschaftsvereinbarung.

Für die Gestaltung der Aufteilung der Erträge gibt es viele Möglichkeiten und Kombinationen: Nach Köpfen, Arbeitszeit, Qualifikation, Belastung, sozialer Solidarität, Betriebszugehörigkeit, Abteilungs- und Arbeitsplatzertrag, Gesellschaftereinlage, Machtposition ...

Umsetzungsebene:
Technisch ist die Ermittlung und Zurechnung von Erträgen mit Computerhilfe einfach, wenn die Berechnungsgrundlagen auf der Gestaltungsebene definiert sind.

Eine Entnahme von Erträgen kann für tätige GesellschafterInnen einer GmbH als Gehalt, Prämie, Gewinnausschüttung, Zinszahlung, ... oder als eine Kombination davon erfolgen.

Bei den nachfolgenden Überlegungen bewegen wir uns vorwiegend auf der System- und Gestaltungsebene!

Ertragsplanung und Ermittlung

Die herkömmliche Betriebswirtschaftslehre und die aus ihr abgeleitete Planrechnung und Rechnungswesen orientieren sich an den Interessen großer Kapitalgesellschaften. Sie müssen für die Bedürfnisse kollektiver Selbständigkeit umgestaltet werden. Das soll am Beispiel der Erfolgsrechnung gezeigt werden.

Die am Kapitalertrag orientierte Erfolgsrechnung hat (vereinfacht) folgende Gliederung:

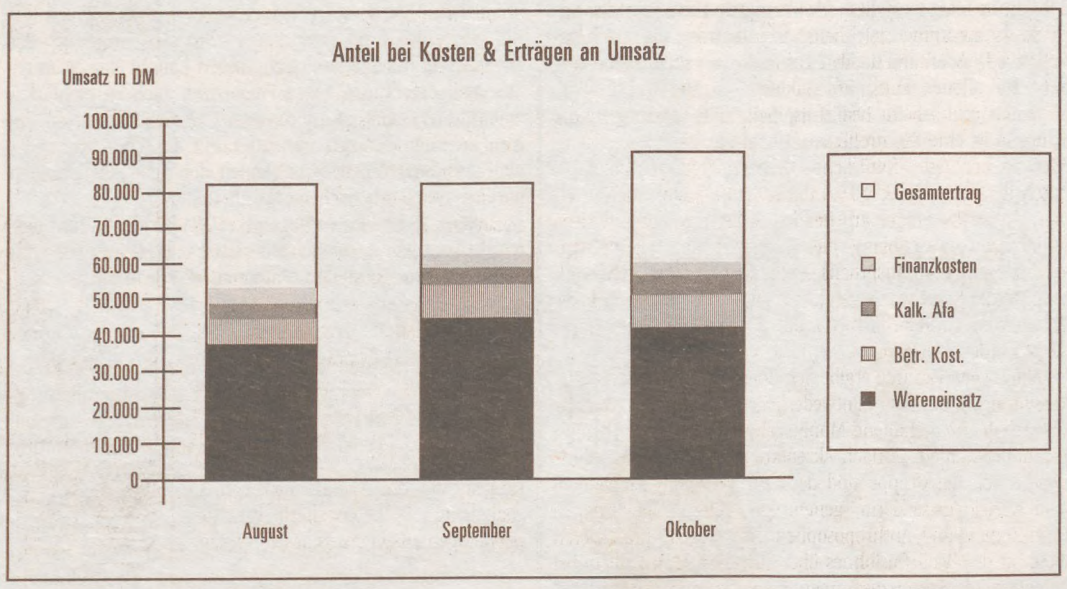
Umsatzerlöse
Wareneinsatz, Lieferungen und Leistungen (umsatzabhängig)
\# Rohertrag
Personalkosten
Betriebliche Sachkosten (umsatzunabhängig)
Abschreibungen (Wertverzehr von Anlagen und Ausstattung)
\# Gesamtkosten
\# Betriebsergebnis
Zinsergebnis (= Zinseinnahmen - Zinskosten)
= Gewinn oder Verlust

Gewinn oder Verlust / Eigenkapital = Eigenkapitalrendite (% Zuwachs oder Verminderung des Eigenkapitals)

Aus dieser Rechnung läßt sich nicht ersehen, welchen Marktwert (= Arbeitsertrag) die menschliche Arbeitskraft geschaffen hat. Das ist bei der Erfolgsrechnung der kollektiven Selbständigkeit der Fall. Sie kann vereinfacht wie folgt gegliedert werden:

Umsatzerlöse
Lieferungen und Leistungen (umsatzabhängig)
\# Rohertrag
Betriebliche Sachkosten (umsatzunabhängig)
Abschreibungen (Wertverzehr von Anlagen und Ausstattung)
\# Gesamtsachkosten
\# Arbeitsertrag
Zinsergebnis (= Zinseinnahmen - Zinskosten)
= Gesamtertrag

Arbeitsertrag / Arbeitstunde = Stundenarbeitsertrag
Gesamtertrag / GesellschafterInnen = GesellschafterInnenertrag
Gesamtertrag / Gesamtarbeitsstunden = Stundenertrag ...



Entsprechend wird bei der Planrechnung nicht mit den Kosten und der Arbeitskapazität einzukaufender Arbeitskraft gerechnet, sondern es wird vom Zieleinkommen und der Zielarbeitszeit der GesellschafterInnen ausgegangen.

Gestaltungsgrundlagen der Erfolgsrechnung

Um die Plan- und die Erfolgsrechnung durchführen zu können, müssen neben einer Ermittlung der betrieblichen Kosten Entscheidungen über die Definition der Abschreibung gefällt werden:

Soll so abgeschrieben werden, daß aus der Abschreibung der volle Ersatz der Ausstattung gesichert ist, dann reicht die Abschreibung vom Ausgangswert oft nicht aus, es kann z.B. vom Wiederbeschaffungs(neu)wert ausgegangen werden. Höhe des Wiederbeschaffungswertes und die angenommene Nutzungsdauer haben Einfluß auf die Höhe der Abschreibungen und damit auf den Ertrag.

Sollen in einem Betrieb Erträge für verschiedene Bereich getrennt ermittelt werden, dann ist die Umlage von Gemeinsachkosten und Gemeinarbeitsleistung, sowie von Zinskosten und Erträgen vorzunehmen. Je nach gewähltem Umlageschlüssel verändert sich die Plan- und Erfolgsrechnung für die Bereiche. So können z.B. die Gemeinkosten und Gemeinarbeitsleistungen nach dem Verhältnis der Summen aus kalkulatorischer Abschreibung und geplanten Arbeitseinkommen den einzelnen Bereichen zugerechnet werden. Die Zinsen kann man nach der Proportion der Zeitwerte der Ausstattungsgegenstände in den Bereichen umlegen.

Die Aufgaben der Abschreibungsfestsetzung und der Gemeinkostenaufteilung bestehen in kapitalistischen Betrieben ebenfalls. Sie sind dort Herrschaftswissen, haben keinen Einfluß auf die Aufteilung von Einkommen, sondern dienen ausschließlich als Grundlage der Vor- und Nachkalkulation.

In Kollektivbetrieben kann dagegen eine direkte Verbindung zwischen der betrieblichen Ökonomie und der persönlichen Einkommenssituation hergestellt werden.

(Das kapitalistische Profitcenter-Modell versucht in gewisser Weise ein Stück kollektive Selbständigkeit auf der Managementebene zu simulieren.)

Der betriebswirtschaftliche Zyklus kollektiver Selbständigkeit

Er kann z.B. für einen Fertigungsbetrieb wie folgt dargestellt werden:

- Klärung der Unternehmens-, Arbeitszeit- und Einkommensziele,
- Planung der Arbeitsorganisation und Fertigungskapazität,
- Definition der Abschreibungen,
- Umlage der Gemeinkosten, Verwaltungsleistungen und Zinsen auf Bereiche,
- Ermittlung der Deckungsbeiträge pro Bereich → Stundensätze
- Auftragskalkulation aus Stundensätzen und vermutetem Zeitaufwand,
- Preisaufschlag oder Abschlag beim Verkauf der Leistung/Ware,
- Ausführung der Aufträge und Ermittlung des tatsächlichen Zeitaufwandes für Fertigung und Nebenarbeiten,
- Nachkalkulation von Aufträgen → erreichter Stundensatz,
- Ertragsermittlung von Bereichen und Gesamtbetrieb → erreichter Stundensatz, pro Fertigungsstunde und pro Arbeitsstunde ohne und mit Umlage der Preisbildung,
- Ertragsaufteilung auf individuelles und kollektives Einkommen,
- Überprüfung der Betriebskalkulation, Stundensätze, Einkommens- und Arbeitszeitvorgaben und Betriebsziele auf Realitatsnähe.

Die gemeinsame Ausgestaltung eines solchen Zyklus ist Voraussetzung für die kollektive Planung und Kontrolle der betrieblichen Ökonomie. Ohne den Bestandteil der bewußten Ertragsaufteilung, läßt er sich in der Praxis nicht erreichen, weil die Informationserarbeitung (Aufzeichnungen und Berechnungen) eine abstrakte Aufgabenstellung bleibt.

Die Aufteilung von Erträgen

Aufzuteilen ist der Ertrag zwischen Gesellschaft und GesellschafterInnen sowie unter den GesellschafterInnen.

Die Ertragsermittlung und Aufteilung sollte in überschaubaren Perioden erfolgen, wenn möglich monatlich.

Die Aufteilung zwischen Gesellschaft und GesellschafterInnen

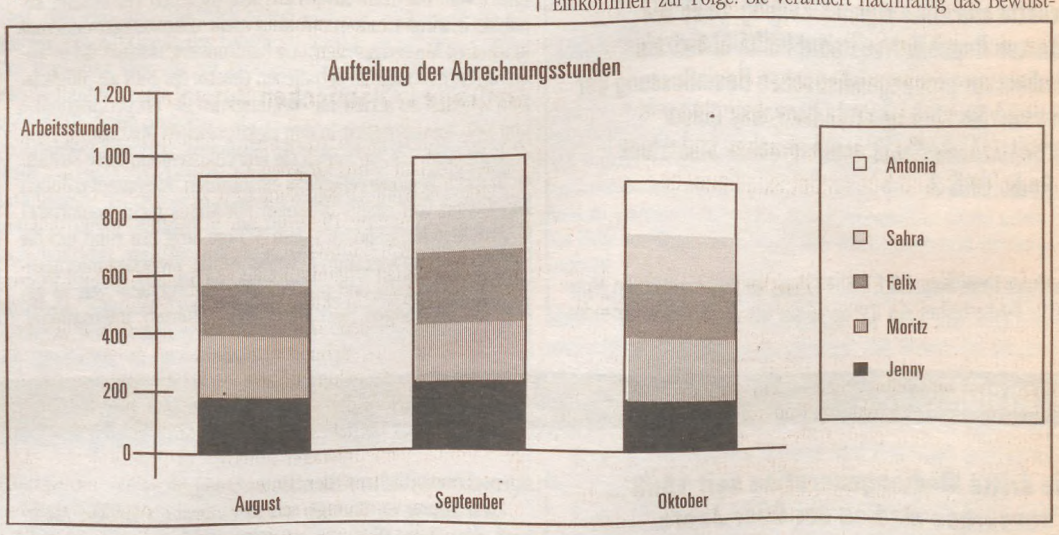
Wenn die Abschreibungen realistisch definiert sind, dann kann der gesamte Ertrag unter den GesellschafterInnen aufgeteilt werden, ohne die Erhaltung des Unternehmens zu gefährden.

Sollen größere Investitionen stattfinden, der Übergang von der Fremd- zur Eigenfinanzierung erreicht werden, soziale, kulturelle, politische Aktivitäten unterstützt werden, ist es zeitweise oder ständig sinnvoll, einen Teil des Ertrages bei der Gesellschaft zu belassen. Je nach Aufgabenstellung kann dafür ein prozentualer Anteil des Ertrages oder ein Festbetrag gewählt werden.

Die Bildung von Rücklagen um der Rücklage willen ist unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten abzulehnen, da dann mehr gearbeitet und erzeugt wird, als für die Bedürfnisse der Beteiligten erforderlich.

Die Aufteilung unter den GesellschafterInnen

Für die Aufteilung von Erträgen unter den GesellschafterInnen bestehen zahllose Gestaltungsmöglichkeiten. Nachfolgend sollen einige Modelle für unterschiedliche Betriebsgrößen und Strukturen skizziert werden. Elemente daraus können fast beliebig miteinander kombiniert werden.



1. Aufteilung des Gesamtertrages zu gleichen oder ungleichen Teilen nach Köpfen.

Ungleiche Anteile konnen z.B. bei sehr unterschiedlicher Qualifikation, Arbeitszeit, Belastung... gewählt werden. Ergänzung ggf. durch vorab vergebene feste Solidarbeiträge wie betriebliches Kindergeld.

2. Aufteilung des Gesamtertrages nach Arbeitszeit. Und in Ergänzung dazu:

Zeitzuschläge für besondere Belastung wie Schicht, Nachtarbeit, Qualifikation, Betriebszugehörigkeit, Verantwortung, ... führen zur Aufteilung nach Abrechungsstunden.

Fur den »bezahlten sechswöchigen Urlaub« wird z.B. jedem/jeder pro Monat ein Zeitzuschlag von 2,5 Arbeitstagen zugerechnet. Bei Krankheit nimmt jedeR mit seiner Standardarbeitszeit an der Abrechnung teil.

3. Ertragsermittlung und Zuteilung auf der Grundlage der Bereichs-, Abteilungs-, Arbeitsplatzerträge. (Dort dann Aufteilung nach Köpfen, Arbeitsstunden, Abrechnungsstunden...) Das bedeutet: Der Ertragsanteil von Verwaltung und Vertrieb wird entsprechend der Gemeinkostenumlage der Planrechnung vom Abteilungsertrag prozentual abgezogen...

Wenn bei einem Unternehmen, z.B. einer Tageszeitung nur eine Gesamtleistung vorhanden ist, dann können den Redaktionen und Verwaltungsbereichen prozentuale Anteile am Gesamtertrag zugeteilt werden, aus denen sie ihre Einkommen in eigener Gestaltung aufteilen können.

4. Der Arbeitsplatzertrag wird (nach Abzug des Anteils von Verwaltung und Vertrieb, Abteilungsorganisation) aufgeteilt:

1/3 bleibt direkt als Einkommen am Platz und wird dort nach Abrechnungsstunden aufgeteilt, 1/3 wird auf Abteilungsebene verteilt, 1/3 wird auf Gesamtbetriebsebene verteilt. (Natürlich können auch andere Teilungen als in Drittel erfolgen.)

Umgang mit abhängig Beschäftigten

Arbeiten in einem Kollektivbetrieb neben den GesellschafterInnen auch abhängig Beschäftigte, so ist gesondert zu klären, ob sie an der Ertragsaufteilung teilnehmen dürfen oder einen Arbeitslohn erhalten.

Experimentieren statt Diskutieren!

Welche Vereinbarungen der Ertragsaufteilung für ein Unternehmen passen, muß ausprobiert werden! Es kann durch vorhergehende Diskussion nur eine Grobauswahl stattfinden. Dann muß jedeR GesellschafterIn und jedes Kollektiv seine Erfahrungen mit einem Modell sammeln.

Die bewußte Ertragsaufteilung ist vorher vielen Menschen so fremd, daß sie ihre individuellen und kollektiven Vorteile erst durch die Praxis begreifen – und dann nicht mehr missen wollen, wie die Erfahrung zeigt. (Hier besteht Weiterbildungsbedarf!)

Ein sinnvolles Experimentierprogramm kann z.B. darin bestehen, jeweils drei, sechs oder 12 Monate eine Regelung zu praktizieren, die Erfahrung auszuwerten, dann zur nächsten überzugehen und diese ebenfalls auszuwerten. Richtig ist dann, was den meisten am besten gefällt!

Und wie oben gezeigt wurde, lassen sich innerhalb eines Betriebes verschiedene Aufteilungen parallel anwenden.

Umsetzungsaufwand

Der angeblich hohe Umsetzungsaufwand ist ein häufiges Argument gegen die z.B. monatliche Ertragsermittlung und Aufteilung. Jedoch:

Ermittlung der Arbeitszeiten, Erträge der Bereiche und des Gesamtbetriebes ist als Planungsgrundlage und für den Soll-Ist-Vergleich notwendig.

Für die Aufteilung der Erträge kann anhand der gesammelten Daten leicht ein Computerprogramm z.B. in der Tabellenkalkulation eingerichtet werden.

Sind die GesellschafterInnen bei ihrer GmbH angestellt, müssen monatlich wechselnde Ertragsanteile nicht jeden Monat zu einer neuen Lohnberechnung führen:

Die Ertragsanteile werden dann einem individuellen Ertragsverrechnungskonto gutgeschrieben und die in ihrer Höhe von jedem selbst festgelegte Auszahlung wird (incl. Arbeitgeberanteilen der Sozialversicherung) davon abgezogen.

Perspektiven

Die bewußte Koppelung von Einkommen an die Erträge hat bei Kollektiven oft eine rasche Steigerung von Erträgen und Einkommen zur Folge. Sie verändert nachhaltig das Bewußtsein von der Verantwortlichkeit für die gemeinsame Arbeit.

Daneben wird durch die ökonomische Transparenz der Ertragsplanung und Ermittlung die wirtschaftliche Geschäftsführung eine gemeinsame Sache – mehr als sie es selbst durch Rotation in der Buchhaltung sein könnte.

Ein Allheilmittel ist Ertragsaufteilung nicht: Partizipative Informations- und Organisationssysteme, Produktiveigentum mit Generationsvertrag, effiziente und solidarische Diskussions- und Entscheidungsformen sind ebenso wichtige Bestandteile der kollektiven Unternehmenskultur.

Doch wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung eines Betriebes zur überschaubaren Angelegenheit im erkennbar persönlichen Interesse werden lassen, haben wir einen großen Schritt in Richtung einer lebensfähigen Alternative zur herrschenden Ökonomie der Kapitalverwertung getan! ●

Der Autor ist Gesellschafter der transfer Unternehmensberatung Bartning & Rock GbRmbH, Berlin und Geschäftsführer des transfer e.V., einem Kooperationsverband von selbstverwalteten grafischen Betrieben. Er arbeitete von 1968 bis 1986 bei Agitdruck und Oktoberdruck in Berlin. Veröffentlichung zum selben Thema: Lohnarbeit und Kollektiv, 1980.

InteressentInnen werden Seminare und Unternehmensberatung zum Thema Ertragsermittlung und Aufteilung angeboten.

PRINZIPIEN DER EINKOMMENSGESTALTUNG

LOHN

Mit Gerechtigkeit ist da nichts zu machen

Ein gerechtes Einkommensmodell müßte drei unvereinbare Prinzipien miteinander verknüpfen: das Gleichheits-, das Bedürfnis- und das Leistungsprinzip. Viele Selbstverwaltungsbetriebe werden daran in den nächsten Jahren zu »knapsen« haben.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Geht es nach den moralischen Ansprüchen in der Selbstverwaltungs»szene« müßte dort eindeutig das Gleichheitsprinzip bei der Einkommensgestaltung überwiegen. Nach diesem sollen alle Mitarbeitenden das gleiche Einkommen erhalten. Dies geschieht unabhängig von der Arbeitszeit, von der Qualifikation, vom Alter etc. Am stärksten ist mit diesem Prinzip noch eine Abänderung vereinbar, die darauf hinausläuft, daß Gleichheit auf die Zahl der geleisteten Stunden interpretiert und somit ein gleicher Stundenlohn bezahlt wird.

Tatsächlich dürfte diese Art der Lohngestaltung in vielen Selbstverwaltungsbetrieben verbreitet sein, insbesondere wenn die dort Arbeitenden aus der gleichen Generation kommen. Zukünftig wird diese »Abweichung« vom strengen Gleichheitsprinzip außer in kommunitären Gruppen das Minimum der zunehmenden Differenzierungen darstellen. Sie geht fast immer einher mit dem Beschluß, die Stunden aufzuschreiben oder eine klare Regelarbeitszeit vorzugeben. Anderfalls fehlen die erforderlichen Grundlagen für deren Durchführung bzw. Berechnung.

Problem bei dieser Form der Einkommensgestaltung ist die Belohnung von WorkoholikerInnen. Um das zu verhindern, könnte in Betrieben, die dies praktizieren eine Entscheidung über die Höchstzahl der erlaubten Arbeitsstunden gefällt werden. Darüber hinausgehende Stunden müßten dann abgefeiert bzw. durch Urlaub abgegolten werden. Bisher ist allerdings noch kein Gehaltsmodell aus Selbstverwaltungsbetrieben bekannt geworden, das eine Obergrenze bei der Arbeitszeit festlegt.

Jedem nach seinen Bedürfnissen?

In der Frühphase der Selbstverwaltung wurde häufig das Bedürfnisprinzip hochgehalten. Besonders offensiv geschah dies beispielsweise durch das Ingenieurkollektiv Wuseltronick in Berlin. Nachdem allerdings die Bedürfnisse im Verhältnis von 1:4 auseinanderdrifteten, wurde ein Richtlohnprinzip für angemessener gehalten: Jeder nimmt monatlich möglichst eine bestimmte Summe aus der Einkommenskasse. Über den gesamten Jahresverlauf läuft dies auf einen nach dem Bedürfnisprinzip abgeschwächten Gleichheitsansatz hinaus, indem sich das Gehalt jedes/r Mitarbeitenden am Ende des Jahres schließlich auf die gleiche Gesamtsumme addiert.

Denkbar sind beim Bedürfnisprinzip drei Varianten. Jeder nimmt sich ohne Kontrolle soviel Geld aus der Kasse, wie er oder sie benötigt. »Natürliche« Grenzen ergeben sich dabei durch den Kasseninhalt. Dies dürfte heute kaum noch in einem der schon länger arbeitenden Selbstverwaltungsbetriebe praktiziert werden? Solange dies Praxis war, überwog meistens – trotz des hehren Anspruchs – eine Bedürfnismangelverwaltung: In der Kasse war nur sehr wenig Geld, so daß gerade die dringensten Grundbedürfnisse der Kollektivmitglieder abgedeckt werden konnten.

Eine zweite Variante ergibt sich über eine gemeinsame Diskussion der Bedürfnisse. Entweder einzelne Ausgaben oder das für erforderlich gehaltene Monatsgehalt muß vor der Gruppe begründet werden. Je nach Akzeptanz der genannten Bedürfnisse durch die Gruppe und dem zur Verfügung stehendem Geld werden diese dann »genehmigt«. Nur wenige Gruppen (Kommunen und Anthroposophen überwiegen) praktizieren diese Art des Bedürfnislohnes über längere Zeit. Vor allem bei gemeinsamen Lebenszusammenhängen scheint diese Art der Einkommensverteilung »funktionsfähig« zu sein.

Die stärkste Verbreitung des Bedürfnisprinzips findet vermutlich eine dritte Variante: die Unterscheidung nach »objektiven« Bedürfnissen. Hierzu gehören beispielsweise Einkommensunterschiede aufgrund eines problemlos nachvollziehbaren Bedarfs durch Kinder, Altersversorgung, Krankheit, Weiterbildung etc. Insbesondere Kinder werden in vielen Gehaltsmodellen berücksichtigt, u.a. auch in dem jahrelang praktizierten Einheitslohnmodell der taz, das mittlerweile nur noch in der Regionalredaktion Hamburg »sein Leben fristet«.

Leistung: der ungeliebte Maßstab

Das Leistungsprinzip wird im Selbstverwaltungsbereich »offiziell« fast immer abgelehnt. Einer der wenigen Verfechter in Form eines Gruppenleistungslohn ist seit Jahren Constantin Bartning mit einem Ertragslohnmodell. Tatsächlich nehmen aber immer mehr Betriebe eine Differenzierung der Einkommen nach diesem Prinzip vor. Die unterschiedliche Gestaltung der Gehälter nach Alter oder Betriebszugehörigkeit ist eine versteckte Form der Leistungsdifferenzierung, auch wenn sie häufig mit dem Bedürfnisprinzip begründet wird.

Selbst die Bezahlung nach Arbeitszeit kann als Anpassung an das Leistungsprinzip angesehen werden. Als formale Kriterien entheben Arbeitszeit, Alter oder Betriebszugehörigkeit jedoch vor dem zentralen, mit Sprengkraft verbundenem Problem der Leistungsbewertung. Sie können insofern auch als verdeckte Leistungskriterien interpretiert werden. Dagegen enthalten Kriterien wie Qualifikation, Engagement, Wert am Arbeitsmarkt, Beitrag zum Erfolg, innerbetrieblicher Beitrag zum sozialen Klima oder Arbeitsleid genau diese Sprengkraft. Mit ihrer Einführung kommt es zur Offenlegung von Bewertungen, die unausgesprochen von so manchem/r SelbstverwalterIn trotz anderweitigen Anspruchs gedacht werden.

Genau diese Offenlegung aber dürfte entscheidender Knackpunkt für zu entwickelnde Gehaltsmodelle im Selbstverwaltungssektor sein. Die Tabuisierung von Normen der herkömmlichen Wirtschaft führt nicht dazu, daß diese Normen nicht dennoch »in den Köpfen stekken«. Nur, wie lassen sie sich aufdecken und diskutieren, ohne daß sie schließlich mangels Alternativen zur eigenen Norm erhoben werden? Zeigt nicht die sich abzeichnende Anpassung der Gehaltsmodelle an bestehende Strukuren, daß hier der Zug für eigene Modelle schon abgefahren ist? Oder gibt es vielleicht doch Ansätze, die den Ansprüchen kollektiven Arbeitens entsprechen, die nur bisher nicht ausreichend in die Öffentlichkeit getragen wurden? ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Z.B. BELGIEN

Lohnkategorien und Dienstwagen in umweltfreundlichen Alternativbetrieben

Das Vorurteil ist bekannt: In der selbstverwalteten Wirtschaft wird zuwenig verdient und gezahlt. Der Lohn, den sich die Selbstverwalteten auszahlen, kommt einer Selbstausbeutung nahe. – Überlegungen zu Professionalisierung und Arbeitsteilung, Qualitätsansprüchen und unterschiedlichen Spesenentschädigungen.

Ernst-Eberhard Manski, Redaktion Heidelberg ● Die Vorteile, die dem niedrigen Lohn gegenüber stehen, liegen in der Selbstbestimmung: Im Idealfall redet niemand in die Arbeit hinein. Die Arbeitszeit kann meistens frei geregelt werden. Die Umgangsformen im Sektor gelten zudem als locker. Es herrscht ein freundliches Betriebsklima. Und auf technische und soziale Innovationen wird häufig frühzeitig reagiert.

Allerdings wird trotz allem unkonventionellen Verhalten und trotz aller Toleranz zunehmend mehr Professionalisierung verlangt. Auch der alternative Kunde will Qualität für sein Geld, und das mit Recht, denn die Produkte der Branche sind ohnehin nicht mehr die billigsten, da sie oftmals in kleinen Stückzahlen, in Handarbeit und/oder mit ausgesuchten Materialien hergestellt werden.

Gefordert wird zudem mehr Rentabilität, denn auch die alternative Wirtschaft ist seit den osteuropäischen Revolutionen der letzten Jahre systemtheoretisch unter Druck geraten, sei es durch die Kollektive selbst, sei es durch Geldgeber oder Förderer, die zusätzliche betriebswirtschaftliche Elemente und Strukturen in die alternativen Unternehmen einpflanzen wollen. So gibt es auch im alternativen Sektor Formen von Holdings, Filialen, Profitzentren oder Controlling.

Statt des möglicherweise zu utopischen Konzepts der Rotation kommt es eher zu einer Spezialisierung der Funktionen in den Betrieben. Und mit dieser Aufteilung in unterschiedlich komplexe und qualitative Arbeitsbereiche, die oftmals zu Ungleichgewichten in der Belastung der Beteiligten führen, tauchen auch vielschichtig begründete Entlohnungsvorstellungen auf. Das kristallisiert sich um so deutlicher heraus, wenn alternative Betriebe in Branchen angesiedelt sind, denen ein hohes Gehaltsniveau nachgesagt wird, wo es überbetriebliche Lohnabkommen gibt oder deren Funktionen oftmals durch gesetzliche Regelungen und übliche Usancen (Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr) in ihrer individuellen Ausübung stark eingeschränkt sind. Durch Ausweitung in derartige Bereiche, wie etwa durch die Einstellung eines Rechtsanwaltes oder durch das Hineinwachsen eines Betriebes in den Kreditsektor, können schnell die Gehaltsstrukturen eines selbstverwalteten Betriebes gesprengt werden.

Umfrage in flämischen Betrieben

Das den selbstverwalteten Betrieben oftmals unterstellte Prinzip des gleichen Lohns für jeden Mitarbeiter scheint in der Praxis längst überholt zu sein. Eine Umfrage von »Netwerk Vlaanderen« ergab Anfang 1990 für eine Auswahl selbstverwalteter Betriebe aus dem flämischen Non-Profit-Sektor, daß nur 11 % der antwortenden Organisationen einen Einheitslohn auszahlen, weitere 14 % von einem einheitlichen Basislohn ausgehen und 52 % verschiedene Lohnkategorien anwenden. Leider beantwortet die Untersuchung nicht die Frage, wieweit das von »Netwerk« zur Beurteilung der Unterstützungsfähigkeit herangezogene Kriterium der maximalen Lohnspanne von 1 zu 1,5 innerhalb eines Betriebes eingehalten wird. Bei 44 % der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen mit unterschiedlichen Löhnen betrug der Unterschied zwischen niedrigsten und höchstem Lohn umgerechnet weniger als 500 DM per Monat, die höchste Spanne lag immerhin bei knapp 5000 DM monatlich. Als wichtigste Prinzipien für die Vergütung in unterschiedlichen Lohnkategorien wurden die Dauer der Betriebsangehörigkeit (58,5 %), Zeugnisse und Diplome (42,7 %) und die ausgeführte Funktion (37,8 %) genannt.

Die Einführung von Lohnkategorien bringt auch Gefahren mit sich. Oft sind die verschiedenen Gehaltsstufen unterschiedlich mit Verantwortung ausgestattet, woraus Weisungskompetenzen hergeleitet werden. Die Schaffung von Vorgesetztenstellen kann – nicht nur in selbstverwalteten Betrieben – zu Konflikten führen, wenn die neuen Chefs aus ihren vom Stammpersonal ohnehin ungern akzeptierten Weisungsbefugnissen auch noch höhere Gehaltsvorstellungen und weitreichendere Kompetenzen herleiten. Die Tatsache des Fehlens von Vorgesetzten, insofern die Selbstverwaltung dieses Kriterium überhaupt in der Praxis strikt durchgehalten hat, war bisher einer der wichtigsten Pluspunkte gegenüber der sogenannten traditionellen Wirtschaft, wo bei der Besetzung von über- und zwischengeordneten Positionen nicht immer mit der notwendigen Behutsamkeit und der angebrachten Fairness gegenüber den betroffenen MitarbeiterInnen vorgegangen wird.

Umweltbewußtsein und Dienstwagen

Das Monopol auf die Umwelttechnik, wenn sie es überhaupt jemals für sich beansprucht hat, ist der alternativen Wirtschaft – spätestens seit 1990 mit der Einführung des Begriffes Ökomarketing und seiner anschließenden Vermarktung durch die etablierten Unternehmen – verloren gegangen. Dennoch kann weiterhin davon ausgegangen werden, daß die Erhaltung und der Schutz der Umwelt in den Kriterienkatalog jeder alternativen Wirtschaftsform aufgenommen sind, inklusive einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik, die die Interessen von Bus- und BahnbenutzerInnen, RadfahrerInnen und FußgängerInnen unterstützt.

Völlig unverständlich wird dann eine Personalpolitik in alternativen Betrieben, wenn einem bestimmten, ohnehin besser gestellten Teil des Personals ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt wird, der auch zur Zurücklegung des Heimweges benutzt werden darf. Das mag bei HändlerInnen und HandwerkerInnen, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit größere Lasten zu bewegen haben, durchaus Sinn machen. Die Liefertätigkeit mit Hilfe einiger weniger spezialisierter Fahrzeuge wäre verkehrs- und umweltpolitisch sicherlich sinnvoller als eine Flotte von Privatwagen, die Zufahrtsstraßen und Parkplätze von Einkaufszentren belegen.

Nicht akzeptabel scheint dagegen der Fall, wo der frisch angeworbene Geschäftsführer eines alternativen Solidaritätsfonds als Teil seines Gehaltes einen gehobenen Mittelklassewagen fordert und erhält. In diesem besonderen Fall handelt es sich zudem um einen gemeinnützigen Verein, der – wenn auch nur zu einem geringen Teil – vom Beitragsaufkommen der Mitglieder lebt. Daß nicht alle Mitglieder mit der Anschaffung des Dienstwagens einverstanden sein würden, wurde vom Vorstand in Kauf genommen, einschließlich der Gefahr einer Kündigungswelle, vermutlich in der Annahme, es gäbe ohnehin keine Alternative, da kein Konkurrenzverein besteht. Sollte ein alternatives Dienstleistungs-Unternehmen trotz allem vorhandenen Umweltbewußtsein dennoch der Meinung zugetan sein, die Geschäftstätigkeit nicht mehr ohne einen eigenen Firmenwagen zu aller Zufriedenheit ausüben zu können, würde ein stadttauglicher Kleinwagen mit Firmenlogo auf Türen, Heck und Motorhaube sicherlich ausreichen.

Spesen als Lohnbestandteil

Mit der Ablehnung von Dienstwagen soll natürlich nicht die mögliche Rückvergütung von Reisekosten, Kilometergeld und anderen Spesen pauschal in Frage gestellt werden, wobei allerdings die Wahl der benutzten Verkehrsmittel durchaus nach ihrer jeweiligen Umweltfreundlichkeit beurteilt werden sollte. Manche bringen es nicht übers Herz, die Startbahn im ehemaligen Wald von Walldorf-Mörfelden zu nutzen, andere können sich nicht mit Fahrten im raumzerschneidenden Inter-City-Express anfreunden und dritte langweilt das Stop-and-Go auf den Autobahnen. Insgesamt gesehen, können außertarifliche Lohnzulagen wie Mietzuschüsse, Rückerstattung von Monatskarten im öffentlichen Personennahverkehr, Dokumentations- oder Representationskosten, Essensmarken und zusätzliche Urlaubstage durchaus ausgleichend wirken, insofern sie gerecht auf alle Lohnstufen verteilt werden. Derartige Techniken sollten allerdings daraufhin geprüft werden, ob sie gesamtwirtschaftlich vertretbar und sinnvoll sind. Solange diese Zulagen steuerlich legal sind und begünstigt werden, können sie als Schritte in die Richtung verstanden werden, die verhältnismäßig hohen Steuerlasten auf Arbeitskraft, die schließlich mitverantwortlich für hohe Erwerbslosenquoten ist, zu erleichtern.

Wenn eingangs der Eindruck entstanden sein sollte, Selbstverwaltung und Professionalisierung wären nicht miteinander vereinbar, so soll dem hier widersprochen werden. Jede wirtschaftliche Tätigkeit, die ernst genommen werden soll, ist eine Form von Professionalisierung. Produkte, die wegen Überteuerung, kurzer Lebensdauer, hohem Energieaufwand bei Herstellung und Anwendung oder aus anderen Gründen nicht überlebensfähig sind, bleiben ein Ärgernis, egal aus welcher Art von Wirtschaft und Produktion sie stammen. Wichtigstes Element zum Gelingen jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ist die Motivation der Beteiligten. Diese scheint im traditionellen Sektor nur durch ständig steigende finanzielle Vergütungen und einer hierarchischen Titelstruktur erhaltbar zu sein. Eine höhere Zufriedenheit kann jedoch leichter erreicht werden durch humane Arbeits- und Lebensbedingungen, die nicht abrupt am »Werktor« enden, durch demokratische innerbetriebliche Entscheidungsstrukturen, durch ein öko-soziales Betriebsklima und durch ethisch verantwortbare Handelsweisen und Unternehmensziele. Und das sind schließlich allesamt Kriterien, über die sich der selbstverwaltete, alternative Sektor definiert und die von ihm positiv besetzt sind. ●

Lust zur Mitarbeit an CONTRASTE?

Diese Zeitung wird von ihren LeserInnen geschrieben, redigiert, gesetzt und gedruckt...

Auf vierteljährlichen Redaktion-Plenen wird über das »Forum für Selbstverwaltung« dikutiert und versucht, das Konzept der Zeitung weiterzuentwickeln; Schwerpunkt-Themen der nächsten Ausgaben werden geplant etc...

Wer sich beteiligen möchte, sollte den Hinweis zu unserem nächsten Plenum auf der letzten Seite beachten. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 9 23.09.24 19:55

LOHN

SCHWEIZ: AUSFÜHRLICHE BETRIEBSBEFRAGUNGEN

Forderung nach gerechten Lohn

»Die Selbstverwaltung ist ein Prozeß« (Otto F. Walter). Ausführliche Befragungen von ca. 250 selbstverwalteten Betrieben haben deutlich gemacht, daß dieser Prozeß stark verknüpft ist mit dem Entwicklungstrend der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Befragungen waren Grundlage einer Diplomarbeit in der Schweiz (Bern, 1991), woraus wir das Schlußkapitel mit Forderungen für die zukünftige Entwicklung leicht gekürzt wiedergeben.

Simone Seiler, Bern / Redaktion Heidelberg ● Eine Abkoppelung der Selbstverwaltung (SV) ist illusionär – selbst wenn diese völlig selbstversorgend wäre –, denn in den meisten Bereichen ist die SV abhängig von der konventionellen Wirtschaft. Sie rekrutiert z.B. ihre Mitglieder aus dem offiziellen Arbeitsmarkt, welche dann einen Teil ihres Einkommens wieder im offiziellen Markt ausgeben, für Produkte, die die SV nicht selber produziert. Weiter bezahlt die SV Steuern und erhält Subventionen usw. Es geht darum, in dieser Abhängigkeit dennoch eine Abgrenzung zu finden. Eine Abgrenzung der SV als intermediärer (**fachspr. für dazwischen befindlicher**) Sektor vom formellen und informellen Sektor. Es ist anzunehmen, daß das Arbeiten in hierarchiearmen Strukturen für die SV weiterhin etwas Grundlegendes ist, etwas Grundlegendes für die Motivation, sich in der SV einen Platz zu suchen. Es ist sicher nicht der Wunsch der SV, sich völlig dem einen oder anderem Sektor zuzuordnen. Und dennoch gibt es Anzeichen einer vermehrten Angleichung der SV an bestimmte Einrichtungen und Übereinkommen. Diese Anzeichen sind zu finden in:

- dem Lohnsystem
- der Organisationsstruktur der Kollektive
- der Organisationsmethode (Professionalisierung)

Bewähren sich damit die Einrichtungen der offiziellen Wirtschaft doch am besten? Oder ist umgekehrt ein Mitmachen unumgänglich?

Ist der Einheitslohn etwa nur Ausdruck einer ungenügenden Rentabilität der Betriebe (Interessant ist ja, daß hauptsächlich Betriebe mit eher niedriger Marge die Gruppe mit Einheitslohn vertreten.)? Oder ist er angesichts der bestehenden Verhältnisse illusorisch?

Ist die SV unterwegs zu einem Neuverständnis ihrer Anschauung, indem sie zuerst eine Angleichung vornehmen muß – hin zu einem effizienten Wirtschaften –, bevor sie ihre Ideale verwirklichen kann? Oder gehen die Ideale verloren und die Betriebe integrieren sich in die Wirtschaft? Mit diesen Fragen soll zum Ausdruck kommen: Die Lohndiskussion kann nicht seperat geführt werden. Sie muß verbunden werden mit der Standortdiskussion der SV; mit der Frage nach dem Wohin; mit der Analyse davon, wieso einmal gegoltene Ideale heute nicht mehr gelten können usw.

Trennung von Arbeit und Einkommen

In diesem Zusammenhang will ich nochmals die Aufforderung von Rudolf Steiner zur »Überwindung der Lohnarbeit« und die Leitidee der Selbstverwalteten von der Trennung von Arbeit und Einkommen aufgreifen, in Verbindung mit der Forderung nach dem »gerechten Lohn«. Die Forderung nach dem »gerechten Lohn« kann im Lichte der Verschleierungstaktik des kapitalistischen Arbeitsverhältnisses gesehen werden, wonach diejenigen ArbeiterInnen, die diese Forderung stellen, die wirklichen Verhältnisse noch (nicht) erkannt haben, nämlich daß die ganze Arbeit bezahlt wird.

Die Leitidee von der Trennung von Arbeit und Einkommen setzt am anderen Ende an. Da ist einerseits die Arbeit als etwas Notwendiges, aber auch Sinngebendes. Da ist das Einkommen, welches zur Reproduktion, zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse dient, und ein Grundrecht aller Menschen (R. Steiner). Daraus kann gefolgert werden, daß das Einkommen unabhängig von der geleisteten Arbeit jedem Menschen verfügbar sein sollte.

Nun kann in Bezug auf die Lohnpolitik in der SV ein großer Widerspruch festgestellt werden, der der Beachtung bedarf: Es besteht das große Bemühen der SV, sich von kapitalistischen Strukturen zu lösen. Dennoch wird weiterhin von Lohnarbeit ausgegangen. Das bürgerliche Produktionsverhältnis wird offensichtlich durch die Trennung des »Verkauf der Arbeitskraft« von der Betriebsführung – nur daß das Kollektivmitglied nun beide Rollen in sich vereinigt – und somit auch den »unlöslichen Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital« übernommen wird. »Wir sind tagsüber Lohnabhängige und abends bei der Kollektiv-Sitzung Kapitalist und Betriebsrat zugleich«. (Aus: Rolf Schwendter, »Die Mühen der Ebenen«).

Diese Feststellung unterstütze ich aus folgendem Grund (am Beispiel der Lohndiskussion): Als Arbeitende und Privatperson im SV-Betrieb brauche ich ein Einkommen, das mir den Lebensunterhalt garantiert (vorausgesetzt, es ist für mich die Arbeitsstelle und nicht nur »Hobby«). Als diese Person arbeite ich aber in einem SV-Betrieb, der mir als Arbeitsort von der Arbeitsweise und Betriebsstruktur her wichtig ist und dessen Produkte ich für unterstützungswürdig halte. Ich habe also das Interesse, daß der Betrieb funktioniert und finanziell rentiert und ich fühle mich auch verantwortlich dafür. Somit bestehen auf der einen Seite meine Lohnansprüche und auf der anderen Seite meine betrieblichen Interessen. Es besteht ein Widerspruch, der begründet ist in der Weiterführung des Schemas LohnabhängigeR und Betriebsführung.

Verhältnis zur Lohnarbeit überdenken

Wenn sich die SV-Bewegung als Kritikerin des Kapitalismus versteht (wohlverstanden, Kritik am Kapitalismus heißt nicht, diesen zu verdammen, sondern seine Strukturen und Mechanismen mit handfesten Gegenargumenten in Frage zu stellen), so ist ihre Aufgabe, solche oben aufgegriffenen Ansätze aufzunehmen und zu überdenken. Wenn sich in der Lohndiskussion neue Lösungen ergeben sollen, so muß meiner Meinung nach auch das Verhältnis zur Lohnarbeit neu überdacht werden. Eine Bedingung die der Lohndiskussion vorangesetzt werden muß, ist die der existenzsichernden Löhne, was sich ihrerseits auf das wirtschaftliche Funktionieren der Kollektiv-Betriebe abstützen muß.

Mit dem Hinweis auf das wirtschaftliche Funktionieren der Kollektiv-Betriebe ist ein anderer Problembereich angeschnitten, der den Lohn indirekt betrifft. Ich möchte dabei auf zwei Aspekte hinweisen, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen: Meines Erachtens fehlt in Kollektiven oftmals ein ganz wichtiger Aspekt, der sich auf das Wissen und das betriebswirtschaftliche Funktionieren eines Betriebes bezieht (es ist auch in den Interviews als wichtiger Aspekt angeschnitten worden.) Ein Stolperstein liegt dort, wo zwar alle mitbestimmen und Verantwortung in der Arbeit übernehmen, aber kaum jemand eine Ahnung davon hat, wie Buchhaltung und Kostenrechnung funktionieren, wie das Verhältnis von Ertrag und Aufwand sein muß, damit gute Löhne bezahlt werden können, was Liquidität bedeutet und das Liquidität noch nicht alles über ein gutes oder schlechtes Betriebsergebnis aussagt usw. Das ist die eine, die buchhalterische Seite.

Die andere, ebenso wichtge Seite ist die Erkenntnis jedes Kollektivmitgliedes über die Verantwortlichkeit gegenüber der eigenen Arbeit und damit über die eigene Beeinflussbarkeit des Betriebsergebnisses. Je aufwendiger und komplizierter ein Arbeitsablauf durchgeführt wird, um so mehr Zeit wird dafür gebraucht, die dann für anderes nicht mehr reicht (und um so unzufriedener wird einE KundIn). Gleichzeitig ist natürlich die Nichterkenntnis betriebswirtschaftlicher Fakten der einen ein Machtmoment für die andern, die diese Kenntnisse haben. Daraus entsteht ein Ungleichgewicht, das Folgen für den Betrieb und die kollektive Zusammenarbeit haben kann. Nun kommt es natürlich nicht nur auf gute Kenntnisse der Kollektivmitglieder an, damit der Betrieb läuft. Vielmehr sind noch viele andere Faktoren wichtig. So bestehen u.a. branchenbedingte Unterschiede, die nicht mißachtet werden dürfen. Als Beispiel sind die Löhne auch in einem hierarchisch geführten Lebensmittelladen sehr niedrig. Aus meiner Befragung geht hervor, daß gerade selbstverwaltete Läden und auch Restaurants unter den tiefen Löhnen leiden. Andererseits erscheinen in meinen Untersuchungen auch Kollektive, deren Löhne auf dem gleichen oder sogar etwas höheren Niveau der üblichen Marktlöhne stehen, wobei gleichzeitig auch die Tatsache besteht, daß die betreffenden Betriebe Lohndifferenzierungen eingeführt haben.

Selbstverwaltung wohin?

Allgemein ist festzuhalten, daß es nicht darum geht zu beurteilen, ob Professionalisierung und damit Angleichung ans herrschende Wirtschaftssystem gut oder schlecht ist, sondern daß es darum geht zu fragen, wohin sich die SV bewegen soll. Damit ergibt sich auch die Richtung der Lohndiskussion.

Unumgänglich wird in Zukunft sein, daß sich die Selbstverwaltung ein stärkeres Profil schafft, mit dem Ziel:

1. ihr eigenes Selbstbewußtsein zu heben,
2. mehr zu überzeugen und
3. Abgrenzung zur üblichen Wirtschaft zu schaffen, die ihr ein gutes Weiterbestehen im »kapitalistischen Meer« ermöglichen. Denn Inseln sind die Kollektive alleweil, auch wenn sie sich in manchen Dingen gezwungen sehen, es den kapitalistischen Betrieben gleich zu machen, um auf dem Markt bestehen zu können.

Anknüpfend daran entwickelt sich in mir die Utopie einer solidarischen Zusammenarbeit der selbstverwaltetn Betriebe, wo Grundprobleme wie existenzielle Fragen (Umsatz, MitarbeiterInnen-Suche in Zusammenhang mit EntlohnungsmöglichkeiteN) eines Betriebes Platz haben, wo Wissen und Erfahrung weitergegeben werden können und nicht nur durch jede neu in einen Betrieb eintretende Person wieder von Anfang an erarbeitet werden müssen, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgedeckt und bewußt gemacht werden; kurzum, als Idee aus lauter kleinen z.T. isolierten Inseln einen Kontinent entstehen zu lassen; dieser kann sich besser bemerkbar machen. Um diese solidarische Zusammenarbeit zu ermöglichen, wäre es von Vorteil, wenn Leute freigestellt werden könnten (z.B. eine Person pro Kollektiv), die sich nur dieser Aufgabe widmen. Allerdings sollte es jedem Kollektiv freigestellt sein, sich an dieser Zusammenarbeit zu beteiligen.

Abschließend stelle ich fest: Einerseits muß sich die SV als Teil der Wirtschaft ein verstärktes Profil geben. Damit wird sie auf dem Markt attraktiver und unabhängiger sein.

Andererseits soll sie sich der Nischen bewußt werden, wo sie sich eigene Gestaltungsmöglichkeiten leisten kann, immer natürlich in Berücksichtigung einer gewissen Rentabilität des Betriebes. Zu erwähnen ist hier die Lohn-/Einkommensgestaltung, die insofern frei ist (im Vergleich zur Betriebsführung), als sie beim Erreichen eines akzeptablen Existenzniveaus die Gerechtigkeitsdiskussion einbeziehen kann. Dagegen muß in der Betriebsführung auf ein einigermaßen effizientes Handeln geschaut werden, wohingegen aber ein einseitiges Ausrichten auf ein effizientes Wirtschaften nach den Maximen der Wirtschaftstheorien in Anbetracht der ethischen und moralischen Ideale der SV nicht anstrebenswert ist. Eine Effizienz liegt also nur insoweit drin, wie einerseits dabei niemand zu Schaden kommt und andererseits die Löhne als Existenzsicherung angesehen werden können. Somit sind der Betriebsführung Grenzen nach der einen und der anderen Seite gesetzt. ●

Anzeige

direkte aktion
anarcho-syndikalistische Zeitung

Probehefte gibt es bei:
F. Mohrhof · Grünebergstr.81 · 2000 Hamburg 50
oder am besten gleich abonnieren für DM 15,– pro Jahr (6 Ausgaben)

MITGLIEDER-UMFRAGE IM SCHWEIZERISCHEN NETZWERK

Einheitslohn mit Varianten

Fragen der Kapitalneutralität, Hierarchie und Einheitslohn waren immer schon Thema von ausgiebigen Diskussionen in selbstverwalteten Betrieben. Im letzten Jahr hat das »Netzwerk für Selbstverwaltung« (Schweiz) eine Umfrage bei seinen Mitgliedsbetrieben zu diesen Themenbereichen gemacht, die mit 85% einen beachtlichen Rücklauf verzeichnete und eine weitgehende Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Arbeit von Simone Seiler (vgl. Beitrag auf dieser Seite) ergab. Wir veröffentlichen Auszüge aus »Sapperlot, 2/91«.

von Paul Rippstein, Redaktion Heidelberg ● Heute gibt es in der Schweiz ca. 600 Betriebe und Organisationen mit 4.500 bis 6.000 Arbeitsplätzen, die der Selbstverwaltung zuzurechnen sind. Die nachfolgenden Angaben basieren auf etwas über 1.000 Arbeitsplätzen. Bei der Hälfte der Betriebe handelt es sich um ausgesprochene Kleinbetriebe bis zu 10 Arbeitsplätzen. Bei 10% der Arbeitsplätze handelt es sich um Teilzeitstellen. 62% der Betriebe befinden sich in größeren Städten.

Organisation

70% der Betriebe sind als Genossenschaften organisiert. Läden, aber auch einige andere sind als Publikumsgenossenschaften zu erkennen, wobei das Ladenteam sich die Rechte über Lohn-, Personal- und andere Entscheidungen vorbehält. Der Rest der Betriebe hat sich nach allen möglichen Formen organisiert (AG, Verein, Einzelfirma, Kollektivgesellschaft etc.). Wir finden auch einzelne Betriebe, die formalrechtlich das Prinzip der Kapitalneutralität nicht verwirklicht haben.

Mehrheit / Konsens – Alle machen alles

57% der Betriebe entscheiden nach dem Konsensprinzip, wobei die Aussage gemacht werden kann, daß vor allem größere Betriebe Mehrheitsentscheidungen fällen, während kleinere eher einen Konsens suchen.

65% der Betriebe kennen unterschiedliche Arbeitsbereiche. Auch hier kann ein Unterschied zwischen größeren und kleineren Betrieben festgestellt werden. Bemerkenswert ist, daß bei den Beizen heute fast alle unterschiedliche Arbeitsbereiche kennen.

1/3 aller Betriebe haben Angestellte (d.h. Nicht-GenossenschafterInnen etc.), die in diesem Sinne keine EntscheidungsträgerInnen sind. Allerdings wäre hier jeder Betrieb einzeln zu untersuchen. So gibt es Betriebe, bei denen Angestellte formalrechtlich keine Mitwirkungsmöglichkeiten haben, die aber in der Praxis bei verschiedenen Fragen oder auf verschiedenen Ebenen doch mitentscheiden können.

Löhne

Bei den Löhnen spiegelt sich das gesellschaftliche Bild: Die Landwirtschaft bietet Naturlohn plus Sackgeld. Das Gastgewerbe, die Läden und einzelne Produktionsbetriebe folgen mit Nettolöhnen zwischen 10 und 20 Franken. Darüber liegen Druck, Dienstleistung, Architektur, Planung, Beratung. Allgemein kann gesagt werden, daß das Lohnniveau immer noch tiefer ist als in der übrigen Wirtschaft. Allerdings gibt es einige Betriebe, die durchaus branchenübliche Löhne zahlen, was natürlich im Gastgewerbe oder in Läden auch nicht viel ist.

Das Lohnsystem der Betriebe basiert bei 68% auf dem Einheitslohn. Der Einheitslohn ist aber nicht strikt aufzufassen. Insbesondere kennen viele Betriebe erhöhte Kinderzulagen.

Außerdem sind häufig zu finden: Übernahme von Arbeitgeber-Beiträgen bei Rente und Versicherungen, Essens- oder Einkaufsvergünstigungen, Gratisbenützung des Geschäftsautos, Weiterbildungsbeiträge und bezahlter Urlaub nach einigen Jahren Betriebszugehörigkeit. Schön auch das Beispiel eines Betriebes, der für Putzarbeiten 3 Fr. pro Stunde zusätzlich ausbezahlt. Die Dauer der Betriebszugehörigkeit spielt bei 2/5 dieser Betriebe ebenfalls eine Rolle.

Diverse Betriebe kennen Lohnunterschiede zwischen Angestellten (evtl. Aushilfen) und GenossenschafterInnen, wobei sich dies auf die eine oder andere Seite auswirken kann. Andere Betriebe bieten den Angestellten feste Löhne und den GenossenschafterInnen Löhne gemäß Betriebsergebnis (Beteiligung).

10% der Betriebe kennen klare Lohnunterschiede nach hierarchischer Stufe. »Klar« deshalb, weil Lohnunterschiede nach Arbeitsgebiet, Dauer der Betriebszugehörigkeit etc. eine informelle oder versteckte Hierarchie widerspiegeln können.

Frauen / Männer

Insgesamt liegt der Männeranteil bei 54%, wobei bei den Läden 60% der MitarbeiterInnen Frauen sind. Umgekehrt finden wir männertypische Branchen: Handwerk, Architektur, Planung (76%) und Druck (62%). In je 5 Betrieben arbeiten entweder nur Männer oder nur Frauen. ●

NICHT SCHWARZ ÄRGERN – LIEBER BLAU MACHEN UND...

LOHN

Schwarz arbeiten

Götz Paschen, Redaktion Bremen. Wie viele alternativökonomische Köpfe zerbrachen sich schon darüber, welche Rechtsform nun die unförmlichste sei. Wieviel Energie auf die Frage verwendet wurde, welche Gesellschaft mit beschränktem Konsens zu wählen sei, ob nun Kommandit etwas mit kommandieren zu tun hat und ob in eine Gesellschaft brüderlichen Rechts auch Schwestern aufgenommen werden können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

UNTERNEHMENSFORMEN

Und so basteln sie alle an den Formalien, probieren die Korsetts der Unternehmensformen und fühlen sich so gar nicht wohl. Je mehr ich einer Form nachgebe, umso mehr prägt sie mich. Erst wenn ich mich der Form entziehe, bedrückt sie mich nicht mehr. Je länger ich mir Gedanken über geeignete Unternehmensformen bzw. formale Arbeitszusammenhänge mache, desto mehr werde ich in meiner Vermutung bestärkt, daß die Lösung ganz woanders liegt. Trotz aller Sympathie – bitte was bietet uns der Rahmen einer eingetragenen Genossenschaft? Theater: Aufnahme- und Prüfungszabelei und Versammlungen, Vorstände und Außenstände, sowie Handstände und Kopfstände. Auf so etwas verzichte ich gern, wenn es möglich ist.

Wieso hat noch niemand an einer ernstzunehmenden Schwarzarbeitstheorie gearbeitet? Praxisnah ausgestaltet könnte man international beachtete Anregungen geben, denn Schwarzarbeit ist überall gleich schwarz. Und das ist das schöne an ihr: Schwarzarbeit ist pure Praxis, vielfältig, teils subversiv, einfallsreich und prinzipiell staatsuntreu. Daß sie auch ihre problematischen Seiten hat, ist unbestritten.

EIGENNUTZ ODER MEHR

Nicht alle Formen von Schwarzarbeit sind prima. Die wenigsten werden schwarz arbeiten, damit sie keine Rüstungssteuern zahlen müssen. Aber warum nicht? Zugegebenermaßen ist das der einfachste und effektivste Rüstungssteuerboykott. Und wenn das alle machen? Dann bleibt der Bademeister fort – das Freibad zu, der Bus fährt nicht, das Atomkraftwerk wird abgeschaltet und die Lehrer und Soldaten können nach Hause gehen. Na prima! – Aber so einfach scheint es doch nicht zu sein. Natürlich sind die organisierten Putz- und Malochekolonnen irgendwelcher skrupelloser Unternehmer alles andere als freie SchwarzarbeiterInnen. Und ohne staatliche Aktivitäten sähe es in manchen Bereichen sicher deutlich übler aus.

FORMFREI – SPASS DABEI

Ich persönlich bin Freund von Situationen und äußeren Zusammenhängen, die nur das darstellen, was sie wirklich sind. Es gibt nun mal keine lebendigen Rechtspersönlichkeiten. Und daß eine Firma formal länger lebt, als die Leute, die in ihr arbeiten, Spaß daran haben, nur weil der rechtliche Rahmen sie bindet, macht auch keinen Sinn. Das erinnert mich an die Liebe ohne Trauschein im Vergleich zu einer ordentlichen Ehe. Weil eigentlich sein sollte, was ist und nicht was sein soll. Was spricht dagegen, wenn es genau soviele Einzelunternehmende wie arbeitende Menschen gibt? KeineR organisiert die Arbeit anderer und sackt sich dafür auch noch etwas von dem Anteil ein, der den anderen zugestanden hätte. Und immer aufs Neue müssen sich für größere Projekte Leute zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen. Zum Projektende trennen sie sich wieder. Keine Rotation, weil aufgrund häufig wechselnder Personenkonstellationen auch Rollenwechsel leichter vollzogen werden können. Dynamisch – wie das Leben im seinem Wesen kann.

gegenSTEUERN

Bitteschön, wer ärgert sich nicht über das Finanzamt, die Lohnsteuer oder den anbefohlenen Solidaritätsbeitrag. Schwarz arbeiten heißt ja nicht zwangsläufig, nur an den eigenen Nutzen zu denken. Hier geht es natürlich auch um Steuern – ein staatliches Machtinstrument (bestimmt kein unwesentliches). Schwarz arbeiten und den Anteil der Steuern nicht obendrein feist grinsend einsacken. Sich über den vollen Ertrag der eigenen Arbeit freuen. Kein Staat und kein Unternehmer, die zwischendurch was abschöpfen.

Und wer sagt denn, daß ich mir für das gesamte Geld Pommes, Hamburger und Autos kaufen oder auf den Malediven Urlaub machen werde? Auch wenn nicht jedeR SchwarzarbeiterIn 30% des Einkommens an die Witwen und Weisen spendet. Gewöhnlich sind SchwarzarbeiterInnen einfach billiger, teilen sich also mit dem Gegenüber das Gesparte mehr oder weniger gerecht. Kritisch ist dabei nach wie vor die Frage der sozialen Absicherung des/der Schwarzarbeitenden. Meist ist die soziale Absicherung dann anderswie sichergestellt, und sei es über das Arbeitsamt, günstigere Krankenkassenbeiträge für Studierende oder ähnliches.

WALD ODER WIRTSCHAFT

Ich muß doch nicht gleich mit meinem Zelt und einer Herde Ziegen in den Wald ziehen, um mich aus dem äußeren Rahmen dieser Gesellschaft zu entfernen. Genauso sehe ich bei den durchaus staatstragenden alternativökonomischen Unternehmen wenig Chancen, das System zu ändern. Klar – besser allemal, denn gerade in den alternativen Betrieben haben Leute versucht, lange Zeit ohne formale Anbindung zu arbeiten und ihre lockere Einstellung gegenüber Sozialversicherungsfragen mit Fehlzeiten in ihrem Rentenversicherungslebenslauf bezahlt. Irgendwo dazwischen oder daneben gibt es Wege, zu arbeiten ohne formale Bindung, zu arbeiten ohne abzuzocken und zu arbeiten, ohne sich unwohl zu fühlen, weil der-/diejenige sich durch fehlende soziale Absicherung und mangelnde Teilnahme am öffentlichen Arbeitsprozeß ausgegrenzt fühlt.

Und genau hier müssen wir suchen: Wie komme ich am besten aus dem formalen Rahmen heraus, ohne den menschlichen Zusammenhang zu verlassen? Welche Mechanismen beginnen zu greifen, wie kann man ihnen begegnen, welche sind vorteilhaft, lassen sich nutzen? Woran ist Schwarzarbeit bisher als langfristige Arbeits- und Einkommensperspektive gescheitert? Wo liegen die Knackpunkte und wie lassen sie sich knacken?

So – und jetzt sind sie natürlich doch gefragt, die »Semiformalen«. Jetzt ist es vielleicht die gemeinsame Aufgabe von alternativen Unternehmen und Schwarzarbeitenden gemeinsam, Perspektiven und Arbeitszusammenhänge zu entwickeln, die es beiden ermöglichen mit einem Bein außerhalb des Rahmens zu stehen und ihn als Ort der Sicherheit, wie das geprägte Bewußtsein immer wieder erinnert, nicht verlassen zu haben. Es gibt sowohl ein Vorwärts als auch ein Zurück. Bewegung ist möglich – na immerhin. ●

WENIGER IST OFT MEHR ...

Entlohnung von Schwarzarbeit

Wer kennt sie nicht, die mehr oder weniger treuen Studierenden und Arbeitslosen aus den Anfangsphasen eines jeden Alternativbetriebes? Ladentischerprobt oder hobelwütig, als Unterstützung in der Gründungsphase oder später zur Überbrückung als Aushilfen genießen sie das Flair alternativen Wirtschaftens im Schoß des Kollektivs aus Spaß an der Freud oder zum ortsüblichen Kurs die Stunde.

Schwarz arbeitet nicht nur der tüchtige Malergeselle, der nach Feierabend für ordentliche Festpreise Quadratmeter tapeziert und einen akzeptablen Stundenlohn erreicht. Interessanter ist die Entlohnung von Leuten, die unqualifiziert und meist für weniger Geld schwarz oder unterhalb der Steuergrenze in Selbstverwaltungsprojekten arbeiten. Gerade hier sollte auch für solche Leute auf eine faire Entlohnung geachtet werden:

Wie es ist ...

Wenn zum Beispiel dem arbeitslosen Hugo während seiner Arbeitslosigkeit nur 80 % des »zugrundeliegenden Bruttoarbeitsentgeltes« für die Rentenbeitragsberechnung angerechnet werden – wie kommt er an die fehlenden 20 %? Hat sich dafür jemals in dem selbstverwalteten Fahrradladen »Radlos«, in dem er für die Monate Mai und Juni reparieren hilft, jemand interessiert? Oder wenn Liselotte, eine Sozialpädagogikstudentin, an drei Abenden die Woche in der Kneipe »Zum roten Stern« Vollkornpizza backt oder Bier zapft: Wer zahlt ihr dann die Rentenbeiträge, wenn ihre gesamte Schulausbildungszeit die maximalen sieben Jahre überschreitet und ihr alle weiteren Jahre als Rentenanrechnungszeit flöten gehen? Oder gibt ihr das Kneipenkollektiv 20 Mark zu ihrem Krankenkassenbeitrag dazu? Immerhin stellt sie ein Drittel ihrer Schaffenszeit der Kneipe zur Verfügung – könnte also auch die Kneipe ein Drittel ihres Krankenkassenbeitrages zahlen. Das klänge alles nach Sicherheitsdenken und kleinkariert ... So mancheR Szenepapi oder -opa (-mutti/-oma) ärgert sich spätestens heute über die lässige Handhabung der Rentenzeiten und hält fleißig Ausschau nach Absicherungsmöglichkeiten für greise Zeiten.

Sozialversicherungssituation berücksichtigen

Konkret kann sich hieraus doch nur die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Sozialversicherungssituation derjenigen ergeben, die im entsprechenden Kollektiv mitarbeiten. Faire Regelungen können nicht nur auf die festen Mitglieder eines Betriebes beschränkt bleiben. Eine Minimalforderung wäre, bei der Entlohnung von Schwarzarbeit oder ähnlichem die Sozialversicherungssituation derjenigen zu berücksichtigen, die den Betrieb durch ihre Arbeit unterstützen.

Also: »Radlos« zahlt Hugo eine Mark pro Stunde für die Rentendifferenz drauf. Dem »Roten Stern« geht ein Licht auf, und die bierzapfende Liselotte kriegt zwei Mark pro Stunde für den Rentensparstrumpf und zwanzig Mark im Monat pauschal für die Krankenkasse.

Faire Regelungen suchen

Es widerspricht dem Anspruch gerechter Entlohnung, sich bei Aushilfen, seien sie nun SchülerInnen, Studierende oder arbeitslos, an dem landläufigen Schwarzarbeitsecklohn für Ungelernte von zehn Mark zu orientieren, ohne zumindest ihre Sozialversicherungssituation bei der Bezahlung zu berücksichtigen. Rein rechnerisch blieben dann von dem ohnehin schon schlappen Zehner bestenfalls 6,90 Mark übrig, wenn man nur Renten- und Krankenversicherungsanteile abzieht. Durch die oft günstigere Versicherungssituation über das Arbeitsamt, studentische Sonderregelungen und ähnliches ergeben sich in Bezug auf die Höhe der zusätzlichen Beträge, die ein Betrieb zur vollen Absicherung zahlen müßte, natürlich wesentliche Vorteile. Gerade weil es im Vergleich zur voll versicherten Kraft einen geringen Aufwand darstellt, sollten auch diese Leute so bezahlt werden, daß zumindest Renten- und Krankenversicherungsbeiträge bei der Lohnzahlung berücksichtigt sind. Dabei spart man die Differenz und dazu nach wie vor Steuern, Arbeitslosenversicherung, den Zehnten für die Kirche und dergleichen. Hier sollte meiner Ansicht nach angesetzt werden, um auch für diese Betriebsmitglieder zu einer gerechten Entlohnung zu kommen.

... und wie es sein sollte

Von einem Freund aus einem Naturkostkollektiv in Düsseldorf hörte ich, daß jedeR, die/der dort arbeitet, mit 15 Mark pro Stunde bezahlt wird. Das wären zehn Mark als Lohn und fünf Mark für die soziale Absicherung. Er meinte, ob die Leute dann die fünf Mark auch in der Kneipe ließen oder was sie damit machten, wäre nicht seine Sache – das läge in ihrer eigenen Verantwortung.

So wie dieses Beispiel sehen meiner Ansicht nach Ansätze aus, bei denen ein Projekt auch weitergehende Verantwortung übernimmt. Der Aushilfe wird nicht nur gegen Stundenlohn ihre Arbeitskraft abgekauft, sondern das Projekt trägt auch zur sozialen Absicherung bei und zeigt dadurch ein Interesse an den Verhältnissen des Menschen, der hinter dieser Arbeitskraft steht. Alles, was über den nackten Arbeitslohn hinausgeht, ist eine Unterstützung des einzelnen, die nicht aufgrund eines Rechtsanspruches zwangsläufig erbracht werden muß sondern freiwillig geleistet wird, aus einem Verantwortungsbewußtsein heraus, das alle am Projekt Beteiligten einschließt. ●

Redaktion Bremen, Götz Paschen

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Reisenotizen aus der Projekteszene

ÖKOPOLIZEI

Da sitzen wir also nach 13 Jahren wieder beim Tee, Dagmar und ich. Die fröhliche Subversion ist dahin. Wer will es ihr übel nehmen, wenn sie keine Lust mehr hat. Die KundInnen merken davon nichts, denn sie ist freundlich, sie ist sogar charmant und die Stimmung im Laden ist gut. Aber sie fühlt sich eingekerkert im Gefängnis der Erwartungen ihrer KundInnen, in Bestellroutinen und Geschäftsterminen, und sie will da raus: mit ihrem Sohn durchs schöne Münsterland radeln, oder sonst was. Bald wird er zu groß sein und eigene Wege gehen wollen. Über die Arbeit für eine bessere Welt verpaßt man die Kindheit der eigenen Kinder, befürchtet sie. Und entpuppt sich das vermeintlich Gute nicht als arge Ideologie, wenn man sich bald einer neuen Ökopolizei gegenüber sieht? Damit meine ich die staatlichen Kontrollinstanzen, die dank neuer Gesetze all das an sich ziehen, wovon vor 20 Jahren nur die Ökohippies und haschischrauchenden LandkommunardInnen träumten. Immerhin, die politische »Megamaschine« erweist sich durchaus als wandelbar, eher formbar durch die sanften Ökofreaks als durch den waffenstarrenden Ostblock. Ich erzähle ihr von Tagore, dem Namensgeber und Kritiker Mahatma Gandhis, dem bei Gandhis verkniffenen Friedenskampagnen »keine Lieder mehr einfallen« mochten. Ja, genau, sowas fehlt: Gedichte, Philosophie, Romane! Wie öde und trocken ist das ständige Feilschen um chemische Zusatzstoffe und Ökoqualität, wo es doch eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wie eigentlich gemein ist die Manipulation der VerbraucherInnen mit Biogummibärchen, mit Mogelverpackungen und natürlich auch mit dem grünen Punkt. Gerade läuft eine großartige Werbekampage, die die GroßhändlerInnen für die Bioläden angezettelt haben, daß doch bitteschön »Gourmets« in diese Läden gehen sollen. Bessere Argumente hat Sarotti oder Henkel Trocken auch nicht. So tief sind sie gesunken, daß sie ihre Sache nicht mehr mit aufrichtigen Argumenten vertreten können.

»Die Luft ist raus!« meint Rita vom Löwenzahn in Wetter. Und ihre Unlust hat wohl auch ihre Kundschaft schon bemerkt, oder auch nicht, jedenfalls geht der Umsatz in den Keller und sie will wieder richtig leben. Wenn keine/r ihr den Laden abkauft, macht sie in Kürze zu. So einfach geht das, Ende des Lebenstraums einer Generation! Verkauft werden jetzt ja häufig Bioläden, und solange ein/e Dumme/r in Sicht ist, der sich in die »boomende« Branche einkaufen will, wird Optimismus gemimt: Spitzenverkäufe, Trend expansiv.

Aber nicht nur die kleinen LadnerInnen klagen. Auch die GroßhändlerInnen sitzen da drin. Seit einem Jahr geht der Umsatz beim Grünen Netz, der ehemaligen Genossenschaft im Ruhrgebiet, zurück. Das finde ich nun wieder gar nicht schlimm, denn diese Ex-GenossenInnen haben mit Fleiß die kooperativen Strukturen in der Region, sowie im eigenen Betrieb zerstört. Eben sie waren es, die im Ruhrgebiet ökologische Wirtschaftsstrukturen gegenseitiger Freundschaft und Vertrauens durch knallharte kapitalistische Betriebswirtschaft ersetzen wollten. Aber bei solchem Geschäfstgebahren wird man vor den KundInnen unglaubwürdig und sie springen ab. Mit einer »Hausmesse« versucht so ein abstiegsbedrohter Großhändler die KäuferInnen wieder anzulocken. Es gibt auch 10% extra und Faxe sollen auch billig angeboten werden na bitte, Naturkost ist gar nicht so teuer! Nur Beate vom Immergrünladen will sich nicht mit 10% ködern lassen. Sie findet es unfair, daß sie den Rabatt nicht auch bei telefonischer Bestellung erhält. So ist also die Stimmung bei den Bioläden.

Die GenossInnen des Grünen Netzes e.G. sind nicht schlecht beraten, sich an der Liquidation der Bonner Aubergine e.G. ein warnendes Beispiel zu nehmen. Diese Vollwertgroßküche hat die Anteile von 150 Mitgliedern und private Kredite verspielt. Nun hat sie ein schlauer ehemaliger Vorständler billig aufgekauft, weil der Konkurs mangels Masse abgelehnt wurde. Das Grüne Netz will mit der benachbarten Kornkraft fusionieren, um sich gegenseitig zu retten. Obwohl beides sogenannte Genossenschaften sind, kommt diese Idee nicht von der cooperationswilligen Basis, sondern von den Geschäftsführern. Eigentlich müssen die Netze kleiner werden, das wäre ökologisch. Denn wenn die Netze größer werden, werden auch die Maschen gröber. Und das ist ja gerade das Kennzeichnende für den Zentralismus, für die Entfremdung, für die Unvernunft der Fremdbestimmung. Also lassen wir die fusionierten Naturkostfossile aussterben und knüpfen unsere kleinen Netze, von Mensch zu Mensch, bescheiden und gründlich.

DAS POSITIVE

Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um das Weiterführende, das Positive herauszustellen, um nicht im Beklagen einer ausweglosen Situation, sei es im Tierschutz, der internationalen Ausbeutung, dem Rassenwahn oder sonstiger Unvernunft stecken zu bleiben. Die AnklägerInnen des Weltuntergangs finden nur zu bereitwillige ZuhörerInnen und MitklägerInnen. Was wir brauchen ist die positive, aufbauende Tat. Und darüber will ich schreiben. In diesem Zusammenhang sehr erfreulich ist die Neubesinnung des BUKO (ein bundesweiter Zusammenschluß entwicklungspolitischer Projekte), die im Kolumbusjahr 1992 nicht mehr GEGEN die Politik der Herrschenden mobilisieren wollen, sondern FÜR eine gesellschaftliche Alternative; so wurde es in Frankfurt beschlossen. Eben wegen ihrer bisherigen Antihaltung konnte ich mich nie für BUKO-Projekte begeistern. Die übermäßige politische Kritik hat etwas lähmendes an sich, man kann nicht mehr denken, jedenfalls nicht über die Grenzen der Kritik hinaus, geschweige denn handeln.

Die gesellschaftliche Alternative ist unter uns, zwischen uns. Sie ist durch die widersprüchliche Schule des autoritären grünen Parlamentarismus, des antifaschistischen und stalinistischen Dogmatismus und die betriebswirtschaftlichen Zwängen des Kapitalismus gegangen. Dabei hat sich gezeigt, welche Ideen tragfähig und auch welche Leute in der Praxis mit ihren Ideen weitergekommen sind. Nicht die, die aufgegeben haben, beweisen daß es keine Alternative zur Wachstumsgesellschaft gibt, sondern die, die bescheiden nach dem Motto »small is beautifull« ihre Projekte fortgeführt haben: wir sind die Alternative!

Hören wir auf, nach den Fernsehnachrichten die Dinge auf der Welt zu bewerten und beachten wir die basisdemokratischen Bestrebungen in aller Welt: die Community Economy in England, Seitkatsu in Japan, Netzwerke in USA, Economie Solidaire in Frankreich, europäisches Bürgerforum in Osteuropa. Und was kann jede/r Einzelne mehr tun, als an ihrem Platz verantwortungsbewußt zu handeln? Ein fester Charakter muß sich nicht am Wir-Gefühl einer Mutter Partei berauschen. Die Zeiten der Massen und des Totalitarismus sind vorbei. Nun kommt es auf das Individuum an, und darauf daß der/die Einzelne sich seiner/ihrer Verantwortung für die ökologische Gesamtheit bewußt wird. Diesen Bewußtseinsprozeß mag, so meine ich, eher das positive Beispiel befördern.

ROTZFRECHE ASPHALT-KULTUR

Ein Beispiel ganz anderer Art als die Bioläden, und erstmal in seiner ökologischen Bedeutung nicht direkt ersichtlich, ist die Straßenmusikzene. Da die KünstlerInnen im sogenannten gesellschaftlichen Überbau, wohin die Kultur allgemein abgeschoben wird, agieren, steht das Kulturschaffen in einem bedeutenden Wechselverhältnis zu den materiellen und wirtschaftlichen Dingen. Entschuldige bitte den theoretisierenden Satz eben, die Wirklichkeit ist so: Ich spaziere also durch Köln und im Volkspark gerate ich in ein Trommelkonzert, dessen polternder Rythmus mich von mehreren Häuserblocks Entfernung herbeilockt. Es regnet ja ununterbrochen, aber unter einer weitausladenden Linde hat die Sambaband es einigermaßen trocken. Das ist was anderes als Videocliprythmus. Es geht einem durch und durch. Erleichtert atmet man auf, wenn eine besonders verwickelte Schlagfolge exakt auf den Punkt kommt. Alle innere Spannung wird akustisch gebündelt und befreiend aufgelöst. Der Bandleader mit der Trillerpfeife strahlt beständig übers ganze Gesicht. An seiner Freude ist nichts peinliches, sie steckt an und macht innerlich leicht und glücklich. Manchmal strömt mir ein Schwall von Blut zum Herzen vor Begeisterung.

Und dann erkenne ich Barbara an einem der Schlagwerkzeuge. Sie hat damals die linksrheinische Kornkraft-Genossenschaft mit aufgebaut und dann den Kölner Naturkostgroßhandel Heuschrecke, wo jetzt 20 Leute ihren Arbeitsplatz haben. War das mit der Naturkost doch nicht das richtige? frage ich sie. Es war ihr zu geschäftsmäßig geworden, die menschlichen Bedürfnisse sind untergegangen und das zerstörte am Ende auch die menschlichen Bindungen. Nun spielt sie mit ihrer Band auf dem StraßenmusikerInnentreffen. Das heißt also, es geht weiter, immer weiter, nichts ist zuende? Der Neubeginn nach Niederlagen ist die Kontinuität? Ist es nicht vielleicht ein verantwortungsloser Zynismus, alles abzubrechen und nichts zuende zu führen? Barbaras und ihrer Band Musik hat mich jedenfalls überzeugt.

In der deutschen Straßenmusikzene gibt es sogar so etwas wie eine Organisation, oder Nichtorganisation, die eigentlich nur auf fleißigem Briefeschreiben beruht, wann und wo was los ist, wo man was losmachen kann, wer Lust hat und wie es so geht. Das ist die RAK, die Rotzfreche Asphalt-Kultur, unter diesem Namen schon seit den 70iger Jahren bekannt, untergründig bekannt, eher berüchtigt. An diesem regnerischen Maiwochenende ist die Straßenkunst in Köln ideenreich, bunt, offen und allerdings auch entbehrungsreich. Ein Straßenkabarett aus Freiburg, eine Hafenjule aus Hamburg, Feuerschlukker, die beinahe das Publikum entzünden. Ein Lebenskünstler aus Berlin, der sich mit allem möglichen durchs Leben schlägt: Federschmuck für die Damen, Mokassins bester Qualität mit einfachen Werkzeugen, Gedichte und Lieder zur Gitarre, dazu spielt eine Schülerin aus Aachen Geige. Hinter seinem Wohnwagen steht eine Puppenbühne auf einem Fahrradanhänger. Seine Gedichte gehören zu den besten, die ich derzeit in deutscher Sprache kenne. Nur wenige verheddern sich nicht in den Fallstricken der Grammatik, der Konvention oder zu komplizierter Gedankengänge – das ist der Lars, für den ich übrigens mal ein Buch zum Selbstschneidern von Schuhen gedruckt habe.

Ohne Klaus den Geiger ist Straßenmusik nicht denkbar. Klaus, dessen Geige seine musikalischen Grobheiten kaum zügeln kann, hat die Szene stark geprägt, nicht nur musikalisch, auch organisatorisch, indem er zu Treffen wie diesem eingeladen hat. Ich schreibe diesen Bericht zwar so hintereinander weg. Aber eigentlich liegen Welten dazwischen, weil die Leute aus der einen Szene die der anderen nicht kennen, geschweige denn Verständnis dafür haben. Eben dies ist aber erforderlich. Eine durchschnittliche Bioladnerin würde so einen abgerissenen, ausgemergelten Jongleur und Wanderphilosophen wahrscheinlich äußerst mißtrauisch begutachten, wenn er in ihren Laden käme. Möglicherweise träumt sie sogar vom ungebundenen Leben auf der Straße, aber doch nicht gleich so heruntergekommen. Dennoch bestehen zwischen den alternativen Projekten dieser und jener Art wichtige Gemeinsamkeiten.

VERBRAUCHERiNNEN COOPS

VerbraucherInnenläden sind genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die mehr oder weniger gut mit Bauern zusammen arbeiten und die Preise vor allem dadurch senken, daß sie den Kostenapparat des Einzelhandels durch Eigenarbeit, Vorfinanzierung und Produktbeschränkung vermeiden. Ihre Stärke ist die Anziehungskraft auf Menschen mit ökologischer Gesinnung. Ihre Schwäche ist die Unmöglichkeit dauerhaft gerechter Arbeitsverteilung auf alle Mitglieder, sodaß die Sache entweder bald einschläft, oder es finden sich zwei, drei IdealistenInnen, die den Laden schmeißen wofür sie sich allerdings regelmäßig den Vorwurf einhandeln, die Macht an sich reißen zu wollen. Harald aus Kinzigtal mußte die von ihm mit großem Engagement aufgebaute Coop verlassen, weil er nicht ahnte, was für eine hohle Demokratie er aufbaute, indem er Leuten in bequemer Konsumhaltung Entscheidungsbefugnis über das Schicksal der MacherInnen gab. Vor 2 Jahren veröffentlichte ich für ihn ein begeisterndes Pamphlet für das Genossenschaftswesen. Was würde er heute schreiben?

Friedhelm aus Wuppertal gelang es mit dem Querbeet-Ladenmodell den vielgeschmähten IdealistInnenjob zum Arbeitsprinzip zu machen. Wäre er sonst machtgeil genannt worden, so akzeptierten in diesem Modell die Mitglieder von vornherein die InitiatorInnen als InhaberInnen und MacherInnen. Im Grunde ist es also ein normales Einzelhandelsunternehmen, nur eben nicht mit frei verkäuflicher Ware, sondern als Dienstleistungsgeschäft für »Mitglieder«, die sich an der Vorfinanzierung und einigen wenigen Arbeiten beteiligen. Das Querbeetmodell hat von Hamburg bis München für Aufregung gesorgt, weil es dieser erfolgreichen Coop endlich gelang, über das Niveau einer Garagencoop oder Wohnzimmercoop hinauszukommen. Ja, die Umsätze der Querbeetläden in Solingen, Aachen, Göttingen und wo noch (?) überflügelten die Bioläden bei weitem. Das führte bei benachbarten Bioläden zu verständlichen Existenzängsten. Indes seit einiger Zeit wurde es ruhig um die Querbeetläden, der Grund: außer billig einkaufen und evtl. noch etwas die Preistreiber in der Naturkost aufmischen, läßt sich keine zündende Idee entdecken. Und das ist zuwenig! So suchte ich wieder nach Friedhelm, dem Begründer dieses Querbeetmodells, aber er ist inzwischen aus dem Laden ausgestiegen. Mitbegründerin Elke ist wieder eingestiegen und sieht keine andere Möglichkeit als, wegen der Passivität der etwa 200 Mitglieder, wieder fast alles selber zu machen. Noch sind einige genossenschaftliche Elemente erhalten, vor allem das der Mitfinanzierung. Aber KundInnenfinanzierung machen auch andere Bioläden, wie Schwarzwurzel in Ludwigshafen.

Was ist von diesem Genossenschaftsmodell zu halten, das auch ich vor einigen Jahren über alles gelobt habe? Ich bin enttäuscht von Friedhelm, der da eine Sache in die Welt gesetzt hat und nun nicht mehr dazu steht. Ich hätte von Anfang an mißtrauisch sein sollen, als es hieß: glänzende Arbeitsbedingungen, 30-Stundenwoche, übertarifliche Löhne, jede Woche ein Tag frei, bezahlter Urlaub, Lebensversicherung und, und, und ... . Direkt neben diesem ersten Querbeetladen hat Jutta einen Buchladen, der noch im Geist der StudentInnenbewegung geführt wird. Leben kann sie immer noch nicht von diesem Projekt, aber aufhören wird sie wohl auch nie, denn ihr liegt die Sache zu sehr am Herzen. Aufgrund langer Erfahrung weiß sie, wie es in der Projekteszene zugeht, und sie hat ihren Aufopferungswillen bewahrt. Aber bei den glänzenden Arbeitsbedingungen ihrer Nachbarn, deren Mitglied sie übrigens auch ist, kann sie sich des Neides nicht erwehren, vielleicht ist es auch eine gelinde Empörung, meint sie. Und ich meinte tolerant zu sein, als ich nicht schon damals mißtrauisch wurde. Nun wird mir jedenfalls klar, daß da jemand sehr bequem und gut Geld verdient hat, indem er eine Genossenschaft versprach, die es gar nicht gibt. Jutta arbeitet in diesem Laden bereits wie alle BioladnerInnen, macht Samstagnachmittags Überstunden, bemüht sich um Sonderwünsche der lieben KundInnen – ist das nicht auch genossenschaftlich? Genossenschaft scheint keine Angelegenheit von Statuten und Preisen zu sein, sondern eine menschliche Umgangsweise, und das haben einige FreundInnen bei Friedhelm von Anfang an vermißt.

Die Entwicklung deutet darauf hin, daß Bioladen und Coop sich wieder aufeinander zu bewegen, weil der Gegensatz ausgereizt ist. Wie ich am vorerwähnten Beispiel der »Gourmet«-Werbung der BiogroßhändlerInnen andeutete, ist der Kommerztrip an seinem Ende angelangt und kann nur noch im wirklich kapitalistischen Supermarkt weitergeträumt werden. Die Coops haben ernüchternd feststellen müssen, daß Niedrigpreise noch keine Ökologie ausmachen. Coops haben nur Bestand, wo jemand kontinuierlich aktiv ist. Und Läden haben nur da eine zukunftsweisende Dynamik, wo sie um die Verwirklichung ökologischer Ideen ringen. Vielleicht sollte ich in einem späteren Aufsatz mal einen Überblick über Läden geben, in denen es cooperative Strukturen gibt. Cooperative Strukturen in Bioläden gibt es nämlich in größter Vielfalt, wobei ich die Funktion als Anlaufstelle für Umweltgruppen, Stadtteilinfoladen, Kunstgalerie usw ebenfalls unter kooperative Strukturen fasse. Gerade bekam ich einen Brief von einem Bauernbioladen aus Hessen, der das Querbeetfinanzierungsmodell mit Erfolg eingeführt hat, in manchen Produkten Steigerungen um das Dreifache.

BUCHLÄDEN & INFOLÄDEN

Zu einer Reise durch die Projekteszene gehören natürlich auch die Buchläden. Einen habe ich schon vorgestellt. Sie standen ganz am Anfang der Entwicklung der Projekteszene, entstanden aus dem kulturrevolutionären Bedürfnis der StudentInnenbewegung von 1968 nach eigenen, von den Medienkapitalisten unkontrollierbaren, Kommunikationsstrukturen. Anti-Springer und Bildzeitung, zerschlagt das bürgerliche Copyright, Spiegel – Nachricht als Ware, Massenmanipulation durch Medien usw. waren zentrale Anliegen. In allen größeren Städten gab es solche Läden. Geblieben ist nicht viel davon. Noch weniger ist von ihren inhaltlichen Anliegen geblieben. Da überrascht es, in Nürnberg noch immer die Ursula in der Bücherkiste anzutreffen. Etwas kleiner ist der Laden und abseits, aber er ist da. Oder der Jürgen im Quadrux in Hagen, sein Lebensprojekt. Wie schlagt ihr euch, oder du dich, durch? Immer noch beim Sozialamt, dem geheimen Mäzen so vieler Projekte. Und was wird so verkauft? Naja, der Geschmack hat sich geändert, mit der Psycho- und Emanzipationswelle kam die Entpolitisierung, New Age und New Wave – man muß ja doch irgendwie mitmachen – Innerlichkeitsliteratur, Krimis und gefällige Modekunst und alles mit einem leichten linksintellektuellen Touch. Wahrscheinlich sind die Buchläden heute mehr eine Art Interessenverwaltung altgewordener StudentInnenbewegter, als daß von hier neue Ideen ausgehen.

In der Siegener Bücherkiste wühlt Horst tapfer gegen den Mainstream. Dank langjähriger Erfahrung ist er auch ein guter Bücherkenner, anders als die von ihrer zweijährigen Mission zutiefst überzeugten BetreiberInnen autonomer Infoläden. Insofern erfüllen die wenigen übriggebliebenen Buchläden der 68-iger eine wichtige Vermittlerrolle zwischen alten und neuen Ideen. Sie stellen eine Kontinuität her, die zwar nicht Bevormundung sein soll, die aber für ein geschichtliches Bewußtsein notwendig ist. Wenn vielleicht auch das Publikum, vor allem das zahlungskräftige, der Buchläden reichlich alt aussieht, die BetreiberInnen haben durchweg einen entbehrungsreichen Job.

Die Infoläden sind die neue Generation der Buchläden. Inzwischen gibt es in jeder größeren Stadt einen. Die koordinieren den Informationsfluß der unorganisierten politischen Gruppen, sie sind Anlaufstelle, Treffpunkt für Unzufriedene. Einige geben Poster, Schriften und Aufkleber heraus. Manche koordinieren überregionale Aktionen. Es besteht eine rein informelle Organisation, darum Infoläden. Nachdem der Stalinismus so ganz offiziell zu Grabe getragen wurde, orientiert man sich gerne am Anarchismus. In Münsters Infoladen nennen sich einige Leute AnarchistInnen, zeigen aber doch den altbekannten dogmatischen, rechthaberischen und totalitären Geist der Revolution von oben. Es ist bereits abzusehen, daß an diesem Streit eines der besten Infoladenprojekte kaputt gehen wird. In diesem Laden befindet sich ein Archiv der Ökologischen Oppositionsbewegungen seit Ende der 70iger, welches in seiner Materialfülle kaum irgendwoanders anzutreffen sein wird. Wer weiß, wie schwer es ist, Flugblattsammlungen und kurzlebige Basiszeitschriften, die vielleicht nur in 3 Ausgaben erschienen sind, zu sammeln, der kann einen solchen Verlust vielleicht einschätzen.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 11 23.09.24 19:56

BEHÖRDLICHER RASSISMUS

Deutschland will ZigeunerInnen deportieren!

An der beinahe ungehinderten Ausweitung rassistischer Gewalttaten hat die Regierung in Bonn bekanntlich nicht unwesentlichen Anteil. Wie die ausländische Presse den jüngsten und kaum bekannt gewordenen Fall konkreter Ausweisungen und massiver behördlicher Desinformation bewertet, zeigt der Bericht der »International Herald Tribune« vom 18. September 1992: Das skandalöse, deutsch-rumänische Abkommmen sieht Deportationen von Sinti und Roma ab dem 1. November vor.
Die Übersetzung besorgte der Bonner Infoladen, Zwischenüberschriften von der Redaktion.

Berlin: Von Marc Fisher (wpd) ● Inmitten einer Welle von ausländerfeindlichen Gewalttaten, von denen sich viele gegen ZigeunerInnen richten, hat Deutschland entschieden, Tausende von RumänInnen zu deportieren, von den die meisten ZigeunerInnen sind. Die Massendeportation fällt in eine Zeit, wo die deutschen Parteien kurz vor einer Einigung darüber stehen, daß das verfassungmäßig garantierte Recht auf politisches Asyl begrenzt werden soll. Dieses Recht war von Westdeutschland kurz nach dem zweiten Weltkrieg garantiert worden, um die Verantwortung für den Völkermord der Nazis zu symbolisieren. Die ZigeunerInnen, von denen viele vor der Unterdrükkung durch rumänische Nationalisten flohen, machen eine Zahl von ca. 30.000 der 280.000 AusländerInnen aus, die in diesem Jahr nach Deutschland kamen und Asyl suchen. Die Flut der EinwanderInnen in ein Land, in dem es offiziell keine Einwanderung gibt, hat einen öffentlichen Aufschrei ausgelöst. Das geht hin bis zu mehr als 1.000 gewalttätiger Angriffe auf AusländerInnen in diesem Jahr und dem Ergebnis einer nationalen Umfrage, wonach eine Mehrheit der Deutschen sagte, sie stimmten mit dem Satz überein, daß »Deutschland den Deutschen gehört«.

Innenminister Rudolf Seiters sagte der Tageszeitung BILD, daß die Vereinbarung mit der rumänischen Regierung, ihre StaatsbürgerInnen zurückzunehmen, denen das Recht auf Asyl in Deutschland verweigert wird, »ein wichtiger Erfolg in meinen Bemühungen ist, die abgewiesenen Asylbewerber zurückzuschicken.« Herr Seiters wird in der kommenden Woche nach Rumänien reisen, um den Vertrag zu unterzeichnen. (Anm. d. Übers.: der Vertrag wurde am Donnerstag, 24. September, unterzeichnet.) Die Zeitung berichtete, daß die Deportationen am 1. November beginnen sollen.

Offizielle leugnen

BILD begrüßte die Deportationen als einen Beweis dafür, daß die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl »Ernst macht im Kampf gegen den Mißbrauch des Asylrechts«. Deutschland weist fast alle Asylanträge von RumänInnen zurück, egal ob von ZigeunerInnen oder ethnischen RumänInnen. Die Maßnahme wurde in einer ungewöhnlich untertriebenen Weise am Donnerstag bekanntgegeben: als Bonns Innenminister den Bericht der BILD-Zeitung bestätigte, daß es zwischen Deutschland und Rumänien zu einem »geheimen Abkommen« über die Massendeportation sei. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte gegenüber der Washington Post, es gäbe keine Stellungnahme zu dem Thema. Zuvor war eine Kopie einer Stellungnahme des Innenministeriums an die Nachrichtenagentur Reuter geschickt worden. Daraufhin angesprochen, leugnete der Sprecher die Existenz einer solchen Stellungnahme. Die deutsche Presseagentur dpa hingegen sagte, das Ministerium habe Einzelheiten über das Abkommen mit Rumänien bestätigt. In der Stellungnahme des Ministeriums heißt es, daß die Vereinbarungen über die Deportationen nach »monatelangen Verhandlungen mit Rumänien« zustandegekommen seien. In der Stellungnahme wurde nicht mitgeteilt, was Rumänien möglicherweise als Gegenleistung für seine Bereitschaft dafür gefordert hat, eine Rückführung seiner BürgerInnen zu akzeptieren.

Die ZigeunerInnen vergegenwärtigen für die Deutschen ein Dilemma. Die Nazis verfolgten die ZigeunerInnen und ermordeten 500.000 von ihnen in den Konzentrationslagern. Sie hinterließen dem modernen Deutschland das, was ein Berater von Herrn Kohl eine »besondere Verantwortung« für die Personen nannte, die sich als Romani bezeichnen. Doch die Ankunft von zehntausenden von ZigeunerInnen in deutschen Städten und Dörfern war wie eine brennende Lunte für die ausländerfeindliche Haltung, die in der unsicheren Zeit seit der deutschen Wiedervereinigung das Land überrollt hat.

Als Neonazis im vergangenen Monat ein Gebäude in der ostdeutschen Stadt Rostock in Brand setzten, war das Hauptziel ihres Angriffs eine Gruppe von ZigeunerInnen, die Asyl beantragt hatten und dort von der Regierung für die Dauer ihrer Antragsbearbeitung untergebracht worden waren. AnwohnerInnen in der Nachbarschaft, wo die Angriffe stattgefunden hatten, sagten gegenüber der Washington Post, daß die Gewalt gegen die ZigeunerInnen berechtigt seien, den sie seien »dreckig« und »unordentlich«. Der Mechaniker Hans Widera, 56 Jahre alt, sagte: »Wir haben bewiesen, daß wir Ausländern gegenüber freundlich sind, denn wir hatten immer Vietnamesen hier und es gab mit ihnen keine Probleme. Unser einziges Problem waren die Zigeuner. Sie stinken wie ein Müllhaufen. Sie haben unsere deutschen Frauen angegriffen. Natürlich bin ich gegen Gewalt, aber ist es hier nicht viel schöner ohne die Zigeuner? Schauen Sie sich doch hier um und fragen Sie sich selbst, was Sie tun würden, wenn Sie hier lebten?«

»Die passen einfach nicht rein«

Die Ablehnung gegenüber den ZigeunerInnen beschränkt sich nicht nur auf diejenigen, die unter den Schwierigkeiten des Landes aufgrund der wirtschaftlichen Umstellung des früheren kommunistischen Ostens zu leiden haben. Nachdem der Direktor einer der größten deutschen Banken in Deutschland diese Woche sagte, Deutschland brauche eine Einwanderungsquote ähnlich der von den Vereinigten Staaten von Amerika, fügte er hinzu: »Aber ich muß sagen, wenn Sie in so ein kleines deutsches Dorf kommen, in dem die Leute seit Jahrhunderten zusammengelebt haben und Sie sehen plötzlich diese Leute mit ihrer eigenartigen Kleidung, wie sie im Kreis sitzen, um sich herum lauter Dreck, na, die passen einfach da nicht rein.« ZigeunerInnen fallen in Deutschland sehr auf. Ihre Kleider sind in leuchtenden Farben, oft dreckig und viele der Zigeunerfrauen und Kinder sitzen auf den Gehwegen und betteln.

Gleichzeitig ist Deutschland, wo schon seit dem 15. Jahrhundert ZigeunerInnen gelebt haben, auch die Heimat einer Gemeinde von 60.000 ZigeunerInnen, die sich längst eingelebt haben, mit deutschen Pässen, die sehr angepaßt und nicht selten auch einflußreich sind. »Wir sind empört von der neuen Hetzkampagne gegen die ZigeunerInnen, die durch die deutschen Medien und Politiker lanciert wird,« sagt Fritz Greussing, ein Mitarbeiter des Zentralkomitees der Sinti und Roma – was die deutsche Bezeichnung für ZigeunerInnen ist – in Heidelberg. Führende deutsche Politiker haben in den letzten Tagen von einem »Zigeunerproblem« im Land gesprochen. Herr Greussing beschuldigt die Bonner Regierung die Gewalt gegen ZigeunerInnen dadurch zu schüren, daß sie die Argumente der radikalen Rechten, Deutschland werde durch die EinwandererInnengruppe überschwemmt, akzeptiert. ●

AKTIONEN GEGEN FREMDENHASS

Wir sind tagtäglich von den massiven Progromen gegen die Flüchtlinge in Ost- und Westdeutschland betroffen. Die sich abzeichnende Entwicklung im Osten Deutschlands hatten wir schon im vergangenen Jahr am Beispiel der Dresdener Neustadt aufgezeigt. Arbeitslosigkeit, Verlust von Identität und sozialer Infrastruktur führen zu einem Rechtsruck, der eine erschreckende Paralelle mit dem Ende der »Weimarer Republik« aufweist und eine Welle rechtsradikaler Gewalt gegen eine Minderheit unter unserer MitbügerInnen auslöste. PolitikerInnen fast aller Parteien schüren den Haß gegen diese Minderheit, machen diese zum Sündenbock, statt gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen, nur um die nächsten Wahlen zu überstehen...

Stellung bezogen jetzt Betriebe und Projekte aus dem Heidelberg/Mannheimer Raum. Die nebenstehende Anzeige erschien am 2.10.92 in der Tagespresse und soll als Plakat (z.B. Aushang in den Schaufenstern) und als Beilage für die Geschäftspost der Betriebe verwendet werden. Weitere Projektetreffen sind geplant, auf denen mögliche weitere Schritte, wie z.B. die Übernahme einer Patenschaft für ein AsylantInnenheim beraten werden sollen.

Als Monatszeitung kann CONTRASTE keine tagesaktuelle Berichterstattung leisten. Wir würden aber gerne über weitere Aktionen aus den Regionen berichten, wenn Ihr uns Infos zuschickt. ●

Wir wollen nicht schweigen

Es entsetzt uns
- daß rechtsradikale Gewalttäter ungehindert ihre Wut an Unschuldigen austoben.
- daß Menschen beim Anblick von Terror und Gewalt applaudieren.
- daß der Großteil der Bevölkerung in Deutschland wieder bereit ist wegzuschauen.
- daß Deutsche töricht genug sind, sich wieder einreden zu lassen, daß eine hilflose Minderheit an ihren Problemen schuld sei.
- daß Politiker – fast aller Parteien – den Fremdenhaß schüren oder benutzen, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken.

Wir fordern
- daß der Staat seiner Pflicht nachkommt, jeden Menschen zu schützen.
- daß menschenverachtende Gewalttaten auch als solche bestraft werden.
- daß der Artikel 16 Grundgesetz nicht geändert wird.

Uns allen muß klar sein, daß Schweigen ermuntert und Wegschauen ermutigt.

UnterzeichnerInnen:

Hofschreinerei, Heidelberg / Lummerland, Mannheim / Cyan, Heidelberg / Schwarzwurzeldruck, Heidelberg / Holz & Glas, Ladenburg / Verlag Das Wunderhorn, Heidelberg / Werkstatt e.V., Heidelberg / Helmlinger Bau, Heidelberg / Pflege Daheim, Heidelberg / »Naturpferde«, Heidelberg / Holz und Antiquitäten, Heidelberg / Netzwerk Selbsthilfe, Heidelberg / Keule & Co, Heidelberg / Optiker Nolze, Heidelberg / Dormiente, Heidelberg / Handwerker Genossenschaft e.G., Mannheim / CACHOU Druckwerkstatt, Mannheim / Fahrradklinik, Mannheim / Läufertsmühle, Neckargerach / Bauingenieurbüro Peter Epp, Mannheim / Merz-Grafik, Heidelberg / Bücherladen Neckarstadt, Mannheim / Ökohaus Firnis, Neustadt / Antik Laden, Deidesheim / LAUS GmbH, Neustadt / DIE LETTER · Verlags- u. Werbeatelier, Neustadt / Pirad · Fahrradladen, Neustadt / Die WIESE GmbH · Solarenergietechnik, Neustadt, Holzwörk · Schreinerei, Neustadt / Abraxas · Naturkostladen, Neustadt / Wieblinger Buchladen, Heidelberg / Praxisgemeinschaft Pingel, Opitz u. Sonneborn, Heidelberg / Bel Mondo, Heidelberg / Johann Wilhelm Brummer, Ladenburg / Gasthaus Goldener Hirsch, Ladenburg / Axel Schulz, Ladenburg / Holzwerker Hornung GmbH, Ladenburg / Ingrid Wagner, Ladenburg / Teekessel, Schriesheim / Umwelt Direkt, Schriesheim / Volkmar Glaz, Neckargemünd / Uwe Eisenlohr, Heidelberg / Schreinerei Allerhand, Edingen / Schreinerei Appel & Hutwagner, Zotzenbach / AMOG, Darmstadt / MEIER · Stadtmagazin, Mannheim / Linde Hollinger, Ladenburg / ERDA Gartenservice, Ladenburg / Steuerberatungsbüro, Speyer / CONTRASTE e.V., Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Das Frankfurter ID-Archiv wurde ja noch gewissermaßen gerettet, aber eben nach Amsterdam – dieser kindische AnarchistInnenstreit in Münster kann durchaus Folgen haben, die man Brain-drain nennen muß. Und ich wage zu behaupten, daß die Stadtblättersammlung des ID-Archivs kalter Kaffee ist gegen dieses Ökoarchiv.

IM HARZ

Ach, es fällt mir schwer, immer streng beim Thema der Überschrift zu bleiben, durchs Land zu reisen und nur über die ökologische Umgestaltung nachzudenken. Wenn die niedrige Abendsonne so hell in den Kiefernwald hineinleuchtet, dann setzt sich dieses rötliche Glühen der Stämme im Geiste fest. Andere Gedanken, andere Mitteilungen drängen herein. Am Waldrand blühen jetzt die Schneeballsträucher, weiße Blütenscheiben umkränzt von einem Ring besonders leuchtender, weißer und größerer Blütchen. Wie ein angehängter Kleidersaum gibt es den Blütenständen etwas ornamentales, oder, um es unbefangener auszudrücken, etwas spielerisch tänzerisches. Oben im Harz blüht alles einige Wochen später. Man findet noch Lerchensporn und Buschwindröschen. Ein Eichelhäher warnt vor dem Nahen eines Menschen. Ja, was habe ich eigentlich hier zu suchen? Flüchtende Tiere sind einem wie ein Vorwurf! Aber die sanft von der Sonne überstrahlten Höhen erwecken ein Gefühl der Zugehörigkeit, ein Gefühl der Bereitschaft, sich einzugliedern in das große Ganze dieser Welt.

Indes führt der Weg um einen Hang herum. Dahinter liegt ein Tal und von daher klingt der geschäftige Lärm eines Metallbetriebes herauf. Es ist alles dieselbe eine Welt. Ich mag sie nicht anklagen, die den Maschinenkult im letzten Jahrhundert erfunden haben. Heute finden wir sie ebenso wie Napoleon im Museum, grandiose Ideen, gut für eine kurze Epoche. Statt zu klagen vorwärts gehen, andere ermutigen und so handeln, daß meine Kinder ein lebenswertes Land vorfinden.

Aber wie ermutige ich Dierk, der seinen Sohn und seine Frau bei einem grausamen Unfall verloren hat? Welche folgenschweren Ereignisse bilden oft den Untergrund für unsere Leidenschaften und unser Handeln? Früher stand er der Hippie-HaschischKultur nahe und hatte den Kopf immer voller Ideen, wie das Leben der Menschen in ökologischer Hinsicht verbessert werden könnte. Nach dem Unfall war er überzeugt, daß er selber auch nicht weiter leben dürfe und legte Hand an sich. Mit der Zeit reifte in ihm dann die Erkenntnis, daß er kein Recht hat Leben zu zerstören, das er selbst nicht geschaffen hat. So begann er in seiner Zurückgezogenheit eine ökologische Datenbank aufzubauen, korrespondierte zu diesem Zweck mit Ministerien und Chemiefirmen und reiste zu Instituten. Er ist abgemagert. Sein Zimmer ist ein Wust Papier, aus dem hier und dort Computer und Peripherie hervorragen. Er hat es nicht nötig aufzuräumen, Chaos ist sein Lebensgefühl. Er verzehrt sich sichtlich. Und dabei bemüht er sich, in eine ganz andere Art von Desinformation Klarheit und Aufklärung zu bringen. Man wird sehen, ob dieses Projekt in einem künftigen Netzwerk von Ökodatenbanken dabei sein wird.

GESUND UND RUND

Irgendwo abseits gibt es hier auch ein spirituelles Tagungshaus. Auf einer Wanderung begegne ich einem schwitzenden Häufchen EsoterikerInnen die – fastenwandern! Was heißt EsoterikerInnen? Eine rundliche Frau aus der Pfalz hat ein Kreuz auf der Brust und den lieben Jesus dauernd im Mund. Sie wirkt etwas stürmisch, und die leichte Kleidung kontrastiert mit ihren gesitteten Reden. Ein anderer wirkt irgendwie anthroposophisch steif, er hat zwar keinen grünen Lodenmantel, wie es sonst zur anthroposophischen Tracht gehört, aber Hemd und Hose sind genauso gekünstelt einfach und bestimmt teuer gewesen. Meine liebe Lederhose für 10 Mark vom Flohmarkt sieht manchem vielleicht auch arg bayerisch aus, naja. Jener »Anthroposoph« gibt der rundlichen Dame immer Widerworte, aber Jesus Christus ist auch sein Lieblingsthema. Dazwischen gibt es Freudsche Redensarten und C.G.Jungsche Symbolik, ein bißchen Übersinnliches, und so reden alle durcheinander. Also doch Esoterik! Interessant ist es, als Zaungast die Gruppe zu begleiten und die seltsame Euphorie der Fastenden zu beobachten.

Die Leiterin hat mal eine Fastenwanderung bei Christoph Michel mitgemacht. C. Michel ist der Erfinder dieser neuartigen Bewegung, die den Natur-Gourmets wieder helfen soll, ihre Pfunde loszuwerden. Die Fastenleiterin macht auch Workshops für Modeschmuck. Sie nennt das, Steine mit den besten Schwingungen für sich selbst herausfinden und hat dafür eine astrologische Tabelle. Des weiteren kennt sie sich in Biorythmik aus, noch ein Thema für ihre Workshops. Das ist eben ihre Arbeit und davon lebt sie. Fasten – Natur – Selbsterfahrung wird hier versprochen und die ganz natürlicherweise spürbare Erleichterung, wenn der Darm mal nicht vollgestopft ist, wird bereits euphorisch als Selbsterfahrung gedeutet.

Daheim betreiben die meisten wahrscheinlich das Müsli Essen als Psychotherapie. Und da im Bioladen an der Kasse immer die Leckerlies aus Honig und Schokolade stehen, bekommen sie auch gleich das richtige Maß an Verführung mit. Das ist alles sehr widersinnig! Ärzte behaupten, Naturkost oder auch Rohkost sei eine Therapie, andere Ärzte therapieren mit Fasten. Und es gibt ja wirklich einleuchtende Gründe dafür, daß unsere Ernährung die Ursache sowohl individuellen, als auch gesellschaftlichen Leides ist. Aber warum wird die gesunde Esserei dann so egoistisch und macht fett? Warum hält die Fasteneuphorie nicht an und bewirkt tatsächlich eine nachhaltige Erneuerung unserer Lebensgewohnheiten? Gandhi hat das Fasten und die Askese gepredigt. Aber warum sind Asketen so vernarrt in ihre Ideen und ihre eigene Selbstvervollkommnung? Gandhi hat dem indischen Subkontinent nicht den Frieden gebracht. Seine asketische Unduldsamkeit ist das Vorbild für heutige Religions- und Revolutionsführer. Die asketische Selbstgerechtigkeit aber ist das Schlimmste, und die kann man schon an jenen studieren, die nur drei Tage fasten. Deshalb entferne ich mich nach einigen Stunden von der Wandergruppe, suche einen Rastplatz und packe mein Brot, das Obst und die Flasche Wasser aus. ●

GENOSSENSCHAFTSVERBÄNDE

Unkontrollierte Funktionäre als Interessensvertreter einer demokratischen Unternehmensform?

»Wer prüft die Prüfer«, mit diesem spektakulären Titel machte schon die Wirtschaftswoche vom 24.7.1987 auf ein der Öffentlichkeit wenig bekanntes Problem aufmerksam: die Kontrolle der Kontrolleure. Die damit angesprochene Aufgabe – eine kritische Analyse des organisatorischen Überbaus der Genossenschaften steckt noch in den Anfängen.

Burghard Flieger/Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ●
Innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes ist der auf der Ebene der Primärgenossenschaften zu beobachtende Trend zur Oligarchisierung und Managerdominanz weit fortgeschritten. Dieser seit langem zu beobachtende Trend setzt sich auch auf Verbandsebene fort: Mit dem Zusammenschluß der bis dahin bestehenden Spitzenverbände »Deutscher Genossenschaftsverband« (Schulze-Delitzsch) und »Deutscher Raiffeisenverband« im Jahre 1972 beginnt die bis heute noch nicht abgeschlossene Fusionierung der Regionalverbände von ehemals 20 auf gegenwärtig 12 in den alten Bundesländern. Weitere Zusammenlegungen bereits fusionierter Verbände sind in die Wege geleitet, so die des Rheinischen mit dem Westfälischen Verband.

Ganz im Gegensatz zum hochgehaltenen genossenschaftlichen Demokratieprinzip funktioniert die Basiskontrolle der Verbände oft weit schlechter als bei manchem, gerne auch als »konzernkapitalistisch« bezeichneten Unternehmensverband: Zum ersten hat die Abwanderungsdrohung durch Mitgliedsgenossenschaften kaum Überzeugungskraft. So heißt es im Kooperationsvertrag von DGV/DRV:

»Auf Regionalebene bilden alle gewerblichen und ländlichen Genossenschaften der jeweiligen Verbandsbezirke einen Prüfungsverband mit der Rechtsform des eingetragenen Vereins ...«.

Eine austrittswillige Genossenschaft muß einen anderen Prüfverband suchen, um ihren Rechtsstatus erhalten zu können. Wegen des qua Kooperationsvertrag festgelegten Regionalmonopols (sowie der Branchenmonopole der bundesweit tätigen) und der engen Bindungen der Verbände über ihre Spitzen (und den Dachverband DGRV) ist ein Ausscheren aus dem aufgenötigten Korsett höchst unrealistisch. Näher liegt dann die Umwandlung in eine andere Rechtsform, wie hier zu sehen eventuell auch einmal Resultat mangelnder Pluralität im Verbandswesen.

Neben der auseinanderdriftenden Interessenlagen der fusionsbedingt wachsenden Mitgliedergruppen trägt insbesondere das Bewußtsein, immer weniger Mitentscheider zu sein, zu nachlassender Beteiligung an der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Verbandes bei. Auf den Verbandstagungen / Mitgliederversammlungen, die trotz aufwendigen Beiprogramm sinkende TeilnehmerInnenzahlen aufweisen, zeigt sich eine zunehmende Passivität der Mitglieder, abnehmende Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitverantwortung sowie mangelnde Beteiligung an genossenschaftlichen Fragen und Problemen.

Verbandsfunktionäre ohne demokratische Legitimation

Eine Zuspitzung erhält die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Verbände mit der demokratischen Qualität der verbandlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Wird der unmittelbare Einfluß des Verbandsmitgliedes als eigentlicher Träger auf die Zielbildung überhaupt wirksam? Eine wissenschaftliche Arbeit von Luxem aus dem Jahre 1990 zu den Prüfungsverbänden des DGRV-Bereiches beschäftigt sich als erste umfassend und aktuell mit dieser Fragestellung.

Bemerkenswert ist das untersuchte Kooptationsverfahren der Verbände für ihre Verbandsausschüsse. Diese sollen – vergleichbar dem genossenschaftlichen Aufsichtsrat – den Verbandsvorstand kontrollieren. Der von der Mitgliederversammlung gewählte Verbandsausschuß beruft weitere, zahlenmäßig durch die Satzung festgelegte Mitglieder in dieses Gremium. Das Zahlenverhältnis reicht dabei von 25:3 bis 44:12. Damit werden die Mitgliederrechte bei der Besetzung der Organe erheblich eingeschränkt. Da dem Vorstand bei der Kooptation ein Mitspracherecht zusteht, hat der zu Kontrollierende die Möglichkeit, seine Kontrolleure mitzubestimmen.

Ob die Verbände, den Wert von Stabilität offenbar hoch schätzend, ein ähnliches Vorgehen bei der Besetzung der Aufsichtsräte in den Primärgenossenschaften unterstützen würden? Wird der Anspruch auf genossenschaftliche Partizipation ernst genommen, liegt die Schlußfolgerung des Schweizer Genossenschaftswissenschaftler Blümle nahe: »Kooptation widerspricht demokratischer Willensbildung. Solche Regelungen in einer Kooperation der Kooperative sollten ersatzlos aus den Satzungen gestrichen werden.« In Verbindung mit der Pflichtprüfung und der Zwangsmitgliedschaft kommt es ansonsten zu einer äußerst problematischen Machtverschiebung von den Trägern des Verbandes zu dessen professioneller Spitze.

Entsprechend betont Luxem: »Diese zunehmend stärker werdende Machtposition versetzt die Verbandsmanager in die Lage, bei der Zielfindung innerhalb des Verbandsbetriebes zu dominieren und in zunehmendem Maße eigene Ziele, wie persönliche Macht, Prestige und Markterfolg, durchzusetzen und zu verfolgen. Für die Mitglieder führt dies dazu, daß ihre Interessen nicht mehr im Mittelpunkt aller genossenschaftlichen Aktivitäten stehen und es zu einer kontinuierlichen Verdrängung des Mitgliederwillens kommt.«

Trennung von Prüfung und Interessensvertretung

Die Verträglichkeit gleichzeitiger Ausübung von Muß- und Kann-Aufgaben stößt zunehmend auf Zweifel, verschärft durch die zu beobachtende Machtverschiebung an den Spitzen der Verbände. Dies gilt zunächst für die Durchführung der Pflichtprüfung und die Ausübung der Lobbytätigkeit durch denselben Verband. Wulz / Weber wiesen schon 1985 darauf hin, daß die Revison gegen die Bestimmungen von 49 der Wirtschaftsprüferordnung verstößt, »wenn (sie) die dem Verband übertragenen Funktionen als Interessenverband mit denen des unabhängigen, unbefangenen Wirtschaftsprüfers verbindet«.

Dennoch räumen die Neufassungen des verbandsseitig maßgeblich mitgeprägten Genossenschafts- und des Kreditwesengesetzes den Prüfungsverbänden erhebliche neue Einflußmöglichkeiten ein. Sie wirken damit an der gesetzlichen Zuschneidung ihres eigenen Prüfungsauftrages mit. Ein Übermaß an Selektions- und Sanktionsmitteln kaum noch kontrollierter Verbände stellt den Selbstverwaltungscharakter der einzelnen Genossenschaft und den Demokratiegehalt des genossenschaftlichen Verbundes in Frage.

Analog wird auch die Kopplung von Prüfung und Beratung kritisiert. Während der vertraglich gebundene Berater seinen Leistungsumfang mit dem Kunden aushandeln muß, kann der hoheitlich tätige Prüfer diesen qua Position selbst definieren. Die Bemessung der Tagewerke für die Pflichtprüfungen erscheint besonders neugründenden Genossenschaften willkürlich und nicht nachvollziehbar. Der Nutzen für die Genossenschaft wird nicht transparent. Dem wird von Verbandsseite entgegengehalten, daß Beratung, Betreuung und Interessenwahrnehmung sich als sinnvolle Ergänzung zur Prüfungstätigkeit herauskristallisiert hätten. Eine Trennung führe zur Leistungsminderung.

Es besteht also ein Dilemma: Wird die Pflichtprüfung nicht beratend genutzt (was in der Praxis gegenwärtig allerdings sehr häufig der Fall ist), verpuffen immense Möglichkeiten und Chancen für Lernprozesse. Mündet sie hingegen in eine intensive Beratung mit hohem Engagement des Prüfers ein, sind Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit der Prüfung bedroht.

Das Bilanzrichtlinien-Gesetz von 1985 untersagt die Identität zwischen denjenigen, die die Prüfung einer Genossenschaft durchführen, und denen, die von Verbandsseite beraten und für sie planen. Dies hat bereits eine klare Trennung in Verbandsdirektor (Interessenwahrnehmung) und Prüfungsdirektor (Pflichtprüfung) samt der zugeordneten Abteilungen erforderlich gemacht; weitere Schritte in die gleiche Richtung liegen daher nahe.

Freiwillige Mitgliedschaft beim Lobbyverband

Zur Abhilfe gegen diese Interessenkollision und drohende Unglaubwürdigkeit des Genossenschaftssektors gibt es verschiedene Vorschläge:

- Die Genossenschaftsverbände sollen – wie zu ihrer Entstehungszeit – wieder reine Interessenverbände werden. Die General- bzw. VertreterInnenversammlung der Genossenschaft bestimmt den Abschlußprüfer wie im Aktienrecht.
- Aufteilung der Muß-Aufgabe Prüfung einerseits und der Kann-Aufgaben andererseits auf zwei Verbände, wobei die Mitgliedschaft im Beratungs- und Interessenvertretungsverband freiwillig ist.

Dennoch ist keiner dieser Vorschläge ohne Ambivalenzen und unerwünschte Nebeneffekte. So wird vor allem gegenüber dem ersten Vorschlag argumentiert, er fördere die Tendenz zur Auswahl »lässiger« Wirtschaftsprüfer, zu Gefälligkeitsprüfungen oder gar indirekten Bestechungen. Angesichts eines funktionierenden freien Wirtschaftsprüfungswesens erscheinen diese Einwände jedoch wenig plausibel.

Insgesamt erweist sich der Handlungsbedarf als groß, wenn dem Auseinanderdriften von Verfassungsnorm der Verbände und ihrer Verfassungswirklichkeit begegnet werden soll. Denn setzen sich die von Luxem aufgezeigten Veränderungen im Willensbildungsprozeß der Genossenschaftsverbände fort, wie sehen diese Gebilde dann in 20 oder 30 Jahren aus? Wer entscheidet mit welcher Berechtigung? Wer kontrolliert die Funktionäre, die ohne ausreichende demokratische Legitimation in der Öffentlichkeit als Interessensvertreter einer demokratischen Unternehmensform auftreten? ●

Informationszeitschrift der Kampagne
„Produzieren für das Leben
- Rüstungsexporte stoppen!"

EntRüsten

Informationen und Hintergrundberichte zu
- Rüstungsproduktion, -export, -konversion
- Militarisierung in der „Dritten Welt"
- Rüstungsfirmen
- Aktionen gegen das „Geschäft mit dem Tod" und für eine andere Politik

EntRüsten
können Sie abonnieren
(5 Ausgaben für 25,- DM/Jahr) beim

Büro der Kampagne
Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein/Taunus
Telefon 06126/55683, Telefax 06126/54660

Hier können Sie auch ein kostenloses Probe-Exemplar von *EntRüsten* anfordern!

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Produktivgenossenschaftskomplex Mondragón

Neue Dias für den Medieneinsatz

Der Produktivgenossenschaftskomplex von Mondragón im spanischen Baskenland genießt einen schon fast mystifizierten Ruf. Zu recht, nirgendwo sonst gibt es einen so erfolgreichen Verbund industrieller Genossenschaften. Als Information darüber kann für 50,– DM eine Diashow ausgeliehen werden. Aufhänger ist eine Reise des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK durch das Baskenland und durch Katalonien. Aufgezeigt werden Strukturen sowie politische und auch nicht politische Hintergründe der dortigen Genossenschaften. Um die 200 Dias zu zeigen, müssen zwei Diaprojektoren (üblicher Doppelprojektor) eingesetzt werden. Eine Tonkasette erläutert die Bilder und Zusammenhänge. Genauere Informationen dazu sind erhältlich beim:
Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Rathausgasse 22-24, 5300 Bonn, ☎ (02 28) 65 17 31.

MobileCommunikation eG, Wupptertal

Kundenbindung durch gemeinsames Erscheinungsbild?

Rund vierzig FunkfachhändlerInnen in der Bundesrepublik haben sich bisher der Einkaufsgenossenschaft moCom mit Sitz in Wuppertal angeschlossen. Schwerpunkt der derzeitigen Lieferpalette sind Auto- und Mobiltelefone. Als herstellerInnenunabhängige Einkaufsorganisation bietet die moCom ihren Mitgliedern Unterstützung bei der Erarbeitung von Marketing- und Werbekonzepten, betriebswirtschaftliche Beratung, Vorbereitung und Betreuung von Ausstellungen und Messen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an. Ziel ist letztlich, durch Entwicklung eines gemeinsamen »Corporate Design« der Läden eine klare Wiedererkennbarkeit für mögliche Kunden in verschiedenen Städten anzubieten.

Einkaufsgenossenschaft des lederverarbeitenden Handwerks, Halle

Wendeflaute überstanden

Die 1907 in Halle / Salle gegründete Einkaufs- und Liefergenossenschaft des lederverarbeitenden Handwerks, kurz EGL genannt, liefert als einzige im südlichen Sachsen-Anhalt, was Handwerk und Handel dieser Branche benötigt. Vom Leder in reicher Auswahl über Schuhsohlen bis zu Ösen, Schnürsenkel oder Schuhcreme türmt sich die Ware im Geschäft neben dem Geburtshaus von Georg Friedrich Händel. Die Flaute nach der Wende hat die Genossenschaft mittlerweile gut überstanden. Nun steht neben einer Erweiterung des Sortiments eine Sanierung des Hauses auf dem Programm. Kontakt: Einkaufs- und Liefergenossenschaft des lederverarbeitenden Handwerks – EGL, Kleine Klausstr. 14, O-4010 Halle/Saale.

Ökobank eG, Frankfurt

Projektsparbriefe für die gepa

Eine Möglichkeit fairen Handel bzw. Dritte-Welt-Arbeit zu unterstützen, bietet jetzt die Ökobank mit drei neuen Projektsparbriefen an. Sie werden als gepa-Projektaufbau, gepa-Produktions- und Handelsförderung und gepa-Warenfinanzierung unterschieden. Die Ökobank übernimmt dabei die Aufgabe einer Sammelstelle. Sie überprüft die Kreditfähigkeit des Gesamtprojektes – hier also der gepa – errechnet den Zinssatz und kontrolliert die Rückzahlung des Kredites. Die gepa selbst übernimmt die Verantwortung für die Weitergabe der Gelder und überprüft in eine Art ProjektpartnerInnenausschuß die Entwicklung der PartnerInnenprojekte, die mit Hilfe der Sparbriefe unterstützt werden. Anfragen könnten gerichtet werden an die Ökobank eG, Postfach 101739, 6000 Frankfurt a.M. 1.

Landwirtschaftliche Genossenschaften in Italien

Reisende Hochschule legt Bericht vor

In einem Forschungsbericht des Forschungs-Lernprojektes »LPG – was nun?« hat das Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover unter Leitung von Prof. Michael Vester erfahrungsreiche Materialien zum Thema Agrargenossenschaften vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse des beim Bundeslandwirtschaftsministerium gedruckten 200-seitigen Bandes sind laut Dietrich Haensch, Beteiligter an den Erkundungen:

1) In Italien gab und gibt es über 200 funktionierende Agrar-Produktivgenossenschaften mit im Durchschnitt etwa 250 ha LN. 1991 wurden mehr als 300 Betriebe dieser Art gezählt, darunter viele Neugründungen.

2) Die meisten italienischen Agrar-Produktivgenossenschaften haben sich unter dem Druck des Strukturwandels als reformfähig und anpassungsbereit gezeigt. Die oft betonten inneren Widersprüche erwiesen sich durch neue Formen des genossenschaftlichen Management als beherrschbar.

3) Die Agrarkooperativen sind nationalweit und über alle Branchen vernetzt, bis in die Bereiche von Wissenschaft, Politik und Kirche. Neben linksgerichteten Kooperativen existieren christdemokratische und unpolitische in friedlicher Koexistenz unter Konkurrenzbedingungen.

4) Behauptungen westdeutscher AgrarökonomenInnen und -politikerInnen, es gäbe keine nennenswerten Beispiele erfolgreicher Produktivgenossenschaften im Landwirtschaftssektor sind ebenso falsch wie die Aussage, in Italien seien Agrargenossenschaften ausschließlich in der Vermarktung tätig.

Produktivgenossenschaftlicher Spitzenverband

Arbeitsgemeinschaft Mitunternehmer bereitet Verbandsgründung vor

In Dessau wurde am 12.8.1992 die Zusammenarbeit verschiedener Verbände und Vereinigungen in der »Arbeitsgemeinschaft Mitunternehmer« beschlossen. Ziel ist es, eine Art Spitzenverband zu gründen. Federführend engagiert sich dabei der vdp, der Verband Deutscher Produktivgenossenschaften. Beteiligt sind u.a. auch der Fachprüfverband für Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt (FPV) und der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn. Ausgangspunkt ist die vergleichsweise hohe Zahl von Unternehmen in den neuen Bundesländern, die eine breite Eigentumsstreuung zugunsten der Beschäftigten aufweisen. Sie haben produktivgenossenschaftliche Strukturen, werden aber in anderen Rechtsformen als die der Genossenschaft geführt. Um diese unter einem gemeisamen Dach vertreten zu können, erscheint der Name Mitunternehmerverband Deutschlands e.V. (MUD) geeignet. Als MitunternehmerIn wird derjenige/diejenige bezeichnet, der/die eine »tätige und/oder existenzsichernde Beteiligung« an einem Unternehmen hält. Genauere Informationen sind erhältlich beim vdp, Kurt-Weill-Str. 31, 0-4500 Dessau.

Zielgruppenkonzentrierte Seminarprogramme

Die Zeit der neuen Seminarprogramme (1992/93) ist – wie jedes Jahr nach der Sommerpause – wieder da. Neben verschiedenen Bildungswerken und Tagungshäusern sind verschiedene Verbände aus dem Selbstverwaltungsbereich dazu übergegangen, eigene Seminarprogramme zu erstellen. Ziel ist es, den eigenen und potentiellen Mitglieder zugespitzte Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten. Beispiele dafür sind der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V., transfer als Zusammenschluß von selbstverwalteten Druckereien und das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation. Mitglieder bekommen deren Programme automatisch zugeschickt, Nichtmitglieder können sie unter den folgenden Adressen anfordern:

- Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/6121870.
- NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Börnestr. 10, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/1649583.
- transfer, Kooperation selbstverwalteter grafischer Betriebe e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel.: 030\6116803

ERINNERUNG AN EINE SELBSTHILFEAKTION GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Schwundgeld – nichts als Schwund ?

Vor genau 60 Jahren führte die kleine Tiroler Landgemeinde Wörgl eine eigene Währung ein. Dieses Kuriosum wurde initiiert von ihrem sozialdemokratischen Bürgermeister Michael Unterguggenberger. Er hielt nichts von Marx, wohl aber viel von dem »obskuren« Geldanarchisten Silvio Gesell. Er war der Überzeugung, daß nur mit dem »Schwundgeld« dieses ehemaligen Volksbeauftragten der Münchner Räterepublik die hohe Arbeitslosigkeit in Wörgl zu überwinden war.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Radi K. Linsky, Redaktion Heidelberg ● Damals herrschte die große Weltwirtschaftskrise, ausgelöst durch den Börsenkrach in der Wall Street an jenem berüchtigten »Schwarzen Freitag« im Oktober 1929. Die US-Banken kündigten flugs ihre Auslandskredite, was vor allem die deutsche und österreichische Wirtschaft in große Schwierigkeiten brachte. Das Geld wurde knapp, die Preise und Gewinne fielen, und wegen des zunehmenden Geschäftsrisikos stiegen die Zinsen. Das machte es für die Unternehmer unwirtschaftlich, Geld zu leihen, was die Nachfrage nach Investitionsgütern reduzierte und den Geldmangel verschärfte. Für die großen Geldbesitzer hingegen war es vorteilhaft, das deflationistische Geld zu horten, um von seiner wachsenden Kaufkraft zu profitieren. Es stand immer weniger Geld als Nachfragemittel zur Verfügung und trotz großen Bedarfs konnten immer weniger Waren abgesetzt werden. Die Produktion wurde eingeschränkt, viele Unternehmen machten Verluste und gingen pleite. ArbeiterInnen wurden entlassen.

JournalistInnen berichteten über das »Wunder von Wörgl«

Viele JournalistInnen der in- und ausländischen Presse – z.B. Alex von Muralt von »Ständisches Leben« und Claude Bourdet von der Pariser »L'Illustration« – berichteten über das »Wunder von Wörgl«. Es kamen Anfragen aus USA und England, aus der Schweiz und Türkei, von Zionisten aus Palästina, und Wörgl wurde zum »Wallfahrtsort« selbstorganisierter Konjunkturpolitik. Aus aller Welt kamen Menschen, um diese BürgerInneninitiative selbst in Augenschein zu nehmen, unter anderem der ehemalige französische Ministerpräsident Daladier. Er hatte 1923 die Sowjetunion besucht und die dortige Planwirtschaft verworfen. Ganz anders sprach er über das Wörgler Geldsystem. Er wollte es in seiner Heimatstadt einführen, »wenn sie einer solch erschreckenden Krise wie in Wörgl preisgegeben sein sollte«, erklärte er auf dem Kongreß der Radikalsozialisten am 15.4.1935.

Auch in der 4.216-Seelen-Gemeinde Wörgl waren fast 400 Menschen arbeitslos. Und wie heute blieben auch damals die Regierungen und Zentralbanken untätig. Also griff die Gemeinde von Wörgl zur Selbsthilfe. Einstimmig beschloß der Gemeinderat, dem Geldmangel durch ein eigenes Geld abzuhelfen. Er ließ eigene Zahlungsmittel im Gesamtwert von 32.000 Schilling drucken: die »Arbeitsbestätigungen«. Zur Sicherheit hinterlegte die Gemeinde die gleiche Summe in Notenbankgeld bei der örtlichen Raiffeisenkasse. Um ihr eigenes Geld in Umlauf zu bringen, bezahlte sie die Löhne ihrer GemeindearbeiterInnen mit diesen Arbeitswertscheinen. Mit den Wörgler Geschäftsleuten war vereinbart worden, daß sie sie als Zahlungsmittel annehmen und gegen einen geringen Abschlag gegen Schillinge einlösen können.

Dieses Gemeindegeld kompensierte den durch die Deflationskrise bedingten Mangel an Staatsgeld. Die Geschäftsleute konnten wieder mehr verkaufen, Gewinne machen und mit den Arbeitsbestätigungen ihre Steuerschulden bei der Gemeinde begleichen. Die Gemeinde hatte wieder Einnahmen, um ihre eigenen Schulden und öffentlichen Arbeiten bezahlen zu können. Sie ließ die heruntergekommenen Straßen von Wörgl instandsetzen, die Straßenbeleuchtung modernisieren, ein Brükke, eine Skisprungschanze, ein Waschhaus und Kanalisationen bauen, das Rathaus renovieren, die Notstandsküche vergrößern usw.

Bald wurde dieses staatsfreie Geld nicht nur von allen BürgerInnen Wörgls, sondern auch von den Menschen in den umliegenden Gemeinden als Tauschmittel akzeptiert. Das Geschäftsleben blühte auf, und während die Arbeitslosenzahl im gesamten Österreich in dem einen Jahr dieses Geldexperiments – von August 1932 bis August 1933 – um fast 9% stieg, fiel sie in Wörgl um 25%!

Daß dieses Experiment überhaupt funktionierte und die Arbeitswertscheine nicht ebenfalls in Horten verschwanden, lag in einem kleinen technischen Trick: sie wurden mit einer Hortungsstrafgebühr belastet. Die InhaberInnen der Scheine mußten diese monatlich mit einer Gebührenmarke bekleben, die sie im Gemeindeamt und bei der örtlichen Sparkasse kaufen konnten. Wenn ein Schein nicht regelmäßig mit einer Marke im Werte von einem Hunderstel seines Nennwertes beklebt wurde, verlor er monatlich ein bzw. jährlich zwölf Prozent seines Wertes. Während also der Schilling im Laufe der Zeit durch den allgemeinen Preisverfall an Kaufkraft gewann, verlor der Arbeitswertschein an Kaufkraft, wenn er nicht mit den Gebührenmarken versehen wurde. Der Kauf der Marken wiederum stabilsierte zwar die Kaufkraft des Scheines in Höhe seines Nennwertes, belastete jedoch seine/n BesitzerIn mit dem Kaufpreis der Marken. Der Erlös floß in die Armenkasse.

Diese »Durchhaltekosten« (J.M. Keynes) für die »Kassenhaltung« der Arbeitswertscheine bewirkten das Gegenteil von dem, wozu das deflationistische Zentralbankgeld anregte. Während reiche Währungsspekulanten geneigt waren, deflationistisches Geld gewinnbringend zu horten, war der/die BesitzerIn der mit einem »Schwund« (Gesell) belasteten Arbeitsbestätigungen daran interessiert, sie baldmöglichst loszuwerden. Er/Sie konnte unverzüglich etwas für sie kaufen oder sie anderen leihen, was langfristig den Kreditzins drücken und die Investitionstätigkeit anregen würde, oder er konnte mit ihnen seine Steuerschulden bei der Gemeinde begleichen.

Das »Geld unter Umlaufzwang« machte Schule

Hinter dieser Methode steht ein für MarxistInnen unbegreifliche, aber bereits von Marxens Erzfeind P.J. Proudhon entdeckter Zusammenhang: Wenn plötzlich größere Geldmengen der Zirkulation entzogen werden, bleiben gleichzeitig entsprechende Mengen an Produkten liegen. Das führt, wie 1929, zu einer allgemeinen Konjunkturkrise. Wird jedoch das verdiente Geld umgehend wieder ausgegeben, für den Konsum oder zu Investitionszwekken, dann werden alle produzierten Güter auch umgehend wieder abgesetzt. Der Wirtschaftskreislauf bleibt geschlossen, Konjunkturkrisen und Arbeitslosigkeit sind ausgeschlossen. Dieses Wörgler »Geld unter Umlaufzwang« machte Schule. Das Nachbardorf Kitzbühel führte ebenfalls Schwundgeld ein. Dasselbe beschlossen auch die Tiroler Gemeinden Hopfengarten-Markt und -Land, Brixen und Westendorf mit zusammen 16.000 Menschen. Sogar in den USA gab es eine Reihe Schwundgeld-Experimente, und vor dem Wörgler Geldexperiment, 1926/27, wurde bereits ein erfolgreicher Versuch in Schwanenkirchen im Bayerischen Wald unternommen. Dort wurde mit einem Schwundgeldkredit ein stillgelegtes Bergwerk wieder in Betrieb genommen. Auch dort versuchten andere Gemeinden diesem Beispiel zu folgen. Nachzügler, bereits zur zeit unseres inflationistischen Geldes, gab es in zwei französischen Gemeinden, 1956-58 in Lignières-en-Berry und 1958 in Marans und 1959/60 in Brasilien, in der damals 600.000 EinwohnerInnen zählenden Hauptstadt der Provinz Rio Grande do Sul, Porto Alegre.

Außer in den USA, wo zu hohe Umlaufgebühren verlangt worden waren, und in Marans, wo den Bauern und Bäuerinnen, ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen die Gebühren erlassen worden waren, waren diese Versuche erfolgreich. Wie es in Porto Alegre weiterging, konnte ich nicht erfahren. In Deutschland und Österreich wurden die Schwundgeld-Experimente auf Druck der Zentralbanken von den »demokratischen« Regierungen, in Frankreich von de Gaulle, verboten. In der Schweiz existiert immer noch eine Tauschbank, die noch lange Zeit mit einem Geld mit Durchhaltekosten arbeitete, die »WIR-Wirtschaftsring-Genossenschaft«. Dieser Barterclub mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten hatte 1984, an seinem 50jährigen Jubiläum, 31.000 Konten mit einem Umsatz von 523 Millionen Franken.

Eine ähnliche Synthese von Proudhonscher Tauschbank und Gesellschem Schwundgeld hat J.M. Keynes bei der Gründung der IWF und Weltbank auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944 mit seinem Konzept einer »Internationalen Clearing-Union« vorgeschlagen. Er wollte eine Tauschzentrale einrichten, die den internationalen Handel erleichtern und Verschuldungsproblemen vorbeugen sollte. Dafür hätten alle Mitgliedsstaaten eine bestimmte Summe in einen Fonds einzahlen müssen, aus dem die Transaktionen und Kredite bezahlt werden sollten. Als Verrechnungseinheit sollte nicht ein nationales, Zins erpressendes Geld wie heute der Dollar, sondern ein eigenständiges Zahlungsmittel dienen: der Bancor. In Keynes System wären jedoch nicht nur die Überziehungskredite mit 1% bis 2% Zins, sondern auch die Guthaben mit einer Abgabe belastet worden: mit einem negativen Zins von 1 bis 2%! Dadurch sollten die reichen Länder veranlaßt werden, ihre Handelsbilanzüberschüsse durch Importe immer wieder auszugleichen. Soweit bei ihnen Guthaben entstehen, sollten diese nicht gehortet, sondern als billige Entwicklungskredite vergeben werden. Obwohl die britische Regierung diesem Konzept zustimmte, wurde es auf Druck der US-amerikanischen Großbanken nicht verwirklicht.

Angesichts der weltweiten Konjunkturkrise und der Horrenden Zinsbelastungen der Dritten Welt dürfte dieses Konzept eines Geldes mit »negativen Zins« gerade heute wieder aktuell sein. Der Nobelpreisträger für Ökonomie, F.A. Hayek, fordert, daß den Bürgern erlaubt wird, ihre eigenen, autonomen Geldsysteme einzurichten. Dieses »Freigeld« solle als preisstabilisierende und zinsdrückende Konkurrenz zum Zentralbankgeld, das gegenwärtig mit einer Inflationsrate von über 4% und einem kreditzinstreibenden Diskontzinz von 8,75% belastet ist, fungieren.

Doch wer sollte das Monopol der staatlichen Notenbank brechen... ●

Aus: »die andere« Nr. 31/92

GELDANLAGE

GLS Gemeinschaftsbank eG

Neuer Beteiligungsfonds soll Biohöfe finanzieren

Eine ungewöhnliche Form der Geldanlage bietet ein neuer Beteiligungsfonds, den die GLS Gemeinschaftsbank eG und die Gemeinnützige Treuhandstelle e.V. aus Bochum im September der Presse vorstellten. Acht Biohöfe in Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen sollen aus dem GTS-Landwirtschaftsfonds I finanziert werden. Angestrebtes Fondsvolumen sind 1,5 Millionen DM.

Anstelle von Zinsen erhalten die ZeichnerInnen der angebotenen GTS-Landwirtschaftsbriefe eine lebenslange Beteiligung am Ertrag der ökologischen Bewirtschaftung der Höfe. Bemessungsgrundlage ist ein Doppelzentner Weizen pro gezeichnete 5.000 DM und Jahr – der Bedarf an Brotgetreide für eine Person. Albert Fink, Vorstand der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V.: »Wir wollen verdeutlichen, daß der eigentliche Ertrag der Landwirtschaft nicht in Geld besteht. Eine natur- und menschengerechte Landwirtschaft ist unsere Existenzgrundlage. Das gerät leicht aus dem Blickfeld, wenn man nur in abstrakten Geld- und Zinsbegriffen denkt.« Ein Nebeneffekt der lebnslangen Ertragsbeteiligung in Naturalien: Die jährlichen Ausschüttungen sind von der Inflationsentwicklung völlig unabhängig. Wer es wünscht, kann sich den Ertrag der Landwirtschaftsbriefe jedoch auch in geld auszahlen lassen. Dann jedoch ist der Ertrag auf 2% des gezeichneten Kapitals beschränkt.

Die grundsätzlich langfristig gedachten Beteiligungen können an Dritte verkauft oder auch gekündigt werden. Die Rückzahlung wird in diesem Fall von der Gemeinnützige Treuhandstelle e.V., die ein Bilanzvolumen von 57,3 Millionen DM aufweist, garantiert.

Mit dem jetzt vorgestellten GTS-Landwirtschaftsfonds betritt die Bochumer Gemeinschaftsbank kein Neuland: Die Gemeinnützige Treuhandstelle e.V. und die mit ihr verbundene GLS Gemeinschaftsbank eG haben für die ökologische Landwirtschaft in den letzten Jahren bereits mehr als 20 Millionen DM bereitgestellt. Neben dem GTS-Landwirtschaftsfonds bietet die nicht gewinnorientoiert arbeitende Gemeinschaftsbank eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten, sich als AnlegerIn an Ökologieprojekten zu beteiligen, auch in Form von Spareinlagen und Festgeldern.

Anschrift: Gemeinnützige Treuhandstelle e.V.
Oskar-Hoffmann-Str. 25 · W-4630 Bochum 1
☎ (02 34) 3 76 53 · Fax (02 34) 31 38 83

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 12 23.09.24 19:56

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL

Partnerprojekte für Workcamps gesucht

Eine Initiative baut ein altes Bauernhaus um und richtet dort die »Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer« ein. Eine internationale Gruppe freiwilliger HelferInnen hilft während der Sommerferien mit: Alte Dachziegel entfernen, noch verwertbares Material sortieren, eine neue Isolierung einbringen und Reparaturen durchführen, um das Dach wieder neu mit Ziegeln zu decken. Dies alles nach ökologischen Gesichtspunkten: Da können die TeilnehmerInnen nicht nur einen materiellen Beitrag für ein solches Projekt leisten, sondern auch noch viel über ökologisches Bauen lernen, sich handwerkliche Kenntnisse aneignen, die ökologischen Probleme in der niedersächsischen Region um das Steinhuder Meer kennenlernen, sich international über Kultur, über die Situation von Jugendlichen, über die Rolle von Frauen und vielen anderen Themen austauschen.

Solche und ähnliche Projekte organisiert der »Service Civil International« (SCI), eine Freiwilligenorganisation mit siebzigjähriger Tradition und antimilitaristischem und pazifistischem Hintergrund. Freiwillige Arbeiteinsätze werden im Rahmen internationaler Workcamps durchgeführt: Zumeist junge Menschen aus verschiedenen Ländern kommen für zwei bis vier Wochen zusammen, um gemeinsam zu arbeiten, zu leben und zu lernen. Ihre Arbeitskraft stellen sie während dieser Zeit einem Projekt zur Verfügung, das sie materiell und ideell unterstützen wollen. Sie leisten damit einen Beitrag zu Frieden, Völkerverständigung, sozialer Gerechtigkeit.

Für 1993 sucht der deutsche Zweig des SCI für seine über 70 Workcamps ProjektpartnerInnen, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Soll die triste Fassade einer internationalen Begegnungsstätte durch ein antirassistisches Wandbild gestaltet werden? Muß das Zentrum für Stadtteilkultur ausgebaut oder das autonome Jugendzentrum neu gestrichen werden? Wird ein biologisches Abwassersystem für die alternative Bildungsstätte gebaut? Soll die Kindertagesstätte durch ein Straßenfest unterstützt werden? Will das Frauenzentrum Verschönerungsarbeiten am Haus und im Innenhof durchführen?

Der SCI unterstützt mit internationaler Freiwilligenarbeit Initiativen, Projekte und Einrichtungen aus allen Bereichen der »Sozialen Bewegungen«: Ökologie und Frieden, Solidarität, Flüchtlings- und Ausländerarbeit, Frauen, Kinder- und Jugendarbeit, Antifaschismus und »soziale Randgruppen«. Für die Durchführung eines Workcamps muß die Idee für ein interessantes Arbeitsprojekt vorhanden sein, das von Freiwilligen mit Engagement und Interesse – aber in der Regel ohne spezifische Qualifikationen – durchgeführt werden kann. Das Projekt muß darüber hinaus eine zumindest einfache Unterkunft und die Verpflegung für die Campgruppe bereitstellen. Der SCI kann die Verpflegungs- und Programmkosten mit einem kleinen Zuschuß unterstützen.

Für Gruppen, die an einer Kooperation mit jungen Menschen/Projekten aus einem anderen Land interessiert sind, organisiert der SCI Gruppenprogramme. Hier werden besonders Projekte und Initiativen angesprochen, die mit sogenannten »benachteiligten Jugendlichen« arbeiten oder die einen speziellen Bezug für bilaterale Kooperation haben: Ein deutsch-italienisches Camp unterstützt den Umzug der Vertriebsgenossenschaft, die einen Teil ihrer Waren aus Sizilien bezieht und dort RemigrantInnen-Projekte und eine Jugendkooperative unterstützt; ein deutsch-spanisches Workcamp wird mit dem spanischen Arbeiterverein durchgeführt, der im internationalen Zentrum seine Räumlichkeiten renovieren muß; das deutsch-amerikanische Workcamp unterstützt die AKW-Bewegung und setzt sich auseinander mit dem internationalen Netzwerk der Atom-Konzerne und den Folgen des Uranabbaus und die Landnahme in Nordamerika durch die amerikanische Atomindustrie.

Ein »Projektleitfaden« hilft als erste Information und als Wegweiser bei Vorbereitung und Durchführung eines Camps. Hier finden sich nicht nur Hintergrundinformationen über den SCI, sondern auch die Bedingungen und Möglichkeiten für den Einsatz internationaler Workcamps. Interessierte Projekte können den Leitfaden und das diesjährige Sommerprogramm (als Überblick über alle SCI-Aktivitäten) kostenlos beziehen.

Bestellungen und telefonische Rückfragen bitte bei der Bundesgeschäftsstelle des SCI, Projektreferat (Monika Preuß, Ulrich Hauke), Blücherstr. 14, W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 21 20 86-7

TECHNOLOGIEBERATUNG

Zentrale Entwicklungsagentur

Vor fast drei Jahren wurde sie bei der »Neuen Arbeit Saar gGmbH« eingerichtet und steht den Trägern von Jugendbeschäftigungsprojekten im gesamten Bundesgebiet zur Verfügung.

Peter Wucherpfennig / Thomas Juncker, Redaktion Heidelberg ● Gefördert durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend in Bonn begann vor zwei Jahren die »Zentrale Entwicklungsagentur« zunächst mit der Einrichtung einer Datenbank. Ihre Aufgabe besteht u.a. darin, den Beschäftigungsprojekten und -gesellschaften Auskunft über Finanzierungsmöglichkeiten, gesetzliche Grundlagen, Adressen von Verbänden, Kammern und Behörden zu geben oder auch von anderen Projekten. Ein Organisationsprogrammierer bringt hierbei seine ganze EDV-Erfahrung ein, um alles Wissenswerte abrufbereit zur Verfügung zu stellen. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, daß jedes Bundesland seine eigenen Richtlinien hat.

Wenig später folgte die Technologiebratung. Ein Diplomingenieur und ein Diplombiologe geben technische Hilfestellungen zu akuten Problemen oder helfen bei grundsätzlichen Fragen, wie z.B. neuen Produktideen, Absatzmärkten, technischen Informationen oder Programmen zur Qualifizierung der MitarbeiterInnen. Hierbei unterstützt eine Sammlung von ca. 2.000 Produktinformationen zu technischen Anlagen und Geräten ebenso die Beratungsarbeit wie vergleichende Übersichten der Tätigkeiten anderer Projekte in allen Bundesländern.

Was sind Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetriebe?

Beschäftigungsbetriebe unterscheiden sich von normalen Betrieben primär dadurch,

- daß in diesen Betrieben die persönlichen Schwierigkeiten der MaßnahmeteilnehmerInnen, bedingt durch lange Arbeitslosigkeit, finanzielle, körperliche oder andere soziale Probleme, in der Arbeitsleistung berücksichtigt werden;
- daß sie benachteiligten Personenkreisen eine Chance zur Ausbildung, Umschulung oder Weiterbildung in einem zukunftsorientierten Arbeitsfeld bieten, wie z.B. dem Umweltschutz, dem Recycling von Wertstoffen oder der solaren Energietechnik;
- daß die TeilnehmerInnen nach einer solchen Qualifizierungsmaßnahme in normale Betriebe vermittelt werden sollen;
- daß sie einer gemeinnützigen Zielsetzung unterliegen;
- daß diese Betriebe nicht in dem Maße in Konkurrenz zu normalen Betrieben auf dem Markt auftreten dürfen, sondern nur so weit, wie es zur Verfolgung ihrer Zielsetzung notwenig ist.

Beschäftigungsbetriebe werden häufig als »gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung« geführt (gGmbH) und treten oft als Träger vieler einzelner Beschäftigungsprojekte auf. Die »Neue Arbeit Saar« zum Beispiel bindet in über zehn Qualifizierungsprojekten mehr als 400 MitarbeiterInnen unter ihrem Dach.

Umwelttechnik als Qualifizierungsmaßnahme...

Während in den Anfängen dieser, seit der Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren eingeführten Maßnahme, die Beschäftigungsprojekte in erster Linie ihre MitarbeiterInnen »nur beschäftigten«, heißt heute die Devise »qualifizieren«. Die MitarbeiterInnen, oft umgelernt, sollen also etwas lernen und dieses möglichst in einem Berufsfeld, das auch in zehn Jahren noch gefragt ist. Kein Wunder also, daß Recycling Und Umwelttechnik zu einem wichtigen Thema wurden. So gibt es bereits Betriebe, die mit mehr als 100 Personen einen Recyclinghof betreiben und im Aufgabenbereich der Kommunen für die Wertstofferfassung nicht mehr wegzudenken sind. Auch Betriebe im Energiebereich (z.B. in Berlin), die mit über 200 Personen Sonnenkollektor- und Windkraftanlagen herstellen, verzeichnen nicht nur einen hohen Marktanteil, sondern erfüllen auch Pionierarbeit im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Daß dabei für die MitarbeiterInnen auch neue Berfusbilder geschaffen werden, macht deutlich, daß es nicht nur um die Existenz der Projekte geht, sondern primär um die Zukunft der MitarbeiterInnen, d.h. um die Chancen ihrer Vermittlung in einen Job mit Zukunft.

Neue Aufgaben im Recyclinghof...

Bisher beschäftigte sich niemand damit,

- wie ein Fernseher wieder in seine Rohstoffmaterialien gelangen kann;
- wie die vielfachen Kunststoffe des Hausmülls erkannt und sortiert werden können;
- wie Verbundwertstoffe der Verpackungen getrennt werden können;
- wie ein Abrißhaus recycelt werden kann.

Diese Palette von neuen Aufgaben wird sich ständig erweitern, wenn das Ziel, keinen Wertstoff mehr auf Deponien zu lagern, erreicht werden soll.

Weil dabei industrielle Recyclingtechnologie nur begrenzt angewendet werden kann, sind technische Hilfsmittel und Verfahren, die die handwerkliche Arbeit der Sammlung, Sortierung und Aufbereitung der Wertstoffe unterstützen, im Höchstmaß gefragt. Gleichzeitig aber sollen diese Verfahren es ermöglichen, die MaßnahmeteilnehmerInnen – möglichst mit anerkannten Abschlüssen – beruflich qualifizieren zu können.

Die Probleme sind noch lange nicht alle gelöst. Zum Beispiel bietet kaum jemand ein wirklich umweltverträgliches Verfahren zur Reinigung von Bildschirmglas oder Leuchtstoffröhren an oder kann Platinen so zerlegen, daß sowohl die Rohstoffe (Kunststoff, Mineralien, Gold, Silber usw.) wie auch die giftigen Bauteile (z.B. Kondensatoren) freigelegt werden können.

In diesem Bereich der arbeitsintensiven aber gleichzeitig berufsqualifizierenden Verfahrenstechniken, findet sich das Arbeitsgebiet der Technologieberatung der Zentralen Entwicklungsagentur.

Seminare im gesamten Bundesgebiet...

Damit das know-how möglichst viele InteressentInnen im gesamten Bundesgebiet erreichen kann, veranstaltet die ZEA etwa alle zwei Monate Seminare zu ausgesuchten Fachthemen. Um Anschaulichkeit demonstrieren zu können, finden diese Seminare jeweils dort statt, wo die fortschrittlichsten Projekte arbeiten. Kiel, Bremen, Berlin, Bielefeld, Frankfurt und Gießen sind zur Zeit die Trendsetter der zukunftsorientierten Projekte.

Im Norden mehr los...

Täglich treffen in der Zentralen Entwicklungsagentur Anfragen ein, die technisches Informationsmaterial oder Vermarktungswege und Adressen zum Verkauf der Stoffe anfordern. Diese Anfragen werden umgehend schriftlich und telefonisch beantwortet.

Darüberhinaus sind es Anfragen mit der Bitte um persönliche Beratungsbesuche. Bisher wurden ca. 50 Projekte im Bundesgebiet besucht und beraten, weitere Anfragen liegen vor. Auffällig ist, daß die häufigsten Anfragen aus Norddeutschland, speziell den Küstengebieten kommen. Obwohl hier den Projekten weniger Mittel zur Verfügung stehen als in Baden-Württemberg, Hessen oder auch dem Saarland, ist die Bereitschaft zur Umsetzung neuer Ideen und auch die Eigeninitiative der MitarbeiterInnen offensichtlich größer.

Was bisher getan werden konnte...

Nach zwei Jahren kann erfreut festgestellt werden, daß das Angebot der ZEA von den Projekten und Initiativen dankbar angenommen wurde. Aufgrund des großen Bedarfs erklärte sich das BMFJ bereit, eine Ausweitung des Angebotes der ZEA zu finanzieren. Seither betreuen zwei Berater die Initiativen, natürlich auch die in den neuen Bundesländern. Ein herzlicher Dank deshalb an das Ministerium in Bonn, weil hier die Möglichkeit geschaffen wurde, die besonderen Probleme aufzuarbeiten. ●

Kontaktanschrift:
Neue Arbeit Saar gGmbH
Bertha-von-Suttner-Str. 1 · W-6600 Saarbrücken
☎ (06 81) 8 19 07-36 · Fax (06 81) 8 19 07-10

KURZMELDUNGEN

EDV

Steuerklärung leichter gemacht

SteuerzahlerInnen, die über einen Computer verfügen, können sich die unvermeidbare Formularschlacht mit Hilfe der Datenverarbeitung erleichtern. Eines der teuersten, aber auch eines der besten EDV-Programme für die Steuer ist das EST 91. Es wird für 150 DM von der TK Software & System GmbH in Düsseldorf vertrieben. Ein (jährliches) Update kann dann für 70 DM für die Steuererklärung 1992 erworben werden.

Anders als die meisten Konkurrenzprodukte ist dieses Programm nicht nur auf abhängig Beschäftigte zugeschnitten. Für FreiberuflerInnen, UnternehmerInnen und auch für selbstverwaltete Betriebe und seine Mitglieder stellt es eine sinnvolle Hilfe dar. Ob bei dessen Einsatz auch auf eine/n SteuerberaterIn verzichtet werden kann, muß jede/r selbst entscheiden.

Aufgrund der eingegebenen Daten berechnet das Programm automatisch die Steuer und erstellt einen Kontrollbogen. Vom Aufbau her gleicht dieser genau dem amtlichen Steuerbescheid. So läßt sich auf einen Blick sehen, ob der/die zuständige FinanzbeamtIn von der Erklärung abgewichen ist und eventuell Widerspruch eingelegt werden sollte.

Per Tastendruck lassen sich zu jedem Eingabefeld Erläuterungen und aktuelle Entscheidungen der Finanzgerichte abrufen. Automatisch wird mensch an alle Tatbestände herangeführt, die helfen, Steuern zu sparen. Alle Einkunftsarten, aber auch alle Möglichkeiten, das zu versteuernde Einkommen zu minimieren, werden berücksichtigt.

Das Programm kann auf allen IBM-kompatiblen Rechnern genutzt werden, die über mindestens 490 Kilo-Byte freien Hauptspeicher verfügen und das Betriebssystem MS-DOS 3.0 oder höher nutzen.

Burghard Flieger

VERWALTUNG

Arbeitshilfe durch rechtssichere Textbausteine?

Wer hat nicht schon für irgendwelche Verträge, Musterbriefe, Zeugnisse oder Betriebsvereinbarungen Grundlagen und korrekte Formulierung gesucht? Das alles kostet viel Zeit. Gerade in Kleinbetrieben steht dafür kaum welche zur Verfügung. Erschwert wird das Erstellen solcher Texte zudem dadurch, daß selten jemand im Unternehmen darauf spezialisiert ist.

Ein neues Software-System »Rechnerische Musterbriefe, -zeugnisse und -arbeitsverträge für den Personalbereich auf Diskette«, herausgegeben vom WEKA-Fachverlag in Augsburg soll hier Abhilfe schaffen. Ob Zeugnis, Arbeitsvertrag oder auch Kündigung – für jeden Anlaß werden dem/der System-AnwenderIn verschiedene Versionen direkt übernehmbarer Textbausteine angeboten.

Ein spezielles Schnellsuch-System hilft, das gewünschte Muster zu finden. Per Tastendruck kann es dann in das eigene Textverarbeitungsprogramm geladen werden. Die individuellen Daten und ergänzende Formulierungen lassen sich dann eintragen und der ausdruckfertige Text ist fertig. Die Software ist auf jedem IBM-kompatiblen PC mit MS-DOS ab 2.11 nutzbar.

Für den Selbstverwaltungssektor sind allerdings viele Formulierungen zu hausbacken und gehen am Selbstverständnis der Betriebe und oftmals auch an deren spezielle Probleme vorbei. Zudem stört, daß immer die gesamte Version mit einem Platzbedarf von 2 MB installiert sein muß. Für manche NutzerIn könnte die Entwicklung einer Lösung zweckmäßiger sein, bei der der Abruf benötigter Textbausteine direkt über eine einzelne Diskette erfolgen kann.

Burghard Flieger

ZEITSCHRIFTENTIP

Weltwirtschaft, Entwicklung und Umwelt

Feilschen im Treibhaus

Zwanzig Prozent der Menschheit verbrauchen 80 Prozent der Ressourcen. Ihr Dreck bedroht das Überleben der übrigen. Bekannt ist das schon lange. Doch erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß die ungerechte globale Wohlstandsverteilung die Falle ist, in der wir alle sitzen. Dieses Problem ins öffentliche Bewußtsein gebracht zu haben, ist der Verdienst der Diskussionen anläßlich der UNCED-Konferenz von Rio und des Weltwirtschafts-Gipfels in München.

Die Neuerscheinung »Feilschen im Treibhaus – Weltwirtschaft, Entwicklung und Umwelt« (Heft 27 der Politischen Ökologie) analysiert die Ursachen und Strukturen dieses Konflikts. Handelsregeln und Schuldenkrise – welchen Spielraum lassen deren Zwänge für die Umweltpolitik des Südens? Wie müßte sich unser Leben ändern, wenn die Bundesrepublik einen substantiellen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollte? Welche Perspektiven bieten sich?

Die Diskussion wird von namhaften Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik und Umweltverbänden wie Barbara Unmüßig (Projektstelle UNCED von DNR und BUND), Andreas Bernstorf (Greenpeace), Christian Radtke (Institut für Europäische Umweltpolitik), Reinhard Loske (Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen), Margareta Kulessa (WEED e.V.) und Wolfgang Sachs (Kulturwissenschaftliches Institut Essen) sowie Ernst-Ulrich von Weizäcker (Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie) geführt.

Für 9,80 Mark (zzgl. Versandkosten) kann das Heft 27 bezogen werden bei: **Politische Ökologie**, Cosimastr. 4, W-8000 München 81
☎ (0 89) 91 79 40, Fax (0 89) 910 15 17

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

Bildungsurlaub & Weiterbildung im Westerwald
BU EDV-Grundlagenkurs für Frauen
19. 10. - 23. 10. 92 • 560,-DM
BU Stressbewältigung im Beruf
9. 11. - 13. 11. 92 • 520,-DM
BU Rhetorik-Argumentationstechnik
7. 12. - 11. 12. 92 • 620,-DM
Bildungsurlaub mit begleitender Kinderbetreuung

Haus Felsenkeller
Soziokulturelles Zentrum e.V.
Heimstr. 4 • 5230 Altenkirchen • Tel. (02681) 3870 / 6001

JOBS

Großer Naturkostladen sucht qualifizierte/n Mitarbeiter/in ab Anfang 1993. Bewerbungen bitte an:
Kraut & Rüben
Brunnenstr. 9
W-4000 Düsseldorf

WIR SUCHEN ZUM 1.1.93 EINE NEUE KOLLEGIN ODER EINEN KOLLEGEN.

Voraussetzungen:
Ausbildung oder mehrjährige Berufserfahrung im Versicherungsgeschäft, möglichst als MaklerIn.
Ein ausgeprägtes Interesse an fairer Versicherungsvermittlung und Gehaltsvorstellungen, die dazu passen.
Pro Woche 20 Std. Arbeitszeit oder mehr.
Schriftliche Bewerbungen bitte an:

FAIRSICHERUNGS LADEN
Frankfurt GmbH
Arnsburger Str. 36, 6000 Frankfurt/M. 60

JOBSUCHE

Industriekaufmann (24 J.), Raum Bremen. Welcher selbstverwaltete/ökologisch orientierte Betrieb sucht einen verantwortungsbewußten und fexiblen Mitarbeiter, dem Arbeit auch Spaß macht.
Ich bin sowohl Arbeiten im systematisch organisierten Betriebsablauf als auch aufgrund nebenberuflicher Aktivitäten in improvisatorisch kreativen Problembewältigungen geübt.
Meine Anschrift:
Götz Paschen
Lange Str. 13 B
W-2802 Ottersberg

Düsseldorf (+ 50km Umgeb.) selbst. Dachdecker (1-Mann-Betrieb) sucht Mitarbeit in Holzbau-, Altbau- o. Dachdeckerfirma/Kollektiv. Werkstatt, Kundenstamm vorhanden. Angebote bitte an: U. Krebs, ☎ (02 11) 15 22 67

PROJEKTE

Für den Aufbau eines Projektes (Landwirtschaft-Kultur-Café), suchen wir MitarbeiterInnen mit Lust auf Engagement auch im kulturellen, sowie ein Gebäude zu pachten. Bevorzugt süddt. Raum!
Mathilde Enderle
Lange Str. 36
W-7440 Nürtingen 7
☎ (0 70 22) 5 54 98 o. 3 36 67

Wir (w28, m 2 1/2, m 37) sind auf der Suche nach einer offenen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft bzw. einem entsprechendem Projekt (auch im Aufbau oder Leute, die sowas gründen wollen), wo wir uns unseren Vorstellungen von weitgehender gesellschaftlicher Unabhängigkeit annähern können. Es sollte Raum für künstlerisch-handwerkliche und »kulturelle« Aktivitäten nicht ausschließen; da wir jedoch großen Wert auf Selbstversorgung legen, sollte es landwirtschaftlich orientiert sein. Wir bringen mit: Große Einsatz-, Arbeits- und Lernbereitschaft u. etwas Geld.
Ingrid Pabst
Harald Kühn
Löweneckstr. 3
W-8419 Nittendorf/Penk
☎ (0 94 04) 25 15

Kommune – eine Perspektive für Frauen/Lesben – wir denken ja!
Wir (40 Erwachsene, 12 Kinder), ein gemischtes Projekt in der Nähe von Kassel, suchen Frauen/Lesben (gerne auch Gruppen oder Kollektive), die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Unsere Grundprinzipien sind: – gemeinsame Ökonomie, – Konsensprinzip als gemeinsame Entscheidungsform, – linkspolitische Arbeit, – gemeinsame Verantwortung für Kinder, – Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.
Einige Arbeitsbereiche (kollektive Strukturen) wollen sich vergrößern; neue sind erwünscht. Folgende bestehen schon und bieten ökologisch/ökonomisch vertretbare Dienstleistungen an: – Näh- und Lederwerkstatt, – Bau/Schlosserei/Planung, – Schreinerei, – Ernährung, – Kinder, – Tagungshaus, – Landwirtschaft, – Vieh, – Verwaltung.
Info gegen 5 DM in Briefmarken bei:
Kommune Niederkaufungen
– Frauen –
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

PROJEKTE

Plutot la vie!
Wir beide, w/m, 26/33 J., suchen Menschen, die mit uns ein Tagungshausprojekt aufbauen wollen u. die mit uns dem herrschenden System entgegenleben wollen. Unser Ziel ist ein politisch ernstzunehmendes Projekt, das sich je nach Phantasie u. Kraft in verschied. Bereiche ausdehnen soll. Wenn also Eure Ideen zu einer Lebensgemeinschaft über Vollkornvöllerei im Gemeinschaftstopf u. gemeinsame Ausflüge in die esoterische Geisteswelt hinausgehen u. Ihr nicht erwartet, daß wir die Traumhütte schon hingestellt haben, dann seid Ihr die Menschen, die sich zwecks baldigen Kennenlernens schnell bei uns melden sollten. Schreibt kurz, wir antworten Euch allen. (Lebensläufe und Lichtbilder werden grundsätzlich abgelehnt!)
Chiffre: Plutot la vie!

Das **Ökodorfprojekt** »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« steht nach mehrjähriger Vorbereitung jetzt in ersten Verhandlungen an möglichen Standorten. Je näher wir einer Realisierung kommen, desto dringender brauchen wir Unterstützung und MitarbeiterInnen vor allem bei Recht und Finanzen, aber auch alle anderen Bereiche der Projektplanung. Liebe Fachidioten, meldet Euch!
Freundeskreis ökologisches Dorf
Postfach 10 30 07
W-6900 Heidelberg 1

Wir möchten ein alternatives Musik-Kneip-Brotzeit-Biergarten-Café-Projekt im Rottal gründen. Pacht 1000,– DM, Wohnung vorhanden.
Ch. Rau/Stockham 2
W-8349 Johanniskirchen
☎ (0 85 64) 16 94
Gesucht 3-4 Leute mit Kneipenerfahrung wünschenswert.

Ökologisches Wohn- und Arbeitsprojekt im Südschwarzwald sucht EinsteigerInnen der ersten Stunde. Wir haben an traumhafter, etwas abgelegener Lage ein Objekt an der Leine mit viel Raum für eigene Ideen. Wir wünschen uns Bereitschaft zum Zusammenleben, Sinn für's Ganze, Interesse an ökologischen Themen und Offenheit für persönliche Entwicklung, ferner jobmäßige Selbständigkeit und etwas Kleingeld, besser noch Großgeld.
Mehr erfährst Du von Paulus oder Claudia unter
☎ (0 76 53) 94 61

BILDUNGSURLAUB

Anders Leben – Anders Arbeiten
Zu Beginn wollen wir gemeinsam herausfinden, welche Vorstellungen wir von unserer (eigenen) Zukunft haben, wie wir jetzt leben, was uns daran gut erscheint und worunter wir leiden.
Davon ausgehend werden wir mögliche Wege zur Erreichung unserer »gewünschten« Zukunft suchen und uns gegenseitig Mut zu ersten Schritten machen.
Es geht u.a. um: Was können wir verändern in Beruf, Freizeit und Konsumverhalten? / Wie können Rollenverhalten und Hierarchie abgebaut werden? / Das »Energie- und Umweltzentrum« als selbstverwaltetes Arbeitsprojekt.
Termin: 22. bis 27. November 1992
Kosten: ca. 220, – DM incl. U&V
Ort: Energie- und Umweltzentrum Springe-Eldagsen
Anmeldung: VHS Lingen
Am Pulverturm
W-4450 Lingen

Radio von unten
Das alternative Medienmagazin
48 Seiten monatlich
Probeexemplar DM 5,–

Jahresabo 49,– DM
Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, 3400 Göttingen 1

VERKÄUFE

Eingeführter Schreinereibetrieb aus persönlichen Gründen zu verkaufen oder zu verpachten. PLZ-Bereich 74–; ländlicher Raum.
Produktionsausrichtung auf Massivholzbe- und Verarbeitung. Am Markt als ökologisches Unternehmen eingeführt.
Chiffre: Schreinerei

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

InteressentInnenkreis Heidelberg und Umkreis für »Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO), gängige Literatur und kleines Antiquariat vorhanden.
Anfragen an:
Infodienst für NWO
☎ (0 62 23) 31 80

SONSTIGES

Wir informieren über ökologisches Investment... oder hört Ihre Verantwortung beim Geld auf?
Freundeskreis Ökologisches Investment e.V., Kennwort CONTRASTE, Kirchfeldstr. 11, W-4000 Düsseldorf 1

KNAST

Wer schenkt Inhaftierten Musik-Kassetten? Elvis Presley, Kleidermann, Rondo Veniziano, Wagner, Händel, Chopin, Bach – auch verjazzt, Dixieland, Rock & Pop u. Klassik v. Peter Hoffmann, Rock & Pop von Philharmonieorchestern gespielt.
Chiffre: Musik in den Knast

LESERBRIEF

Betr.: Abo-Kündigung
...zwei Gründe sind vor allem ausschlaggebend:
○ die Zeitung schreibt für mich zu wenig über ihr Thema = Selbstverwaltung; für das allgemeinpolitische gibt es bessere Informationsquellen.
○ die sich schon ewig lang hinziehenden ökonomischen Ergüsse. Wenn Leute meinen, mit Gesell die Welt, zumindest ihren ökologischen Teil, erklären zu können und Ihr das einfach so schluckt bzw. es eventuell sogar Eurem Theorieverständnis entspricht, dann dürft Ihr Euch aber auch nicht wundern, wenn andere – wie ich – dies als Papierverschwendung begreifen.
E. Bergmann, Köln

Nicht täglich - aber gründlich

blätter des iz3w

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
Nr. 179: Tourismus und Menschenrechte
Nr. 180: Kolonialismus III - Asien
Nr. 181: Ökologie und Entwicklung
Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name
Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum/Unterschrift

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15.** des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

★ **Das Hüttendorf lebt** ★

Hüttendorf gegen Daimler Bonz-Teststrecke in Papenburg besteht seit über einem Jahr und braucht dringend:

Werkzeuge, Holz, Fahrräder, Geschirr, Naturalien, Musikinstrumente, Geld, Handtücher, Menschen,... einfach alles 'was zum Leben nötig ist. Mit Eurer Unterstützung können wir es schaffen! Keine Teststrecke nirgendwo.

Kontakt: Initiative gegen Daimler, Heringstr. 4, 2980 Norden, Tel. 04931/167077

Spenden: Achim Riemann - Sonderkonto - 2970 Emden: Kt.-Nr. 586 123 308; Postgiroamt Hannover

Wer mehr wissen will über **neoliberale Wirtschaftspolitik**, den aktuellen Stand **entwicklungstheoretischer Debatten, Ökologie und Entwicklung, Frauen in Lateinamerika, 500 Jahre Widerstand, soziale Bewegungen oder lateinamerikanische Kultur** sollte unbedingt die **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** lesen.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN: Seit 18 Jahren jeden Monat zuverlässig recherchierte Berichterstattung über Lateinamerika. Seit 18 Jahren kritische Analysen und Hintergrundartikel. Seit 18 Jahren inhaltlich verbunden mit der Solidaritätsbewegung. Und seit 18 Jahren nur von ihren AbonnentInnen abhängig.

*** Probeabo bestellen !**
(3 Monate, verlängert sich nicht automatisch; 10,- DM bitte Vorauskasse, Verrechnungsscheck oder Briefmarken). Jahresabonnement DM 55.-.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb, Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61, Tel. 694 61 00

Neuerscheinung

Latin America Bureau, London - Englischsprachige Bücher zu Lateinamerika

Die kritische Darstellung eines Mannes, der vor 500 Jahren das Kunststück fertiggebracht haben soll, einen bereits lange bewohnten Kontinent zu "entdecken":
H. Koning: **Columbus. His Enterprise**, 1991, 140S., DM 17,80.

Nach 500 Jahren leidet Lateinamerika immer noch unter den Folgen der Eroberung. Das Buch beleuchtet Politik, Ökonomie, Ökologie und Kulturen Lateinamerikas.
D. Green: **Faces of Latin America**, 1991, 214S., DM 29,80.

Lieferbar über 20 Titel seit 1985
Katalog anfordern!
LN-Vertrieb: Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61, Tel. 694 61 00

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 Heidelberg 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 • Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 • Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:

☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Altersversorgung – ein Problem ?
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisiert vom 23. bis 25.10. ein Wochenendseminar zur Altersversorgung im Tagungshaus Bessunger Forst bei Darmstadt. Neben der Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen der gesetzlichen Altersversorgung, geht es in einem zweiten Schwerpunkt um verschiedene schon vorhandenen Ansätze einer zusätzlichen Altersversorung u.a. über die verschiedenen Versorgungswerke (NETZ-Versorungswerk, Ökowerk etc.). Der Ausblick dreht sich um Zukunftsüberlegungen und Utopien. Auch die Möglichkeit der Nutzung von Versicherungsbeiträgen als Finanzierungsinstrument wird dabei diskutiert. Tagsüber soll die Thematik vorwiegend »politisch« angegangen werden. Abends kann als »praktische Hilfe« auf Wunsch per Computer der momentane Rentenstand jedes/r einzelnen TeilnehmerIn ausgerechnet werden. Genauere Informationen (oder Anmeldungen):
Helmut Schwarz (KRESCH)
Deutschhausstr. 30
W-3550 Marburg

DORTMUND

Fachanleitung für ökologisch orientierte Schreinereien
Zu den Themen »Oberflächenbehandlung« und »Plattenwerkstoffe« findet am 24. Oktober 1992 von 10.00 bis 18.00 Uhr im Union Gewerbehof in Dortmund ein vom NETZ organisierter Erfahrungsaustausch regionaler SchreinerInnen statt. Kompetente Referenten halten vorher kurze Impulsreferate. Abschließend wird eine Diskussion über einen gemeinsamen Materialeinkauf im Verbund geführt. Das genaue Programm und Anmeldung:
Markus Wetter
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarderstr. 12
W-4600 Dortmund 1
☎ (02 31) 16 24 76

Wie organisiere ich einen (alternativen) Verband?
Arbeitsgemeinschaften, Branchenverbände und regionale Zusammenschlüsse von Betrieben und Projekten aus dem Selbstverwaltungssektor gibt es mittlerweile viele. Nur wie solche Zusammenschlüsse auf Dauer mit Leben zu füllen sind, darüber existiert oft wenig Wissen. Wie gewinne ich neue Mitglieder? Welchen Zweck verfolgt der Verband langfristig? Werden besondere Dienstleistungen für die Mitglieder angeboten? Was ist bei einer Mitgliederversammlung zu beachten? Gibt es besondere Möglichkeiten der Mitgliederaktivierung und -partizipation? Wie mache ich das Ganze effizient und vermeide einen »Wasserkopf«? Diese und andere Fragen sind Gegenstand eines Seminars, das in Form eines Workshops vom 15. Oktober 18.00 Uhr bis 16. Oktober 20.00 Uhr in einem Tagungshaus in Gelsenkirchen durchgeführt wird. Genauere Informationen sind erhältlich beim
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Str. 12
W-4600 Dortmund 1

BERLIN

Buchführung für Vereine und Initiativen
Kompaktseminar für alle, die ihre Zettelwirtschaft leid sind: insbes. Einnahme-Überschußrechng., korrekte Verbuchung, Erstellen von Verwendungsnachweisen, praktikable EDV, praktische Übungen.
Termine: 31.10. u. 1.11.1992 und 22., 23.11.1992
Kosten: 130 DM (110 DM) o.Ü. (Vermittlung von Schlafplätzen mögl.)
Information und Anmeldung:
Online e.V.
Michael Vossen
Malplaquetstr. 28
W-1000 Berlin 65
☎ (0 30) 453 76 43

HAMBURG

Kooperatives Führen
Reflexion der eigenen Berufspraxis und Erarbeitung neuer Handlungsmöglichkeiten. Ein Bildungsurlaub für ProjektleiterInnen, GeschäftsführerInnen etc.
Termin: 11. bis 13.11.1992
Kosten: 180,– DM
Grundlagen in der Buchhaltung
Kompaktseminar für aufzeichnungspflichtige FreiberuflerInnen und Kleingewerbetreibende.
Termin: 13. bis 14.11.1992
Kosten: 171,– DM (incl. MwSt.)
Handwerk ohne Meisterpflicht?
Termin: 23. bis 25.11.92
Starthilfe für ExistenzgründerInnen
Bildungsurlaub
Termin: 25. bis 28.11.92
Buchhaltung II
(für buchhaltungspflichtige Betriebe)
Termin: 26. bis 28.11.92
ModeratorInnentraining
Termin: 4. bis 5.12.92
Anmeldungen & Information:
Bildungs-Netzwerk
Gaußstr. 17
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

FRANKFURT

WAS TUN? Teil 1:
Kollektives Management
Das kennt jede(r): Mit tollen Ideen setzt Mensch sich zusammen und gründet was. Doch schon wird's schwierig: doppelt erledigte Arbeiten – endlose Palaver – nicht beachtete Beschlüsse – einige werden »Macher/innen«... Hilfe! Teamfähigkeit kann man verbessern: anhand konkreter Aufgaben erarbeitet dieses Seminar effektivere Team-Methoden in der gleichberechtigten Gruppe.
Termin: 4. bis 6.12.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü&V
Weitere Seminare z. T. nach Vereinbarung
Information:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74

WUPPERTAL

Führungsinstrumente für das Finanzmanagement in freigemeinnützigen Körperschaften
Termin: 12. bis 13.10.92
Den Anspruch nicht aufgeben. Zum Verhältnis konzeptioneller Ansprüche und Gemeinnützigkeitsrecht
Termin: 11. bis 13.11.92
Der Jahresabschluß in freigemeinnützigen Einrichtungen und Initiativen
Termin: 24. bis 26.11.92
Sozialer Wandel in Organisationen
26. bis 30.10.1992
Öffentlichkeitsarbeit: Desktop Publishing
Termin: 10.10.92
***Öffentlichkeitsarbeit: »Endlich mal ne gute Sitzung«*, Konferenz- und Sitzungsleitung**
Termin: 16. bis 18.11.92
Öffentlichkeitsarbeit: »Wir gehen selbst auf Sendung«
Aufbauseminar
Termin: 12. bis 16.10.92
Theorie und Praxis des Subsidaritätsprinzips
Termin: 1. bis 2.12.92
Bundessozialhilfegesetz
Aufbauseminar
Termin: 7. bis 9.12.92
Mädchenarbeit in der Jugendsozialarbeit – Jugendberufshilfe
Termin: 13.10.92
Schnupperseminar SchulderInnenberatung
Termin: 15.10.92
Anmeldung & Information:
Paritätisches Bildungswerk
Loher Str. 7
W-5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 2 82 20

DRINGEND: RÜCKMELDETERMIN 15.10.1992

4.000 Adressen aktualisiert

Der Branchenführer durch die Selbstverwaltungsszene wird derzeit überarbeitet und soll im Januar 1993 unseren LeserInnen als kostenloser Service der CONTRASTE zugeschickt werden. Weitere Vertriebswege machen das für den deutschsprachigen Raum einzigartige Adressverzeichnis von Betrieben mit Gütezeichen Selbstverwaltung und Ökologie zum attraktiven und vielbeachteten Ort für Anzeigen.

Besonders die Verbände und Zusammenschlüsse werden gebeten, uns ihre aktuellen Mitgliederanschriften mitzuteilen.

Wir wollen die BUNTEN SEITEN für die BenutzerInnen noch freundlicher gestalten und den Adreßbestand aktualisieren und erweitern. Diese Anstrengungen müssen natürlich auch finanziell abgesichert werden. Die Produktion der BUNTEN SEITEN wird nicht durch die Abogebühren bezahlt, sondern durch das Anzeigenaufkommen der dort vertretenen Projekte.

Wir bitten Euch, die Möglichkeit einer Anzeigenplazierung zu prüfen: Wer z.B. eine Druckerei für seine Zeitung oder Buchproduktion sucht, eine Adressenliste von Tagungshäusern, die nächste selbstverwaltete Vollkornbäckerei, Kneipe oder Buchladen an seinem neuen Wohnort und vieles anderes mehr, hat einzig über die BUNTEN SEITEN Zugang zu diesen Projekten. Eine Anzeige erhöht diese Aufmerksamkeit und ist nicht nur eine – wenn auch gewünschte Unterstützung des CONTRASTE-Projektes BUNTE SEITEN.

Zusätzliche Vertriebswege sollen einen größeren Verbreitungsgrad garantieren.

Bei Interesse an einer Anzeigenschaltung bitte die Preisliste in Heidelberg anfordern. Redaktions- und Anzeigenschluß ist am **15. Oktober 1992.**

Wie schon in der Vergangenheit sind wir bei der Adressenaktualisierung auf Eure Mithilfe angewiesen und bitten Euch um Rückmeldung nach Durchsicht der letzten BUNTEN SEITEN. Die besonders explodierenden Projektegründungen in der Ex-DDR lassen sich kaum von unserer Redaktion erfassen, deshalb an unsere (wenigen) LeserInnen dort: Bitte schickt uns Infos! ●

BUNTE-SEITEN-Redaktion
CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

AG SPAK

Krise der Linken
Zerfall-Krise-Alternativen oder: die »Mühe der Ebenen«. Bestandsaufnahme – neue Weltordnung – Ende des Sozialstaates...
***Termin:** 13. bis 15.11.1992 in Neckargerach (b. Heidelberg)*
In Kooperation mit Regenbogen Bayern
Lernen für eine menschlichere Welt – Paulo Freire-Pädagogik heute – mit Oscar Jara (Costa Rica)
Termin: 16. bis 18.10.92
Evang. Forum (Stadtakademie) München.
Ausstellung: Die Welt buchstabieren – Volkserziehung in Lateinamerika –
Ein Beitrag gegen Kolonialisierung und für kulturelle Identität.
Termin: 16.10. bis 7.11.92 in München; Ort: Kreuzkirche, Hiltenspergerstr. 57
Information:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
W-8000 München 2
☎ (0 89) 77 40 77-78

ANARCHIE

Anarchie ist machbar Herr/Frau Nachbar!!! Oder nicht???
Um uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen, evt. Zweifel zu beseitigen und auch überregionale Aktivitäten und Kontakte ins Leben zu rufen, wollen wir uns treffen.
Wann? 20. bis 22.11.1992
Wir erwarten Referenten der alternativen Lebensgemeinschaft Projekt A und Lebensgarten Steyerberg
Anmeldung & Infos:
bdp Bremerhaven
Gartenstr. 3
W-2850 Bremerhaven

CONTRASTE-PLENUM

Hat die CONTRASTE eine Zukunft?
Diskussion über unser Zeitungskonzept, Finanzen, Herausgabe der BUNTEN SEITEN, Initiativen des CONTRASTE-Vereins.
Termin: 6. bis 8.11.92 in Dortmund.
Information und Anmeldung über die Heidelberger Redaktion.

SONSTIGES

»Verhandlungen und Vermittler statt Konfrontation und Richter?
Mediation und Konfliktvermittlung zwischen Bürgerinitiativen und Staat«
Vom 23. bis 25.10.92 in der Europa-Akademie Werra-Meißner bei Kassel, Tagungsbeitrag 40 DM, Fahrtkostenerstattung 50%, weiter Informationen beim Veranstalter:
Stiftung Mitarbeit
Theo Bühler
Bornheimer Str. 37
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 63 00 23

JUGENDSOZIALARBEIT

Zeitfresser und Zeitdiebe
Arbeitsorganisation und Zeitmanagement in der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
Termin: 1. bis 4.12.1992
Gebühren: 20 DM
Ort: O-1252 Alt-Buchhorst (bei Berlin)
Information & Anmeldung:
Arbeit für alle e.V.
Carl-Mosters-Platz 1
W-4000 Düsseldorf 30
☎ (02 11) 469 31 64-165
Fax (02 11) 469 31 20

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Sozialpolitisches Forum 1992
30.10. bis 1.11.1992 in der Gesamthochschule Kassel

Eröffnungsveranstaltung am 30.10.92, 19 Uhr

Samstag, 31.10.92: Arbeitsgruppen zu ABM/Erwerbslosigkeit · Alleinstehende Wohnungslose · AusländerInnen/AsylantInnen · Behinderte/Krüppel · Drogenpolitik · Frauen und Sozialpolitik · Gesundheitspolitik · Kulturarbeit · Liebe, Erotik, Erkenntnis · Alternative Bildung · Alternativen zur Heimerziehung · Gemeinwesenarbeit · Genossenschaften · Grundsicherung · Psychiatrie · Selbsthilfe · Wohnungsnot

ab 20 Uhr: Kulturprogramm

Sonntag, 1.11.92 vormittags: Aus den AG-Ergebnissen Diskussion über den Entwurf eines »Sozialpolitischen Manifestes«

ab 14 Uhr: Fortsetzung der Arbeitsgruppen nach Bedarf

Unkostenbeitrag: 90 DM für Beruftätige, 30 DM für Studierende, Erwerbslose, Mitglieder der AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft.

Anmeldungen: Sozialpolitische Gesellschaft (SG) · c/o Rolf Schwendter Hasnerstr. 6/33 · A-1160 Wien

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.